

Die Bevollmächtigung juristischer Personen des Privatrechts

Hansjörg Plewnia

2

1964

DIE BEVOLLMÄCHTIGUNG JURISTISCHER PERSONEN DES
PRIVATRECHTS

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von
Hansjörg Plewnia
aus Berlin

1965

Erstgutachter : Professor Dr. Othmar Jauernig

Zweitgutachter : Professor Dr. Gerhard Schiedermaier

Tag der mündlichen Prüfung : 3. Juni 1964



Inhalt

Literaturverzeichnis	8
Einleitung: Die dogmatische und praktische Bedeutung der behandelten Frage - Die Begrenzung des Themas	15
Erster Teil: Grundlagen	18
I. Zur Terminologie "Vollmacht" und "Bevollmächtigung"	18
II. Die Bevollmächtigung - Ihre Rechtsnatur und die für sie geltenden Regeln	19
1. Die Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln	19
2. Die prozessuale Bevollmächtigung Rechtsgeschäft des bürgerlichen Rechts oder Prozeßhandlung? - Die h.M. - Die Ansicht Rosenbergs - Stellungnahme	19
3. Die Gemeinsamkeiten der rechtsgeschäftlichen und prozessualen Bevollmächtigung in der rechtlichen Behandlung - Die wichtigsten Unterschiede	23
III. Die Person des Bevollmächtigten - Das Erfordernis der Geschäfts- und Prozeßfähigkeit	27
1. Die Erteilung bürgerlichrechtlicher Vollmacht an einen Geschäftsunfähigen Die Bedeutung des § 165 BGB - Das Erlöschen der Vollmacht bei Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten - Der Gesichtspunkt der Zweckerreichung - Die Unwirksamkeit der Bevollmächtigung eines Geschäftsunfähigen	27
2. Die Erteilung prozessualer Vollmacht an einen Prozeßunfähigen Rosenbergs Schluß von der Genehmigungsmöglichkeit auf die Wirksamkeit der Bevollmächtigung - Der Zweck der Vollmachterteilung - Die Unmöglichkeit der Zweckerreichung bei Bevollmächtigung eines Prozeßunfähigen - Die daraus folgende Unwirksamkeit der Vollmachterteilung an eine nicht prozeßfähige Person	30

Zweiter Teil:	Die Bevollmächtigung juristischer Personen	34
I.	Der Stand der Meinungen	34
1.	Juristische Personen als Träger rechtsgeschäftlicher Vollmacht	34
2.	Juristische Personen als Träger prozessualer Vollmacht	35
3.	Zusammenfassung - Der weitere Gang der Untersuchung	38
II.	Die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit juristischer Personen	39
1.	Die Begriffe der Geschäfts- und Prozeßfähigkeit	39
2.	Der Streit um die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit juristischer Personen	40
	§§ 104 ff. BGB - Das "Handeln" der juristischen Person - Vertreter- und Organtheorie - Die Argumente, die sich aus dem Gesetz ergeben (§§ 45 II 1, 26 II 1, 31 BGB) - Der Zusammenhang der Frage mit dem Theorienstreit über das "Wesen" der juristischen Person	
III.	Der Meinungsstreit über Begriff und Wesen der juristischen Person	44
1.	Die Fiktionstheorie	45
	Darstellung und Kritik - Die Theorie erklärt nicht, was zu der Fiktion nötig ist oder berechtigt	
2.	Die Theorie von der "realen Verbandspersönlichkeit"	46
	Darstellung und Kritik - Der "Organismus" als ein Metapher und als Grundlage einer unzulässigen Hypothese - Die Theorie erklärt im übrigen bestenfalls das Wesen des sozialen Verbandes, nicht aber dasjenige der juristischen Person	
3.	Die juristische Person als spezifisches Rechtsverhältnis (im Anschluß an H. J. Wolff)	49
	Die Organisation als Anknüpfungspunkt der Zurechnung	
IV.	Das bei der juristischen Person auftauchende Zurechnungsproblem und seine Lösung	50
	Der Begriff der Zurechnung - Auch beim stellvertretenden Handeln findet eine Zurechnung statt - Die Verschiedenheit von Stellvertretung und Organschaft in ihren tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen - Die Frage nach dem Umfang der Zurechnung - Die Vorschrift des § 31 BGB, der unmittelbare Besitz der juristischen Person und die aus	

	§ 28 II BGB hergeleiteten Grundsätze - Die Folgen ; "Handlungsfähigkeit" und damit auch Geschäfts- und Prozeßfähigkeit der juristischen Person	
V.	Die Eignung der juristischen Person zum Vollmachtträger	60
1.	Die lediglich mittelbare Bestimmung derjenigen natürlichen Person, die auf Grund der Vollmacht zu handeln hat	60
2.	Die Möglichkeit des Ausscheidens und des Wechsels von Organmitgliedern und die sich daraus ergebenden Gefahren für die Einheitlichkeit des Handelns der juristischen Person	62
3.	Die organisationsmäßigen Bindungen und die Abhängigkeit von Dritten als Bedrohung für die Freiheit und Selbständigkeit der handelnden Organe	63
	Die Ansicht von Ludewig - Die Rechtsform der Gesellschaft als ungeeignetes Kriterium dafür, ob die Selbständigkeit der handelnden Organe gewahrt ist - Treuhand- und Steuerberatungsgesellschaften als vorzugsweise bevollmächtigte Unternehmen - Deren Geschäftszweck ; die sorgfältige Wahrnehmung der Interessen Dritter - Der Vollmachtgeber nimmt im übrigen die sich aus der Vollmachterteilung an eine juristische Person ergebenden Nachteile bewußt in Kauf - Die Vorteile der Bevollmächtigung juristischer Personen für den Vollmachtgeber	
4.	Juristische Personen als gesetzliche Vertreter und Verwalter von Vermögensmassen	66
	Überblick über die Ergebnisse, zu denen Wissenschaft und Praxis bei der Beantwortung dieser Frage gelangt sind - Die daraus abzuleitenden Grundsätze und deren Anwendung auf das hier zu behandelnde Problem	
VI.	Die prozessuale Bevollmächtigung juristischer Personen in besonderen behördlichen und gerichtlichen Verfahren	70
1.	Das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit und das Verfahren vor Verwaltungs- und Finanzbehörden sowie vor Verwaltungs- und Finanzgerichten	70

- a) § 13 FGG - Die h.M. verneint die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen - Die Prozeßfähigkeit der juristischen Person - Gegen ihre Zulassung als Bevollmächtigte bestehen keine Bedenken
 - b) § 67 II VwGO - Die Vollmachterteilung an juristische Personen wird allgemein für unzulässig gehalten - Die Ansicht von Noack - Auf das Erfordernis der Prozeßfähigkeit des Bevollmächtigten kann auch im Verwaltungsprozeß nicht verzichtet werden - Juristische Personen sind jedoch prozeßfähig, können also Vollmachtträger sein
 - c) §§ 107, 254 AbgO - Die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen ist hier unbestritten
2. Das arbeitsgerichtliche Verfahren 73
- a) in erster Instanz

§ 11 I ArbGG - Jede prozeßfähige Person kann bevollmächtigt werden - Gegen die Vollmachterteilung an juristische Personen bestehen keine Bedenken - Die Frage der Postulationsfähigkeit taucht hier nicht auf
 - b) in zweiter und dritter Instanz

Postulationsfähig sind nur Rechtsanwälte und daneben - im zweiten Rechtszug - auch Verbandsvertreter - Die Postulationsfähigkeit als Voraussetzung prozessual wirksamen Handelns, nicht jedoch der Gültigkeit der Vollmacht - Auch juristische Personen als in diesen Verfahrensabschnitten Postulationsunfähige können daher wirksam bevollmächtigt werden; lediglich die Ausübung der Vollmacht ist weitgehend, jedoch nicht vollständig gehemmt
3. Das sozialgerichtliche Verfahren 76

Dritter Teil: Die Ausübung der einer juristischen Person erteilten Vollmacht - Die Haftung der juristischen Person aus ihrer Vertretertätigkeit 77

- I. Die Ausübung der einer juristischen Person erteilten Vollmacht 78

1.	Die Vollmachtausübung durch Organmitglieder und durch sonstige Bedienstete der juristischen Person	78
	Die Organmitglieder als die zur Vollmachtausübung Berufenen - Sonstige Bedienstete bedürfen der Unterbevollmächtigung - Die Zulässigkeit der Erteilung von Untervollmacht - Die Auswahl des Unterbevollmächtigten - Die Rechtslage beim Zusammentreffen von Prokura bzw. Handlungsvollmacht und Untervollmacht in einer Person	
2.	Die Besonderheiten bei Gesamtvertretungsmacht der Organmitglieder	85
	Die sich aus der Gesamtvertretungsmacht ergebenden Beschränkungen gelten auch für die Ausübung der Vollmacht	
3.	Der Einfluß von RBerG und § 157 ZPO auf die Wirksamkeit des Vertretungshandelns	92
a)	RBerG	92
	Der Zweck des Gesetzes - Die von dem Erlaubniszwang ausgenommenen Personengruppen - Verstöße gegen das RBerG und deren Folgen	
b)	§ 157 ZPO	97
	Der nach § 157 I ZPO ausgeschlossenen juristischen Person fehlt die Postulationsfähigkeit für die Vornahme von Prozeßhandlungen in der mündlichen Verhandlung - Eine Umgehung des Ausschlusses ist unzulässig - Die Ausnahmen zugunsten bestimmter Verbände im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren - Die Sonderregelung für die Vertretung in Steuersachen	
II.	Die Haftung der juristischen Person aus ihrer Vertretertätigkeit	101
	Die sich auf Grund der h. M. ergebenden haftungsrechtlichen Konsequenzen - Die Zulässigkeit rechtsgeschäftlicher und prozessualer Bevollmächtigung von juristischen Personen und die daraus für deren Haftung folgenden Regeln (Überblick) - Die Haftung gegenüber dem Vollmachtgeber - Die Haftung gegenüber dem Geschäfts- und Prozeßgegner - Die juristische Person als vollmachtlose Vertreterin - Besonderheiten bei prozessualer Bevollmächtigung	

Literaturverzeichnis

- Altenhoff-Busch: Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung, Münster 1957
- Ballerstedt: Zur Haftung für culpa in contrahendo bei Geschäftsabschluß durch Stellvertreter in: Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 151, 501 ff.
- Baumbach-Duden: Handelsgesetzbuch, 16. Aufl., München und Berlin 1964
- Baumbach-Hueck: Aktiengesetz, 12. Aufl., München und Berlin 1965 (zitiert: Baumbach-Hueck, AktG)
- Baumbach-Hueck: GmbH-Gesetz, 11. Aufl., München und Berlin 1964 (zitiert: Baumbach-Hueck, GmbHG)
- Baumbach-Lauterbach: Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, 28. Aufl., München und Berlin 1965
- Baumgärtel: Wesen und Begriff der Prozeßhandlungen einer Partei im Zivilprozeß, Berlin und Frankfurt a.M. 1957
- Baumgarten: Die Wissenschaft vom Recht und ihre Methode, II. u. III. Teil, Tübingen 1922
- Baur: Freiwillige Gerichtsbarkeit, 1. Buch, Allgemeines Verfahrensrecht, Tübingen 1955
- Becker-Riewald-Koch: Reichsabgabenordnung, Band I, 9. Aufl., Köln-Berlin-Bonn-München 1963
- Bierling: Juristische Prinzipienlehre, 1. Band, Freiburg i.B. und Leipzig 1894
- Binder: Das Problem der juristischen Persönlichkeit, Leipzig 1907
- Bley: Vergleichsordnung, 2. Aufl., Berlin 1955
- Blomeyer, A.: Zivilprozeßrecht, Erkenntnisverfahren, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1963
- Bondi: Kann eine Handelsgesellschaft oder eine juristische Person des bürgerlichen oder des öffentlichen Rechts Handlungsbevollmächtigter, Handlungsgehilfe, Handlungsagent und dergl. sein oder andere Vertreter- und Vertrauensstellungen, wie Liquidator, Konkursverwalter und dergl. einnehmen?
in: Zentralblatt für Handelsrecht (ZHR) 1929, 34 ff.
- Brangsch: Prozeßvertretung durch Verbände
in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1955, 1823 ff.
- Brecher: Subjekt und Verband
in: Festschrift für A. Hueck, München und Berlin 1959, S. 233 ff.
- Burckhardt: Die Organisation der Rechtsgemeinschaft, 2. Aufl., Zürich 1944

- C o h n : Das rechtsgeschäftliche Handeln für denjenigen, den es an-
geht, Marburg 1931
- C o s a c k : Lehrbuch des Deutschen Bürgerlichen Rechts, 1. Band,
3. Aufl., Jena 1900
- C r o m e : System des Deutschen Bürgerlichen Rechts, 1. Band, Tübin-
gen und Leipzig 1900
- D e r s c h - V o l k m a r : Arbeitsgerichtsgesetz, 6. Aufl., Berlin und
Frankfurt a.M. 1955
- D i e t z - N i k i s c h : Arbeitsgerichtsgesetz, München und Berlin 1954
- E c k : Vorträge über das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Band I,
1. u. 2. Aufl., Berlin 1903
- E h r e n b e r g : Handbuch des gesamten Handelsrechts, 3. Band, III.
Abteilung, bearbeitet von Feine, Leipzig 1929 (zitiert : Feine)
- E n d e m a n n : Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 1. Band, 9. Aufl.,
Berlin 1903
- E n n e c c e r u s - L e h m a n n : Recht der Schuldverhältnisse,
15. Bearb., Tübingen 1958
- E n n e c c e r u s - N i p p e r d e y : Allgemeiner Teil des Bürgerlichen
Rechts, 15. Bearb., Tübingen 1959
- E y e r m a n n - F r ö h l e r : Verwaltungsgerichtsordnung, 3. Aufl.,
München und Berlin 1962
- F ö r s t e r - K a n n : Die Zivilprozeßordnung für das Deutsche Reich,
1. Band, 3. Aufl., Berlin 1918
- G a d o w - H e i n i c h e n : Aktiengesetz, bearbeitet von Gadow,
Heinichen, E. Schmidt, W. Schmidt und Weipert, Berlin 1939
- G i e r k e , v. : Die Genossenschaftstheorie und die Deutsche Rechtspre-
chung, Berlin 1887 (zitiert : Gierke, Genossenschaftstheorie)
- G i e r k e , v. : Deutsches Privatrecht, 1. Band, Leipzig 1895 (zitiert :
Gierke, Dtsch. Privatrecht)
- G i e r k e , v. : Das Deutsche Genossenschaftsrecht, 2. Band, unverän-
derterphotomechanischer Nachdruck der ersten Ausgabe, Darm-
stadt 1954 (zitiert : Gierke, Genossenschaftsrecht)
- G i e r k e , v. : Das Wesen der menschlichen Verbände, Rektoratsrede,
Berlin 1902 (zitiert : Gierke, Das Wesen der menschlichen
Verbände)
- G o d i n - W i l h e l m i : Aktiengesetz, 2. Aufl., Berlin 1950
- G r o ß k o m m e n t a r : Aktiengesetz, Großkommentar, 1. Band,
2. Aufl., erläutert von Schmidt, Fischer, Schilling, Melle-
rowicz und Meyer-Landrut, Berlin 1961 (zitiert : Schmidt in
Großkomm., z. AktG usw.)

- H a c h e n b u r g : Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 1. Band, 6. Aufl., bearbeitet von Schmidt und Schilling, Berlin 1956 (zitiert : Schmidt in Hachenburg usw.)
- H a f f : Institutionen des Deutschen Privatrechts, Band 1, Stuttgart 1927
- H a f t e r : Die Delikts- und Straffähigkeit der Personenverbände, Berlin 1903
- H a u p t : Gesellschaftsrecht, 3. Aufl., Tübingen 1944
- H e i n : Die Zusammenhänge zwischen Treuhandrecht und Handelsrecht in : Zentralblatt für Handelsrecht (ZHR) 1929, 194 ff.
- H e l l w i g : Lehrbuch des Deutschen Zivilprozeßrechts, Band II, Leipzig 1907 (zitiert : Hellwig, Lehrbuch)
- H e l l w i g : System des Deutschen Zivilprozeßrechts , 1. Teil, Leipzig 1912 (zitiert : Hellwig, System)
- H e l l w i g : Anspruch und Klagrecht, Leipzig 1900, Photomechanischer Nachdruck Leipzig 1924, (zitiert : Hellwig, Anspruch)
- H e l l w i g : Besprechung von Hupka : "Die Vollmacht" in : Zeitschrift für Zivilprozeß (ZZP) 29, 520 ff.
- H e l l w i g : Besprechung von Rosenberg : "Stellvertretung im Prozesse" in : Zeitschrift für Zivilprozeß (ZZP) 39, 364 ff.
- H ö l d e r : Kommentar zum Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs, München 1900
- H ö l d e r : Natürliche und juristische Personen, Leipzig 1905
- H o f m a n n - S c h r o e t e r : Sozialgerichtsgesetz, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a. M. 1957
- H u b e r : Prozeßvertretung durch Verbände in : Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1956, 780
- H u p k a : Die Vollmacht, Leipzig 1900
- H u s s e r l : Rechtssubjekt und Rechtsperson in : Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 127, 129 ff.
- J a e g e r - W e b e r : Konkursordnung, 2. Band, 8. Aufl., Berlin 1958 ff.
- J a n s e n : Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Berlin 1959
- J e l l i n e k , G. : System der subjektiven öffentlichen Rechte, 2. Aufl., Tübingen 1905 (zitiert : G. Jellinek, System der subj. öff. Rechte)
- J e l l i n e k , G. : Die soziaethische Bedeutung von Recht, Unrecht und Strafe, 2. Aufl., Berlin 1908 (zitiert : G. Jellinek, Die soziaethische Bedeutung von Recht, Unrecht und Strafe)
- J e l l i n e k , G. : Allgemeine Staatslehre, 4. Neudruck der 3. Aufl., Berlin 1922 (zitiert : G. Jellinek, Allg. Staatslehre)

- K a u f m a n n, F.: Die Kriterien des Rechts, Tübingen 1924
- K e i d e l: Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 8. Aufl., München und Berlin 1963
- K e l s e n: Allgemeine Staatslehre, Berlin 1925 (zitiert: Kelsen, Allg. Staatslehre)
- K e l s e n: Über Staatsunrecht
in: Grünhuts Zeitschrift 40, 1 ff. (zitiert: Kelsen, Über Staatsunrecht)
- K i p p - C o i n g: Erbrecht, 11. Bearb., Tübingen 1960
- K l i n g e r: Verwaltungsgerichtsordnung, Göttingen 1960
- K n o k e: Juristische Personen im Bürgerlichen Recht
in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, 3. Band, Berlin und Leipzig 1928, S. 434 ff.
- K u h l e n b e c k: Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich, 1. Band, 2. Aufl., Berlin 1903
- L a b a n d: Zum zweiten Buch des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich
in: Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 73, 161 ff.
- L a n g e, H.: BGB Allgemeiner Teil, Studienbuch, 7. Aufl., München und Berlin 1964
- L e h m a n n, H.: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 14. Aufl., Berlin 1963 (zitiert: H. Lehmann, Allg. Teil)
- L e h m a n n, H.: Gesellschaftsrecht, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1959 (zitiert: H. Lehmann, Gesellschaftsrecht)
- L e n t - H a b s c h e i d: Freiwillige Gerichtsbarkeit, Studienbuch, 4. Aufl., München und Berlin 1962
- L e n t - J a u e r n i g: Zivilprozeßrecht, Studienbuch, 12. Aufl., München und Berlin 1965
- L u d e w i g: Juristische Personen im Zivilprozeß
in: Zeitschrift für Zivilprozeß (ZZP) 52, 169 ff.
- L u k e s: Der beschränkt Geschäftsfähige als Prozeßvertreter
in: Zeitschrift für Zivilprozeß (ZZP) 69, 141 ff.
- M a u r a c h: Deutsches Strafrecht, Allgemeiner Teil, 2. Aufl., Karlsruhe 1958
- M e u r e r: Die Juristischen Personen nach Deutschem Reichsrecht, Stuttgart 1901
- M ü l l e r - F r e i e n f e l s: Die Vertretung beim Rechtsgeschäft, Tübingen 1955
- N a w i a s k y: Allgemeine Rechtslehre, 2. Aufl., Einsiedeln-Zürich-Köln 1948

- N i e s e : Die moderne Strafrechtsdogmatik und das Zivilrecht
in ; Juristenzeitung (JZ) 1956, 457 ff.
- N o a c k : Können juristische Personen und Behörden Prozeßbevollmächtigte im Verwaltungsprozeß sein ?
in : Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) 1962, 850 ff.
- O e r t m a n n : Rechtsgrundsätze des Reichsgerichts in systematischer Darstellung
in : Archiv des Bürgerlichen Rechts (ArchBürgR) 10, 187 ff.
- P a l a n d t : Bürgerliches Gesetzbuch, 24. Aufl., bearbeitet von Danckelmann, Gramm, Hoche, Lauterbach und Keidel, München und Berlin 1965 (zitiert : Palandt-Danckelmann usw.)
- P l a n c k : Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, I. Band, 4. Aufl., Berlin 1913
- P r o t o k o l l e : Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Band I, Berlin 1897
- R e d e k e r - v. O e r t z e n : Verwaltungsgerichtsordnung, Münster 1960
- R e g e l s b e r g e r : Pandekten, 1. Band, Leipzig 1893
- R e i c h s g e r i c h t s r ä t e : Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs, Kommentar, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern, 11. Aufl., Berlin 1959 ff. (zitiert : RGR-Komm.)
- R e i c h s g e r i c h t s r ä t e : Kommentar zum Handelsgesetzbuch, früher herausgegeben von Mitgliedern des Reichsgerichts, 1. Band, 2. Aufl., bearbeitet von Würdinger, Berlin 1953 (zitiert : Würdinger)
- R i t t e r : Kommentar zum Handelsgesetzbuch, 2. Aufl., Berlin 1932
- R o s e n b e r g : Stellvertretung im Prozeß, Berlin 1908 (zitiert : Rosenberg, Stellvertretung)
- R o s e n b e r g : Lehrbuch des Deutschen Zivilprozeßrechts, 9. Aufl., München und Berlin 1961 (zitiert : Rosenberg, Lehrbuch)
- R o t b e r g : Für Strafe gegen Verbände !
in: Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Juristentages, Band II, Karlsruhe 1960, S. 193 ff.
- S a v i g n y , v. : System des heutigen römischen Rechts, Berlin 1840
- S e r i c k : Rechtsform und Realität juristischer Personen, Berlin und Tübingen 1955
- S e u f f e r t - W a l s m a n n : Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 1. Band, 12. Aufl., München 1932

- S i e b e n h a a r** : Vertreter des Vertreters ?
in : Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 162, 354 ff.
- S k r o t z k i** : Juristische Personen und Personengruppen als Konkurs-
verwalter
in : Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (KTS)
1961, 145 ff.
- S o e r g e l - S i e b e r t** : Bürgerliches Gesetzbuch, I. Band, 9. Aufl.,
Stuttgart 1959
- S y d o w - B u s c h** : Zivilprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz,
20. Aufl., Berlin und Leipzig 1930
- S c h ä f e r** : Verbandsvertreter als Bevollmächtigte im Verwaltungs-
prozeß ?
in : Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) 1961, 539 ff.
- S c h l e g e l b e r g e r** : Handelsgesetzbuch, 4. Aufl., 1. Band, bear-
beitet von Hildebrandt und Schröder, Berlin und Frankfurt a. M.
1960 (zitiert : Schlegelberger-Hildebrandt usw.)
- S c h l e g e l b e r g e r** : Gesetz über die Angelegenheiten der freiwill-
ligen Gerichtsbarkeit, 7. Aufl., 1. Band, Köln und Berlin 1956
- S c h m i t t** : Strafrechtliche Maßnahmen gegen Verbände, Stuttgart
1958
- S c h ö n f e l d** : Rechtsperson und Rechtsgut im Lichte des Reichsge-
richts
in : Festgabe der juristischen Fakultäten zum 50jährigen Be-
stehen des Reichsgerichts, 2. Band, Berlin und Leipzig 1929,
S. 191 ff.
- S c h ö n k e - S c h r ö d e r - N i e s e** : Lehrbuch des Zivilprozeß-
rechts, 8. Aufl., Karlsruhe 1956
- S c h o l z** : Kommentar zum GmbH - Gesetz, 2. Aufl., Köln 1950
- S c h o r n** : Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz, Darmstadt (ohne Angabe
des Erscheinungsjahrs)
- S c h u l t e - K e l l i n g h a u s** : Zur Kostenerstattung bei Prozeßver-
tretung durch Vermieter- und Mietervereinigungen
in : Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1955, 1627 ff.
- S t a u b** : Kommentar zum Handelsgesetzbuch, 1. Band, 14. Aufl., be-
arbeitet von Bondi und Pinner, Berlin und Leipzig 1932
(zitiert : Staub-Bondi usw.)
- S t a u d i n g e r, v.** : Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
11. Aufl.,
I. Band : Allgemeiner Teil, erläutert von Brändl und Coing,
Berlin 1957
III. Band : Sachenrecht, 1. Teil, erläutert von Berg, Ring und
Seufert, Berlin 1956 (zitiert : Staudinger-Brändl usw.)

- Stein - Jonas - Schö nke - Pohle : Kommentar zur Zivil-
prozeßordnung, 18. Aufl., Tübingen 1953 ff.
- Teichmann - Kö hler : Aktiengesetz, 3. Aufl., Heidelberg 1950
- Tuhr, v.: Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts
1. Band, Leipzig 1910
2. Band, 2. Hälfte, München und Leipzig 1918
- Ule : Verwaltungsprozeßrecht, 3. Aufl., München und Berlin 1963
- Vaihinger : Die Philosophie des Als ob, 7./8. Aufl., Leipzig 1922
- Warneyer : Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuchs für das
Deutsche Reich, 1. Band, 2. Aufl., Tübingen 1930
- Westermann : Sachenrecht, 4. Aufl., Karlsruhe 1960
- Wieczorek : Zivilprozeßordnung und Nebengesetze, Band I, Teil 1,
Berlin 1957
- Wieland : Handelsrecht, 1. Band, München und Berlin 1921
- Windscheid - Kipp : Lehrbuch des Pandektenrechts, 9. Aufl.,
Frankfurt a.M. 1906
- Wolff, H.J.: Organschaft und Juristische Person, Band 1, Berlin
1933
- Wolff - Raiser : Sachenrecht, 10. Bearb., Tübingen 1957
- Zitelmann : Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, I, Allge-
meiner Teil, Leipzig 1900

Einleitung

Die Frage, ob einer juristischen Person Vollmacht erteilt werden kann, hat in Rechtsprechung und Lehre bisher wenig Beachtung gefunden. Sie verdient jedoch, eingehender behandelt zu werden; denn mit ihr wird nicht nur ein seit langem umstrittenes Problem der Zivil- und Prozeßrechtsdogmatik - die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit juristischer Personen - berührt, sondern ihr kommt im heutigen Rechts- und Wirtschaftsleben auch eine erhebliche praktische Bedeutung zu.

Die Zulässigkeit der Bevollmächtigung einer juristischen Person für das Gebiet des rechtsgeschäftlichen Handelns wird allgemein bejaht. Die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht an eine juristische Person hält die herrschende Meinung dagegen für unzulässig mit der Begründung, nur ein Prozeßfähiger könne bevollmächtigt werden, die juristische Person aber sei prozeßunfähig. Diese Argumentation vermag jedoch nicht ohne weiteres zu überzeugen. Die Prozeßfähigkeit ist das prozessuale Gegenstück zur bürgerlich-rechtlichen Geschäftsfähigkeit; prozeßfähig ist, wem nach bürgerlichem Recht die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit zukommt. In der Zivilrechtslehre herrscht nun aber heute weitgehend Einigkeit, daß juristische Personen geschäftsfähig sind oder doch zumindest als geschäftsfähig behandelt werden müssen (1).

Erweist sich diese Auffassung als richtig, was nachzuprüfen zum Gegenstand der vorliegenden Untersuchung gehört, so stünde damit auch die Prozeßfähigkeit juristischer Personen außer Zweifel. Dann aber ließe sich die Ansicht, diesen könne keine prozessuale Vollmacht erteilt werden, schwerlich aufrechterhalten, sofern nicht andere Gesichtspunkte gegen die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen sprechen.

Die Bedeutung des Problems für die Praxis liegt auf der Hand. Banken und Versicherungsunternehmen, Treuhandgesellschaften und berufsständische Organisationen aller Art nehmen in weitem Umfange die Interessen Dritter wahr. Dies geschieht häufig und in zunehmendem Maße auch in der Form, daß sie auf Grund einer ihnen erteilten Vollmacht, die sie zum rechtsgeschäftlichen und prozessualen Handeln ermächtigt, tätig werden.

(1) Vgl. etwa Staudinger-Coing, Randnote 21 Einl. vor § 21

Die Gesetzgebung hat dem nicht entgegengewirkt; sie hat diese Entwicklung in neuerer Zeit sogar in gewissem Umfange begünstigt. Ein Beispiel dafür bietet die Vorschrift des § 183 des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956, die es bestimmten Organisationen erlaubt, ihre Mitglieder im Entschädigungsverfahren unentgeltlich zu beraten und zu vertreten. Man hat deshalb - für das Gebiet der Rechtsberatung und Rechtsbesorgung - bereits von einem "Strukturwandel" gesprochen, "der regellos und undurchschaubar vor sich geht und historisch durchaus in Parallele zum Aufkommen des Winkelkonsulententums gesetzt werden kann, in seiner soziologischen und wirtschaftlichen Bedeutung aber weit darüber hinaus geht" (1). Äußerungen dieser Art mögen in ihrer Beurteilung der Lage nicht frei von Übertreibungen sein. Sie zeigen jedoch, daß das Problem, um das es in der vorliegenden Untersuchung geht, nicht nur in theoretischer Hinsicht von Interesse ist, sondern daß für seine Lösung durchaus auch ein praktisches Bedürfnis vorhanden ist.

Die Darstellung begnügt sich damit, die Frage nach der Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen des Privatrechts zu behandeln. Ob eine juristische Person auch zum gesetzlichen Vertreter oder zum Verwalter von Vermögensmassen bestellt werden kann, wird hier nicht erörtert (2). Die darin liegende Begrenzung des Themas erscheint bei dem tiefgreifenden Unterschied zwischen gewillkürter und gesetzlicher Vertretung (3) und bei den daraus resultierenden mannigfaltigen Besonderheiten und abweichenden Problemlagen, wie sie sich für die gesetzliche Vertretung ergeben, gerechtfertigt.

Es hätte nahe gelegen, auch die juristischen Personen des öffentlichen Rechts in die Untersuchung mit einzubeziehen. Vergewenwärtigt man sich aber, daß in diesem Falle ihrer inneren Struktur nach so verschiedenartige Erscheinungen wie Staat und Gemeinden, Innungen, Handwerks-

(1) Schulte-Kellinghaus, NJW 1955, 1627 ff. (1628); vgl. auch Brangsch, NJW 1955, 1823 ff.

(2) Das bedeutet jedoch nicht, daß die Ergebnisse, zu denen Rechtsprechung und Lehre bei der Beschäftigung mit dieser Frage gelangt sind, gänzlich unberücksichtigt bleiben sollen. Soweit dort ähnliche Problemstellungen aufgetaucht sind, wird sich die vorliegende Arbeit damit auseinandersetzen.

(3) Vgl. etwa Müller-Freienfels, S. 335 ff.

kammern, öffentlich-rechtliche Krankenkassen, Universitäten, Religionsgemeinschaften und Spar- und Giroverbände - um nur einige Beispiele zu nennen - hätten berücksichtigt werden müssen, dann leuchtet es ein, daß damit der Rahmen, der einer Darstellung wie der vorliegenden gesteckt ist, bei weitem überschritten worden wäre (1).

-
- (1) Es wird behauptet, auch nichtrechtsfähigen Personenmehrheiten, insbesondere der O-HG, könne Vollmacht erteilt werden; vgl. Müller-Freienfels, S. 63; S. 63 N. 62 mit weiteren Nachweisen. Sofern damit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die jeweiligen vertretungsberechtigten Mitglieder und Gesellschafter bevollmächtigt werden könnten, ist diese Auffassung unbedenklich. Die Zulässigkeit der Vollmachterteilung an eine nichtrechtsfähige Personengemeinschaft als solche wird man dagegen zu verneinen haben. Der Bevollmächtigte muß Rechtssubjekt, selbständige Person im Rechtssinne sein, um die bei der Stellvertretung stattfindende Zurechnung vermitteln zu können.

Grundlagen

I. Zur Terminologie

Versucht man, die Frage zu beantworten, ob es zulässig ist, juristische Personen zu bevollmächtigen, so tauchen in einer solchen Untersuchung zwangsläufig immer wieder die Begriffe "Vollmacht" und "Bevollmächtigung" auf. Beide sollen deshalb zunächst kurz erläutert werden.

Unter "Vollmacht" versteht das Bürgerliche Gesetzbuch die "durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht" (§ 166 II BGB), also die rechtsgeschäftlich begründete Befugnis zu stellvertretendem Handeln. Demgegenüber nennt das Bürgerliche Gesetzbuch die Willenserklärung, mit der die Vollmacht erteilt wird, "Bevollmächtigung" (§§ 172, 174 BGB). In der Praxis, insbesondere aber auch in der Umgangssprache wird diese klare Unterscheidung, die das Gesetz trifft, oft nicht beachtet. Sowohl die Vollmachterteilung als auch die Vollmachtsurkunde pflegt man häufig als "Vollmacht" zu bezeichnen (1).

Die Zivilprozeßordnung verwendet die Begriffe in einem anderen Sinn. Hier bedeutet "Vollmacht" bzw. "Prozeßvollmacht" einmal die durch Willenserklärung geschaffene prozessuale Vertretungsmacht (§§ 81 - 83, 86, 88 ZPO), dann aber auch die Vollmachtsurkunde (§§ 80 I, 86 a.E., 89 ZPO). Den Ausdruck "Bevollmächtigung" gebraucht die Zivilprozeßordnung nur an einer Stelle (§ 80 I); dort versteht sie darunter dasselbe wie "Vollmacht" im Sinne von prozessualer Vertretungsmacht (2). Die Feststellung, daß gesetzlich geprägte Begriffe in Rechtsgebieten, die wie das bürgerliche Recht und das Zivilprozeßrecht in enger Wechselbeziehung zueinander stehen, in ihrem Sinngehalt nicht übereinstimmen, ist uner-

-
- (1) Staudinger-Coing, Randnote 9 zu § 166; H. Lehmann, Allg. Teil, § 36 V 1 (S. 300); Enneccerus-Nipperdey, § 184 I N. 2 (S. 1129).
(2) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. I; Baumbach-Lauterbach, § 80 Anm. 1 A.

freulich; denn Abweichungen dieser Art führen allzu leicht zu terminologisch bedingten und somit vermeidbaren Mißverständnissen. Um diese auszuschließen, wird deshalb im Nachstehenden "Vollmacht" immer als gewillkürte Vertretungsmacht verstanden, die einerseits zum rechtsgeschäftlichen und andererseits zum prozessualen Handeln ermächtigt. "Bevollmächtigung" bedeutet demgegenüber die Erteilung dieser Vollmacht.

II. Die Bevollmächtigung - Ihre Rechtsnatur und die für sie geltenden Regeln

Die Begriffe "Vollmacht" und "Bevollmächtigung" sind damit voneinander abgegrenzt. Für die hier zu beantwortende Frage, wann eine Bevollmächtigung als wirksam anzusehen ist und ob insbesondere Bedenken gegen die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen bestehen, ist auf diese Weise aber noch nichts gewonnen. Dazu bedarf es zunächst der Erläuterung, was die Bevollmächtigung ihrer rechtlichen Eigenart nach ist und welche Regeln für sie gelten.

1. Für die Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln gibt das Gesetz selbst Auskunft. Nach § 167 BGB erfolgt die Erteilung der Vollmacht "durch Erklärung gegenüber dem zu Bevollmächtigenden oder dem Dritten, dem gegenüber die Vertretung stattfinden soll". Die Bevollmächtigung ist danach eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung. Das ist nahezu unstreitig (1).

2. Die Zivilprozeßordnung dagegen sagt nichts darüber, wie die Prozeßbevollmächtigung, also die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht, rechtlich zu beurteilen ist. Hier stehen sich zwei Auffassungen

(1) Vgl. Staudinger-Coing, Randnote 3 zu § 167 BGB. Anders neuerdings nur Müller-Freienfels, S. 245 f., für den die Vollmacht ein notwendiges Tatbestandselement des Vertretergeschäfts ist und der deshalb die Bevollmächtigung nur dann als einseitiges Rechtsgeschäft ansieht, wenn auch das Vertretergeschäft ein einseitiges ist.

gegenüber. Die h.M. betrachtet die Prozeßbevollmächtigung als Prozeßhandlung und wendet damit auf sie, auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, allein die Vorschriften und Grundsätze des Prozeßrechts an (1). Dagegen meint Rosenberg (2), zwischen der Prozeßbevollmächtigung und der Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln bestehe kein begrifflicher Unterschied. In beiden Fällen handele es sich um rechtsgeschäftliche Erklärungen, so daß die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches hier wie dort anwendbar seien.

Die herrschende Ansicht verdient den Vorzug. Prozessuale Vollmacht wird durch Prozeßhandlung erteilt (3). Unter einer solchen versteht man - nach einer überwiegend gebilligten Begriffsbestimmung - zunächst jede Handlung, die nach Voraussetzungen und Wirkungen von Prozeßrecht geregelt wird (4). Allerdings führt diese Definition hier, wo gerade darüber gestritten wird, ob das materielle Recht oder das Prozeßrecht für die Bestimmung der Voraussetzungen zuständig ist, nicht weiter. Man hat deshalb zu prüfen, welche Wirkung der Prozeßbevollmächtigung eigentümlich ist und ob diese auf materiellem oder prozessualem Gebiet liegt (5). Ergibt diese Prüfung, daß die charakteristischen Wirkungen prozessualer Natur sind, dann sind auch die Voraussetzungen nach den Regeln des Prozeßrechts zu bestimmen; denn materielles Recht und Prozeßrecht haben nur dann ein Interesse an der Regelung der Voraussetzungen eines bestimmten Verhaltens, wenn dessen Wirkungen im wesentlichen oder gar ausschließlich auf ihrem Gebiete liegen (6).

Die Prozeßbevollmächtigung schafft prozeßrechtliche Vertretungsmacht. Ihre unmittelbare Wirkung ist also die Herbeiführung eines prozessual bedeutsamen Tatbestandes (7). Im übrigen bezieht sie sich bestimmungsge-

-
- (1) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II 1; Baumbach-Lauterbach, § 80 Anm. 1 C; Lent-Jauernig, § 29 IV (S. 83); KG DRZ 1947, 376; OGHZ 4, 279; BGH ZZP 71, 473 und die bei Baumgärtel, § 22 I N. 189 (S. 173) Genannten.
 - (2) Lehrbuch, § 50 II 1 a (S. 223) u. § 59 2 a (S. 272); Stellvertretung, S. 60, 62, 64, 144, 563 ff.
 - (3) Ausführlich hierzu Baumgärtel, S. 173 ff.
 - (4) Rosenberg, Lehrbuch, § 59 (S. 271 ff.); Lent-Jauernig, § 29 IV (S. 83 ff.)
 - (5) Baumgärtel, S. 78, 80, 291
 - (6) Lent-Jauernig, § 29 IV (S. 84)
 - (7) Baumgärtel, S. 174

maß auf Maßnahmen der Prozeßführung, insbesondere auf die Vornahme von Prozeßhandlungen, die der Eröffnung, Fortführung und Beendigung eines gerichtlichen Verfahrens dienen (1). Ihre mittelbaren Wirkungen sind also ebenfalls vorwiegend prozeßrechtlicher Natur. Hinzu kommt, daß die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht für einen bestimmten Prozeß, sei es für einen bereits anhängigen Rechtsstreit, sei es für ein bevorstehendes Verfahren erfolgt. Zu Maßnahmen, die außerhalb dieses Wirkungsbereiches ganz allgemein auf die Veränderung der Rechtslage abzielen, ist der Inhaber prozeßrechtlicher Vertretungsmacht auf Grund der ihm erteilten Vollmacht nicht befugt. Die Ermächtigung zur Vornahme von Vertretungshandlungen ist damit funktionell auf einen Prozeß bezogen. Das alles zeigt, daß die charakteristischen unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen der Prozeßbevollmächtigung auf prozessualem Gebiet liegen. Es ist daher gerechtfertigt, auch deren Voraussetzungen nach den Regeln des Prozeßrechts zu bestimmen, die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht mithin als Prozeßhandlung anzusehen.

Rosenberg (2) meint demgegenüber, es sei schon deshalb unrichtig, zwischen der Prozeßbevollmächtigung und der Erteilung einer bürgerlich-rechtlichen Vollmacht einen begrifflichen Unterschied zu machen, weil auch der Prozeßbevollmächtigte zu bürgerlich-rechtlichen Willenserklä-

(1) Allerdings läßt die Rechtsnatur der stellvertretenden Tätigkeit allein noch keinen Rückschluß auf den Rechtscharakter der Bevollmächtigung selbst zu. Ist die Vertreterhandlung als Prozeßhandlung anzusehen, so ist damit noch nicht gesagt, daß auch die Bevollmächtigung Prozeßhandlung sein müsse. Das hebt Rosenberg, Stellvertretung, S. 564 N. 1, S. 608 N. 1 mit Recht hervor. Vgl. auch Baumgärtel, S. 174. Dies bedeutet aber nicht, daß der Rechtsnatur des Vertreterhandelns in diesem Zusammenhang überhaupt keine Bedeutung zukäme. Entscheiden die charakteristischen Wirkungen der Prozeßbevollmächtigung darüber, ob diese als bürgerlich-rechtliche Willenserklärung oder als Prozeßhandlung anzusehen ist, dann ist es durchaus von Interesse, ob auf Grund der Bevollmächtigung vorzugsweise materiellrechtliche Wirkungen durch Vornahme zivilrechtlicher Rechtsgeschäfte oder prozessuale Wirkungen durch Vornahme von Prozeßhandlungen erzielt werden sollen und erzielt zu werden pflegen. Liegen deshalb die in diesem Sinne mittelbaren Wirkungen der Bevollmächtigung vorwiegend auf prozessualem Gebiet, dann deutet auch dies darauf hin, daß es richtiger ist, die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht als Prozeßhandlung anzusehen.

(2) Lehrbuch, § 50 II 1 a (S. 223); Stellvertretung, S. 144 f., 564; vgl. auch A. Blomeyer, § 9 III 1 (S. 54).

rungen ermächtigt sei. Dieser Einwand geht fehl (1). Es ist zwar richtig, daß die Prozeßvollmacht auch die Befugnis zur Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen mitumfaßt (2). Aber dies gilt nur mit der entscheidenden Einschränkung, daß der Träger prozessualer Vollmacht lediglich solche bürgerlich-rechtlichen Erklärungen abzugeben und in Empfang zu nehmen berechtigt ist, die sich auf einen konkreten Prozeß beziehen und dessen Ausgang zu beeinflussen in der Lage sind. Die durch die prozessuale Vollmacht geschaffene Möglichkeit zur Veränderung der materiellen Rechtslage ist mithin nicht Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel, die jeweilige prozessuale Situation zu beeinflussen. Diese Befugnis steht dem Bevollmächtigten ausschließlich im Interesse einer sachgemäßen Prozeßführung zu. Sie ist inhaltlich durch den Prozeßzweck beschränkt und diesem untergeordnet. In ihrer Bedeutung tritt sie im übrigen hinter der Ermächtigung zur Vornahme von Prozeßhandlungen weit zurück.

Rosenberg (3) wendet weiter ein, auch eine Reihe von bürgerlich-rechtlichen Vollmachten umfasse die Prozeßvertretung, ohne daß man deshalb die Erteilung derartiger Vollmachten als Prozeßhandlungen anzusehen habe. Er denkt hierbei vor allem an die Prokura. Der Prokurist ist nach § 49 HGB berechtigt "zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt". Es trifft also zu, daß die Prokura auch die Befugnis zur Prozeßvertretung enthält. Während aber die charakteristischen Wirkungen der Prozeßbevollmächtigung, wie gezeigt worden ist, gerade auf prozessualem Gebiet liegen, kann davon bei der Prokuraerteilung nicht die Rede sein; materiellrechtliche und prozeßrechtliche Wirkungen halten sich bei dieser zumindest die Waage, wenn man nicht sogar in der prozessualen Vertretungsbefugnis, die die Prokura umfaßt, eine bloße "Nebenwirkung" (4) zu erblicken hat. Es bleibt deshalb dabei: die Erteilung prozessualer Vertretungsmacht ist Prozeßhandlung (5).

-
- (1) Im Ergebnis ebenso Baumgärtel, S. 182, mit allerdings unklarer Begründung.
 - (2) Stein-Jonas-Schonke-Pohle, § 81 Anm. III 2; Baumbach-Lauterbach, § 81 Anm. 4; Rosenberg, Lehrbuch § 50 II 6 a (S. 226)
 - (3) Lehrbuch, § 50 II 1 a (S. 223)
 - (4) Baumgärtel, S. 174
 - (5) Die weitere Untersuchung wird im übrigen zeigen, daß die Regelung nach Prozeßrecht den Erfordernissen eines geordneten Verfahrens besser entspricht.

3. Sowohl die Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln - als bürgerlich-rechtliche Willenserklärung - als auch die Prozeßbevollmächtigung - als Prozeßhandlung - sind einseitige Willenserklärungen. Einer Annahmeerklärung des Bevollmächtigten bedarf es also nicht, um die Vollmacht entstehen zu lassen. Die Erklärungen werden perfekt mit ihrem Zugang beim Erklärungsgegner. Als solcher kommt bei der Erteilung einer Vollmacht zum rechtsgeschäftlichen Handeln der zu Bevollmächtigende selbst, der Geschäftsgegner oder die Allgemeinheit, bei der Prozeßbevollmächtigung der zu Bevollmächtigende, der Prozeßgegner oder das Gericht in Betracht. Hier wie dort besteht grundsätzlich Formfreiheit (1). Zwar hat der Prozeßbevollmächtigte nach § 80 ZPO eine Vollmachtsurkunde vorzulegen. Diese dient jedoch nur Beweis Zwecken; ihr Fehlen berührt die Wirksamkeit der Bevollmächtigung nicht (2).

Beide Vollmachten enden durch Widerruf; während die bürgerlich-rechtliche Vollmacht jedoch auch unwiderruflich erteilt werden kann, ist dies bei prozessualer Bevollmächtigung nicht möglich (3). Die bürgerlich-rechtliche und die prozessuale Bevollmächtigung weisen also eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Daneben aber unterscheiden sie sich - entsprechend ihrer verschiedenartigen Rechtsnatur - in vielfacher Hinsicht ganz erheblich voneinander.

So kann die Vollmacht des BGB unter einer Bedingung oder Befristung erteilt werden (4). Dies ist möglich, da sich hieraus keine nennenswerten Gefahren für den Rechtsverkehr ergeben. Gutgläubige Dritte werden durch die Bestimmungen der §§ 170 ff., 177 ff. BGB sowie nach den für die sog. "Anscheinsvollmacht" entwickelten Grundsätzen weitgehend geschützt. Eine bedingte oder befristete Prozeßbevollmächtigung ist dagegen unzu-

(1) Staudinger-Coing, Randnote 7 zu § 167; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II 5

(2) Stein-Jonas-Schönke-Pohle § 80 Anm. II 5; Baumbach-Lauterbach, § 80 Anm. 1 D

(3) Zu beachten ist allerdings die - mißverständlich formulierte - Vorschrift des § 87 I ZPO. Danach wird der Widerruf dem Gegner und dem Gericht gegenüber erst mit der Anzeige von dem Erlöschen der Vollmacht wirksam; in Anwaltsprozessen muß außerdem dem Gericht und dem Gegner die Bestellung eines neuen Anwalts angezeigt werden.

(4) Staudinger-Coing, Randnote 2a zu § 167

lässig (1). Sie würde eine zu große Unsicherheit in den Prozeß tragen. Prozeßgegner und Gericht wären genötigt, bei Vornahme jeder einzelnen Prozeßhandlung zu prüfen, ob die Bedingung eingetreten oder die Frist abgelaufen ist, um danach beurteilen zu können, ob den Handlungen des Bevollmächtigten eine prozessuale Bedeutung zukommt und ob ihm gegenüber mit Wirksamkeit gehandelt werden kann. Das würde jede geordnete Prozeßführung in unzumutbarem Maße erschweren (2).

Bei der praktisch bedeutsamsten Frage, ob und inwieweit Willensmängel des Vollmachtgebers bei der Bevollmächtigung zur Anfechtung berechtigen, zeigt sich der gleiche Unterschied zwischen bürgerlich-rechtlicher und prozessualer Bevollmächtigung. Die Erteilung einer Vollmacht im Sinne des BGB kann sowohl wegen Irrtums (§ 119 BGB) als auch wegen arglistiger Täuschung (§ 123 BGB) angefochten werden (3). Die Folge ist Nichtigkeit der Bevollmächtigung mit Wirkung ex tunc (§ 142 BGB). Es kommt, sofern der Geschäftsgegner nicht bereits durch die §§ 170 ff. BGB geschützt wird, die Regeln über die vollmachtlose Vertretung zum Zuge (§§ 177 ff. BGB). In jedem Fall haftet dem gutgläubigen Geschäftsgegner der vollmachtlose Vertreter selbst (§ 179 BGB). Konnte jener auf den Bestand der Vollmacht vertrauen, wird er also weitgehend geschützt.

Eine entsprechende Regelung findet sich im Zivilprozeßrecht nicht. Die Vorschrift des § 89 ZPO, wonach der vollmachtlose Vertreter vom Gericht einstweilen zur Prozeßführung - mit dem Risiko der Kostentragung - zugelassen werden kann, bietet keinen ausreichenden Ersatz. Der Schutz des auf die wirksame Bevollmächtigung vertrauenden und hierauf seine eigene Prozeßführung einrichtenden Prozeßgegners ist dadurch nicht gewährleistet; denn das Gericht kann immer nur und erst dann Maßnahmen nach § 89 ZPO treffen, wenn das Fehlen der Vollmacht offenkundig ist.

-
- (1) Baumgärtel, S.177 mit weiteren Nachweisen
 - (2) Teilweise verbietet sich eine auflösend oder aufschiebend bedingte Vollmachterteilung bereits auf Grund der gesetzlichen Regelung (§§ 83, 87 ZPO). So mit Recht Rosenberg, Stellvertretung, S.606 f. und Baumgärtel, S.177
 - (3) Staudinger-Coing, Randnote 26, 27 zu § 167 BGB. Die Anfechtung ist möglich, selbst wenn daneben auch das Vertretergeschäft selbständig angefochten werden kann. A. A. Rosenberg, Stellvertretung, S.736 ff., der hier nur das Ausführungsgeschäft für anfechtbar hält.

Ließe man deshalb eine Anfechtung der Prozeßbevollmächtigung - entsprechend den §§ 119 und 123 BGB - mit der Folge rückwirkend eintretender Nichtigkeit (1) zu, dann hätte das zur Konsequenz, daß der Vollmachtgeber nicht nur jederzeit während der Dauer des Prozesses, sondern auch noch nach Eintritt der Rechtskraft die Erteilung der Vollmacht anfechten und den bereits abgeschlossenen Rechtsstreit durch Erhebung der Nichtigkeitsklage wieder von neuem aufrollen könnte. Es liegt auf der Hand, daß das Moment der dauernden Ungewißheit und Unsicherheit, welches damit dem gesamten Prozeß anhaften müßte, den Erfordernissen der "Klarheit der Prozeßsituation" (2) widerspricht und mit den Grundsätzen des Prozeßrechts unvereinbar ist. Die Anfechtbarkeit der Prozeßbevollmächtigung wird daher mit Recht ganz allgemein - auch mit dem Hinweis darauf, daß für sie neben der Möglichkeit des jederzeitigen Widerrufs kein Bedürfnis bestehe - abgelehnt (3).

Schließlich zeigen sich Besonderheiten der Prozeßbevollmächtigung gegenüber der Bevollmächtigung im Sinne des BGB auch bei der Beantwortung der Frage, wer als Vollmachtgeber und Bevollmächtigter in Betracht kommt.

Prozessuale Vollmacht kann nur erteilen, wer prozeßfähig ist (4). Das aber bedeutet, daß die etwa von einem Minderjährigen ausgehende Bevollmächtigung grundsätzlich unwirksam ist (5). Durch Genehmigung des gesetzlichen Vertreters kann der Mangel zwar rückwirkend geheilt werden, jedoch muß die Genehmigung die Prozeßführung als Ganzes, also auch die zwischenzeitlich vorgenommenen Prozeßhandlungen des Bevollmächtigten betreffen (6).

-
- (1) Hierzu A. Blomeyer, § 9 III 1 (S. 54), der der Anfechtung dann, wenn der Vertreter bereits am Prozeß teilgenommen hat, lediglich eine Wirkung ex nunc beilegen will.
 - (2) Baumgärtel, S. 178
 - (3) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II; Baumbach-Lauterbach, § 80 Anm. 1 C; Rosenberg, Stellvertretung, S. 745 ff.; Hellwig, ZZP 29, 529 f.; OGHZ 4, 279; KG DRZ 1947, 376 f.
 - (4) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II 2; Baumbach-Lauterbach, § 80 Anm. 1 C; Seuffert-Walsmann, § 80 Anm. 1; RGZ 110, 228 (230)
 - (5) Eine Ausnahme bilden die Fälle partieller Prozeßfähigkeit (§§ 112, 113 BGB; § 52 ZPO)
 - (6) RGZ 110, 228 (230 f.); Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 56 Anm. I 3

Die Erteilung einer Vollmacht nach bürgerlichem Recht wird von der h. M. als einseitiges Rechtsgeschäft i. S. d. § 111 BGB angesehen (1). Die vom beschränkt Geschäftsfähigen ausgehende Bevollmächtigung ist daher ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters grundsätzlich ebenfalls unwirksam. Ist allerdings der Vollmachtsempfänger, obwohl er die beschränkte Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers kennt, mit der Bevollmächtigung ausdrücklich einverstanden, so ist diese in analoger Anwendung der §§ 108, 109 BGB lediglich als schwebend unwirksam anzusehen (2). Dies folgt aus der ratio des § 111 BGB (vgl. auch die ähnliche Vorschrift des § 180 BGB). Die Vorschrift will den Geschäftsgegner, der sich dem einseitigen Rechtsgeschäft des beschränkt Geschäftsfähigen nicht entziehen kann, vor der Unsicherheit schützen, die die schwebende Unwirksamkeit des Geschäfts für ihn mit sich bringt. Ein derartiger Schutz ist aber dann entbehrlich, wenn der Geschäftsgegner - hier also der Vollmachtsempfänger - in Kenntnis der beschränkten Geschäftsfähigkeit des anderen mit der Vornahme des einseitigen Rechtsgeschäfts - hier also mit der Erteilung der Vollmacht - ausdrücklich einverstanden ist.

Wendet man sich nunmehr der Person des Bevollmächtigten zu und fragt man, ob die Wirksamkeit der Bevollmächtigung dessen Geschäfts- bzw. Prozeßfähigkeit zur Voraussetzung hat, dann zeigt sich, daß hier die Beantwortung einige Schwierigkeiten bereitet. Das Problem muß, da ihm im Rahmen dieser Untersuchung eine erhebliche Bedeutung zukommt (3), näher dargestellt werden.

-
- (1) Staudinger-Coing, Randnote 2 a zu § 111; RGR-Komm., § 111 Anm. 3. A. A. Müller-Freienfels, S. 245, auf Grund seiner oben S. 19 N. 1 dargelegten abweichenden Auffassung über das Verhältnis zwischen Bevollmächtigung und Vertretergeschäft, jedoch ohne den Schutzzweck der Vorschrift ausreichend zu berücksichtigen.
 - (2) Cosack, § 55 II 4 a. E. (S. 165 f.); Palandt-Danckelmann, § 111 Anm. 1; Staudinger-Coing, Randnote 4 zu § 111
 - (3) Nach überwiegender Ansicht können juristische Personen deshalb nicht wirksam bevollmächtigt werden, weil ihnen die Geschäfts- bzw. die Prozeßfähigkeit fehlt. Sollte sich daher herausstellen, daß es für die Wirksamkeit der Bevollmächtigung auf die Geschäfts- bzw. Prozeßfähigkeit des Bevollmächtigten überhaupt nicht ankommt, dann wäre damit dieser Auffassung die Grundlage entzogen.

III. Die Person des Bevollmächtigten - Das Erfordernis der Geschäftsfähigkeit und Prozeßfähigkeit

Der Gesetzgeber hat es unterlassen, klar zu bestimmen, wer bevollmächtigt werden kann. Die Vorschriften des § 165 BGB und des § 79 ZPO geben hierüber keine befriedigende Auskunft.

1. Nach § 165 BGB wird die Wirksamkeit einer von oder gegenüber einem Vertreter abgegebenen Willenserklärung nicht dadurch beeinträchtigt, daß der Vertreter in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist. Die Vorschrift stellt damit das Handeln eines beschränkt geschäftsfähigen Vertreters in seiner Wirksamkeit demjenigen eines voll Geschäftsfähigen gleich. Da die Wirkungen eines Vertretergeschäfts lediglich den Vertretenen betreffen, die eigenen Angelegenheiten des beschränkt Geschäftsfähigen also nicht berührt werden, bedarf dieser hier nach Auffassung des Gesetzgebers nicht des besonderen Schutzes, der ihm sonst gewährt wird (§§ 106, 114, 107 ff. BGB). Die von voll oder beschränkt Geschäftsfähigen vorgenommenen Vertretergeschäfte sind also ohne weiteres wirksam; Vertreterhandlungen geschäftsunfähiger Personen dagegen kommt - nach einem Umkehrschluß aus § 165 BGB - keinerlei Wirksamkeit zu.

Darin aber erschöpft sich die unmittelbare Bedeutung der Vorschrift des § 165 BGB. Mittelbar ergibt sich aus dieser Bestimmung jedoch auch, daß zumindest die Bevollmächtigung eines beschränkt Geschäftsfähigen wirksam sein muß; denn seinen Vertreterhandlungen können nach § 165 BGB nur Wirkungen für und gegen den Vertretenen beigelegt werden, wenn man gleichzeitig davon ausgeht, daß die ihm erteilte Vollmacht zur Entstehung gelangt ist.

Unklar ist danach aber weiterhin, ob die Bevollmächtigung eines Geschäftsunfähigen wirksam und dieser lediglich für die Dauer seiner Geschäftsunfähigkeit an der Ausübung der Vollmacht gehindert ist (1) oder ob in diesem Fall bereits die Vollmachterteilung als unwirksam angesehen werden muß, die Vollmacht also nicht zur Entstehung kommt.

Die Fragestellung ist ähnlich derjenigen, welchen Einfluß der Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten auf den Bestand der Voll-

(1) In diesem Sinne v. Tuhr, II 2, S.388

macht hat. Nach § 168 BGB erlischt die Vollmacht - abgesehen vom Falle des Widerrufs - mit der Beendigung des ihr zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses, also im Regelfall mit dem Auftrag oder Geschäftsbesorgungsvertrag. Es kommt hier also darauf an, ob der Auftrag mit Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Beauftragten erlischt. Das ist zu bejahen. Die Auslegungsregel des § 673 BGB kann allerdings auf diesen Fall nicht entsprechend angewendet werden; denn sie läßt den Umstand des Eintritts der Geschäftsunfähigkeit - anders als § 672 BGB, der die Folgen der beim Auftragsgeber eintretenden Geschäftsunfähigkeit ausdrücklich regelt - unerwähnt. Doch ist Gegenstand des Auftrags in den praktisch wichtigsten und für § 168 BGB allein interessierenden Fällen die Vornahme von Rechtsgeschäften. Eine rechtsgeschäftliche Betätigung aber ist dem geschäftsunfähig gewordenen Beauftragten nicht mehr möglich (§ 105 BGB); sein gesetzlicher Vertreter darf das Geschäft im Zweifel nicht besorgen (§ 664 BGB). Der Beauftragte wird daher nach § 275 BGB wegen Unmöglichkeit der Leistung von seiner Verpflichtung frei. Das aber rechtfertigt es, den Auftrag als erloschen anzusehen (1). Damit aber endet nach § 168 BGB auch die Vollmacht (2).

Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn man annimmt, daß die Vollmacht überhaupt nicht zur Entstehung gelangt, die Bevollmächtigung also unwirksam ist, wenn der zu Bevollmächtigende bereits im Zeitpunkt der Vollmachterteilung geschäftsunfähig ist. Denn die Bevollmächtigung erfolgt zur Vornahme rechtsgeschäftlicher Handlungen. Eine derartige Betätigung ist dem Bevollmächtigten jedoch infolge seiner Geschäftsunfähigkeit von Anfang an unmöglich (§ 105 BGB). Man könnte nun daran denken, die Bestimmung des § 306 BGB zur Begründung dieses Ergebnisses heranzuziehen. Dies scheitert jedoch daran, daß § 306 BGB Verträge für nichtig erklärt, die den Schuldner zu einer unmöglichen Leistung verpflichten (*impossibile nullum est obligatio*), der Bevollmächtigte aber auf Grund der ihm erteilten Vollmacht zu keinerlei Leistung verpflichtet wird (3). Da der Sinn

-
- (1) RGR-Komm., § 168 Anm. 2; Palandt-Gramm, § 673 Anm. 1; H. Lehmann, Allg. Teil, § 36 V 5b (S. 305); Planck, 1. Aufl. Bd. 2, S. 421; a. A. Staudinger-Coing, Randnote 3 zu § 168; Enneccerus-Nipperdey, S. 1142 N. 3; Hupka, S. 383 ff.
- (2) RGR-Komm., § 673 Anm. 2; Palandt-Danckelmann, § 168 Anm. 1; Enneccerus-Lehmann, § 163 I 2 (S. 690); wohl auch Staudinger-Nipperdey, Randnote 18 zu § 673
- (3) RGZ 121, 34; Staudinger-Coing, Randnote 2 a zu § 167

des § 306 BGB, den Schuldner von der Verpflichtung zu Unmöglichem zu entbinden, den vorliegenden Fall deshalb überhaupt nicht erfaßt, muß hier auch eine analoge Anwendung dieser Vorschrift ausscheiden. Die Lösung ergibt sich, wenn man den mit der Vollmachterteilung verfolgten Zweck berücksichtigt. Die Bevollmächtigung soll es dem Vertreter ermöglichen, durch rechtsgeschäftliches Handeln im Namen des Vertretenen Rechtswirkungen in dessen Person hervorzurufen. Die Vollmacht erlischt deshalb, wenn die Geschäfte, auf die sie sich bezieht, entweder vollständig ausgeführt oder unmöglich geworden sind (1). Die Zweckerreichung ist also ein Erlöschensgrund für die Vollmacht. Steht nun aber bereits von Anfang an fest, daß ihr Zweck nicht erreicht werden kann, weil der Bevollmächtigte geschäftsunfähig und deshalb zum rechtsgeschäftlichen Handeln nicht in der Lage ist (§ 105 BGB), dann ist die Bevollmächtigung sinnlos (2) und, da ihr Zweck nicht erreicht werden kann, auch unwirksam.

Dieses Ergebnis entspricht den praktischen Bedürfnissen. Es wird vor allem den Interessen des Vollmachtgebers gerecht, ohne diejenigen Dritter in unzumutbarem Maße zu beeinträchtigen. Der Vollmachtgeber wird, wenn er davon Kenntnis erlangt, daß der von ihm Bevollmächtigte bereits bei Vollmachterteilung geschäftsunfähig war, in der Regel die Bevollmächtigung als gegenstandslos betrachten; denn eine Vollmacht, die wirksam nicht ausgeübt, für ihn also keinerlei Wirkungen entfalten kann, muß ihm sinnlos erscheinen. Dementsprechend wird er sein weiteres Verhalten einrichten, insbesondere also einer anderen Person Vollmacht erteilen. Mit dem Eintritt oder Wiedereintritt der Geschäftsfähigkeit des ursprünglich Bevollmächtigten befände er sich - geht man von dem Weiterbestehen der zuerst erteilten Vollmacht aus - dann plötzlich in der Lage, die in seinem Namen vorgenommenen Handlungen zweier Vertreter gegen sich gelten lassen zu müssen. Der Widerruf der ursprünglichen Vollmachterteilung wirkte nur für die Zukunft, beseitigte jedoch nicht die ihn betreffenden Wirkungen der bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Vertreterhandlungen. Eine auf Irrtum gestützte Anfechtung (§ 119 II BGB) würde oft daran scheitern, daß die Anfechtungsfrist des § 121 BGB verstrichen ist. Im übrigen brächte diese für den Vollmachtgeber die Verpflichtung zum Ersatz des Vertrauensschadens (§ 122 BGB) mit sich. Die Interessen außenstehender Dritter, insbesondere des Geschäftsgegners, werden demgegenüber, sofern sie auf die Wirksamkeit und den Fortbestand der ursprüngli-

(1) Enneccerus-Nipperdey, § 186 I (S.1141 f.)

(2) Staudinger-Coing, Randnote 2 b zu § 167

chen Vollmacht vertrauen konnten, bei der hier vertretenen Ansicht nicht in unzumutbarem Maße beeinträchtigt. Zu ihrem Schutze wirken zunächst die Bestimmungen der §§ 170 ff. BGB, sodann aber auch die vor allem in neuerer Zeit entwickelten Grundsätze zur sog. "Anscheinsvollmacht". Dem Bevollmächtigten schließlich ist es durchaus zuzumuten, sich beim Eintritt oder Wiedereintritt seiner Geschäftsfähigkeit zu vergewissern, ob der Vollmachtgeber bereit ist, ihn erneut zu bevollmächtigen oder nicht.

Als Ergebnis ist also festzuhalten, daß die Bevollmächtigung eines Geschäftsunfähigen unwirksam ist, die diesem erteilten Vollmacht nicht zur Entstehung gelangt.

2. Wendet man sich der prozessualen Bevollmächtigung zu, dann hat man sich dort mit dem gleichen Problem auseinanderzusetzen. Auch hier geht es darum, ob die einem Prozeßunfähigen erteilte prozeßrechtliche Vollmacht unwirksam ist oder ob der an sich wirksam Bevollmächtigte infolge seiner Prozeßunfähigkeit lediglich an der Vornahme wirksamer Prozeßhandlungen gehindert ist.

Rosenberg (1) geht von der Wirksamkeit der Bevollmächtigung aus. Er meint, die Prozeßfähigkeit gehöre zu den Voraussetzungen des stellvertretenden Handelns, nicht aber zu denjenigen der Vollmacht. Die Vollmacht sei ihrer Natur nach Zustimmung zum stellvertretenden Handeln und damit das Gegenstück zur nachträglichen Genehmigung von Vertreterhandlungen. Überall dort also, wo nachträglich genehmigt werden könne, sei es auch möglich, durch Erteilung einer Vollmacht zuvor zuzustimmen. Anders ausgedrückt soll dies bedeuten, daß eine zulässige Bevollmächtigung immer dann anzunehmen sei, wenn die Genehmigungsmöglichkeit bestehe.

Wäre dies richtig, dann bestünden in der Tat keine Bedenken dagegen, die Bevollmächtigung eines Prozeßunfähigen als wirksam anzuerkennen; denn unzweifelhaft können auch dessen Vertreterhandlungen nachträglich genehmigt werden (§§ 551 Nr. 5, 579 Abs. 1 Nr. 4 ZPO). Der Schluß von der Genehmigungsmöglichkeit auf die Zulässigkeit der Bevollmächtigung geht jedoch fehl. Einmal würde in diesem Fall die Vorschrift des § 79 ZPO, wonach die Parteien sich im Rechtsstreit nur durch prozeßfähige Personen vertreten lassen können, jede selbständige Bedeutung verlieren (2). Zum

(1) Rosenberg, Lehrbuch, § 50 II 5 (S. 225) und § 50 II 1 b (S. 223)

(2) Hellwig, ZJP 39, 368

anderen und vor allem aber ergibt sich bei näherer Betrachtung, daß den Parteien die Möglichkeit der nachträglichen Genehmigung von Vertreterhandlungen aus Gründen eingeräumt worden ist, die gerade nicht dafür sprechen, bereits die Bevollmächtigung eines Prozeßunfähigen als zulässig und wirksam anzusehen (1). Taucht im Verlaufe eines Rechtsstreits die Frage der Genehmigung der bisherigen Prozeßführung auf, so ist entweder der Prozeß bereits abgeschlossen oder es wird für das weitere Verfahren nunmehr für eine ordnungsmäßige Vertretung gesorgt. Die Interessen des Prozeßgegners und des Gerichts werden durch die der Partei eingeräumte Möglichkeit, die bisherige Prozeßführung des Vertreters zu genehmigen, nicht beeinträchtigt. Aus der Tatsache, daß sich die Partei eines ungeeigneten, weil prozeßunfähigen Vertreters bedient hatte, können sich keine ins Gesicht fallenden Störungen des Prozeßablaufs ergeben haben; andernfalls wäre die nicht ordnungsmäßige Prozeßvertretung früher offenbar geworden. Hier braucht also nur das Interesse des Vollmachtgebers, die in der Vergangenheit vorgenommenen Handlungen des Vertreters für sich wirksam zu machen, beachtet zu werden. Gegen die Berücksichtigung dieses durchaus schutzwürdigen Interesses aber bestehen keine Bedenken. Für die vorherige Bevollmächtigung gilt jedoch nicht das Gleiche. Im Zeitpunkt der Vollmachterteilung ist noch nicht abzusehen, wie sich der prozeßunfähige Vertreter zukünftig verhalten wird. Das Gesetz jedenfalls sieht den Prozeßunfähigen als ungeeignet zur Vornahme von Prozeßhandlungen an. Sein Auftreten als Prozeßvertreter läßt - im Regelfall - Störungen des Prozeßablaufs befürchten. Dabei aber werden nicht nur die Interessen des Vertretenen, sondern auch diejenigen des Prozeßgegners und der Allgemeinheit berührt. Beiden liegt daran, daß ein gerichtliches Verfahren möglichst reibungslos und zügig durchgeführt werden kann. Ließe man deshalb die Bevollmächtigung eines Prozeßunfähigen zu, so setzte man sich über diese schutzwürdigen Interessen Dritter hinweg. Das aber ist nicht zu billigen.

Der Schluß von der Genehmigungsmöglichkeit auf die Zulässigkeit der Bevollmächtigung ist deshalb unrichtig (2). Auf diese Weise läßt sich die Ansicht, auch Prozeßunfähige könnten wirksam bevollmächtigt werden, nicht aufrechterhalten.

Dementsprechend ist nach h.M. die einem Prozeßunfähigen erteilte Vollmacht unwirksam (3).

(1) Lukes, ZZP 69, 141 (145 f.)

(2) Im Ergebnis ebenso Hellwig, ZZP 39, 368; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II 3

(3) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 79 Anm. I, § 80 Anm. II 3; Baumbach-Lauterbach, § 79 Anm. 1

Begründet wird diese Ansicht jedoch meistens nicht. Der Hinweis auf § 79 ZPO allein ist ungenügend. Diese Vorschrift gibt keine Antwort auf die Frage, ob bereits die Bevollmächtigung eines Prozeßunfähigen unwirksam sein soll oder ob sich die Bedeutung dieser Bestimmung darin erschöpft festzustellen, daß dem prozeßunfähigen Bevollmächtigten die Fähigkeit fehlt, Prozeßhandlungen vorzunehmen, die im Verhältnis zum Vertretenen Wirkungen entfalten.

Auch hier - wie bei der bürgerlich-rechtlichen Bevollmächtigung - läßt sich deshalb nur dann eine Lösung finden, wenn der Zweck der Vollmachterteilung berücksichtigt wird (1). Durch die Bevollmächtigung soll der Vollmachtträger in den Stand gesetzt werden, rechtlich relevante Handlungen - insbesondere Prozeßhandlungen - vorzunehmen, die für und gegen den Vertretenen wirksam sind. Hat er diese Handlungen ausgeführt, also nach Erledigung des Prozesses, erlischt die Vollmacht. Ihr Zweck ist erreicht, ihr weiteres Fortbestehen damit überflüssig und sinnlos. Ist aber nun bereits bei Vollmachterteilung klar, daß deren Zweck deshalb nicht erreicht werden kann, weil der Bevollmächtigte prozeßunfähig ist und deshalb keine wirksamen Prozeßhandlungen vornehmen kann, dann ergibt sich daraus, daß die Vollmacht überhaupt nicht entsteht. Der Zweck, der mit ihr verfolgt wird, kann - wie bereits jetzt feststeht - nicht erreicht werden (2).

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Die bürgerlich-rechtliche Vollmacht wird durch einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung erteilt. Sie entsteht nur, wenn der Bevollmächtigte geschäftsfähig oder zumindest beschränkt geschäftsfähig ist. Die Bevollmächtigung eines Geschäftsunfähigen ist, da die Vollmacht nicht ausgeübt und der Zweck der Vollmachterteilung daher nicht erreicht werden kann, unwirksam.

Die prozessuale Bevollmächtigung stellt sich als Prozeßhandlung dar. Wirksam bevollmächtigt werden kann nur eine prozeßfähige Person. Die Vollmachterteilung an einen Prozeßunfähigen, sei er geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig, ist, da sich auch hier der Zweck der Bevollmächtigung nicht erreichen läßt, unwirksam.

(1) Zum folg. vgl. Lukes ZZP 69, 141 (149 f)

(2) Lukes ZZP 69, 141 (149 f.) schränkt dieses Ergebnis allerdings dahin ein, daß die Unwirksamkeit der Vollmacht nur insoweit anzunehmen sei, als diese zur Vornahme von Prozeßhandlungen berechtigte; andere Rechtshandlungen soll der prozeßunfähige Bevollmächtigte weiterhin vorzunehmen befugt sein.

Mit diesem Ergebnis ist die Grundlage für die weitere Untersuchung geschaffen, bei der es nun darum geht, ob juristische Personen bevollmächtigt werden können. Es zeigt sich bereits jetzt, daß man diese Frage nur dann wird zufriedenstellend beantworten können, wenn zuvor geklärt worden ist, ob juristische Personen geschäfts- und prozeßfähig sind. Ist das nicht der Fall, dann scheiden sie ohne weiteres als mögliche Vollmachtsträger aus.

Die Bevollmächtigung juristischer Personen

I. Der Stand der Meinungen

Zu der Frage, ob es möglich sei, juristische Personen zu bevollmächtigen, ist in Rechtsprechung und Schrifttum schon verschiedentlich Stellung genommen worden. Eine einhellige Meinung hat sich hierzu jedoch bis heute nicht gebildet. Feststellen läßt sich nur, daß die bürgerlich-rechtliche Bevollmächtigung juristischer Personen vorwiegend für möglich gehalten wird, während man die Erteilung prozessualer Vollmacht an juristische Personen meist als unwirksam ansieht.

1. Von Tuhr (1) nimmt an, einer juristischen Person könne Vollmacht zur Vornahme rechtsgeschäftlicher Handlungen erteilt werden. Ausgeübt werde die Vollmacht, wie alle einer juristischen Person zustehenden Befugnisse, durch deren Organe. Die Befähigung der juristischen Person, Vollmachts-trägerin zu sein, ergebe sich aus ihrer Rechtsfähigkeit. Ihr könne deshalb jedes Vermögensrecht, mithin auch ein sekundäres Recht wie die Vollmacht, zustehen.

Diese Ansicht vertreten auch Staudinger-Coing (2) mit dem Hinweis darauf, daß juristischen Personen im Grundsatz alle Rechte zustehen können, die auch natürlichen Personen zugänglich sind.

Warneyer (3), für den juristische Personen als "ideelle Gesamtpersonlichkeiten" voll geschäftsfähig sind, bejaht von diesem Ausgangspunkt aus ebenfalls die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen.

Zum gleichen Ergebnis gelangt Müller-Freienfels (4), allerdings mit der Einschränkung, daß die Stellung als Vertreter den Zwecken entsprechen

(1) I, S. 456 und II 2, S. 388 N. 64

(2) Randnote 15 Einl. vor § 21

(3) Vorbem. I vor § 21

(4) S. 63 f.

müsse, für die die juristische Person allgemein im Privatrecht gedacht sei, und daß zugleich die Ausübung der Vollmacht im Einklang mit den speziellen Funktionen der jeweiligen juristischen Person stehen müsse (1).

Im handelsrechtlichen Schrifttum sind die Stellungnahmen zahlreicher. Auch hier überwiegt ganz eindeutig die Auffassung, einer juristischen Person könne Vollmacht, insbesondere auch Handlungsvollmacht (§ 54 HGB), erteilt werden (2). Ritter (3) verneint dies mit der Begründung, ein Vertreter müsse persönlich geschäftsfähig sein, die juristische Person könne jedoch nur durch Vertreter handeln. Die gleiche Ansicht vertreten Baumbach-Duden (4) unter Hinweis auf eine Entscheidung des OLG Rostock vom 5.12.1921 (5).

2. Dagegen ist nach der heute wohl noch als vorherrschend zu bezeichnenden Meinung eine prozessuale Bevollmächtigung juristischer Personen unzulässig.

Stein-Jonas-Schönke-Pohle (6) führen aus, die einem Prozeßunfähigen und damit zur Prozeßvertretung Unfähigen (§ 79 ZPO) erteilte Vollmacht müsse notwendig unwirksam sein. Deshalb mache die der juristischen Person übertragene Vollmacht diese infolge ihrer Prozeßunfähigkeit nicht zum Vertreter. Allerdings lasse sich die Bevollmächtigung im Zweifel dahin verstehen, daß der jeweilige gesetzliche Vertreter die Vertretungsmacht erhalten solle. Im gleichen Sinne äußern sich - unter Hinweis auf

(1) Ähnlich Serick, S.183

(2) Wieland, Handelsrecht S.368; Düringer-Hachenburg, § 124 Anm.2; Staub-Bondi, § 54 Anm.2; Würdinger, § 54 Anm.9; Bondi, ZHR 1929, 34 ff. mit weiteren Nachweisen; einschränkend Schlegelberger-Hildebrandt, § 54 Anm.7 - Für die Aktiengesellschaft; Fischer in Großkommentar zum AktG, § 48 Anm.7; Godin-Wilhelmi, § 48 Anm.1; vgl. auch OLG Dresden, ZHR 35, 242 - Für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Schilling in Hachenburg, § 13 Anm.4; Scholz, § 13 Anm.7; Baumbach-Hueck, GmbHG § 13 Anm.1

(3) § 54 Anm.1

(4) § 54 Anm. 2 B

(5) JW 1922, 517 (m. Anm. Stampe)

(6) § 80 Anm. II 3; ebenso Förster-Kann, § 79 Anm. 2a; Keidel, § 13 Anm. 3b; Schlegelberger, § 13 Anm. 18 a.E.

die bereits erwähnte Entscheidung des OLG Rostock vom 5.12.1921 (1) - Baumbach-Lauterbach (2), Sydow-Busch (3) und Wieczorek (4). Der Bundesgerichtshof hat sich dem in einem Urteil vom 17.12.1952 (5) angeschlossen (6).

Diese Meinung hat schon früh Kritik erfahren.

Hellwig (7) weist darauf hin, daß die Erteilung einer Vollmacht an eine Aktiengesellschaft etwas ganz anderes sei als die Bevollmächtigung eines Direktors eben dieser Gesellschaft. Die prozessuale Bevollmächtigung einer juristischen Person hält er für möglich; zu handeln habe deren jeweiliger Vertreter. Für Rosenberg (8) kommt es darauf an, ob man die juristischen Personen als durch ihre Organe handlungs- und prozeßfähig ansieht oder ob man ihnen die Handlungs- und Prozeßfähigkeit abspricht. Er selbst neigt der ersteren Auffassung zu (9), meint allerdings, im anderen Falle gehe

(1) JW 1922, 517

(2) § 79 Anm.1 - Soweit Baumbach-Lauterbach auch auf Hellwig, System § 82 III verweisen, dürfte ihnen ein Irrtum unterlaufen sein. Für Hellwig sind juristische Personen wegen der Eigenart ihrer Rechtspersönlichkeit weder prozeßfähig noch prozeßunfähig (Lehrbuch II, S.326). Die Frage der Prozeßfähigkeit kann nach Hellwig überhaupt nur beim Menschen, nicht aber bei juristischen Personen gestellt werden, die allein durch ihre Organe am Rechtsverkehr teilnehmen könnten (System I, § 75 I, S.176 f.).

(3) § 79 Anm.1

(4) § 79 Anm. A I

(5) LM Nr.4 zu § 12 LVO

(6) Zu der Frage, ob juristische Personen prozeßunfähig sind, nimmt der BGH in dieser Entscheidung allerdings nicht ausdrücklich Stellung. Es heißt dort lediglich: "Denn eine Vollmacht zur Vertretung in einem gerichtlichen Verfahren kann nur einer natürlichen, nicht jedoch einer juristischen Person erteilt werden ..." Eine Begründung dieses Ergebnisses sucht man vergeblich. Vgl. auch ProVG RVerwBl. 54, 51 und 56, 985 sowie OLG Berlin DVBl. 53, 309.

(7) Hellwig, Lehrbuch II, S.373 N.18; ders.System I, § 82 III (S.197)

(8) Stellvertretung, S.698

(9) So jedenfalls in Stellvertretung, S.698; im Lehrbuch, § 43 II 1 (S.184) bezeichnet er einerseits die Auffassung von der Handlungsfähigkeit der juristischen Person als "ein Bild oder eine Fiktion", räumt aber andererseits ein, daß der juristischen Person die Handlungen ihrer Organe wie eigene zugerechnet werden. Im übrigen spricht er der Streitfrage, da die Organe juristischer Personen im Zivilprozeß durchweg die Stellung gesetzlicher Vertreter haben, jede praktische Bedeutung ab.

der Wille des Vollmachtgebers, der im Wege der Auslegung zu ermitteln sei, jedenfalls dahin, daß dann der gesetzliche Vertreter der juristischen Person bevollmächtigt sein solle.

Von seinem Ausgangspunkt, der vollen Handlungs- und Geschäftsfähigkeit der juristischen Person, her bejaht auch Ludewig (1) grundsätzlich die Frage nach der Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen. Für ihn steht ein ganz anderes Problem im Vordergrund der Betrachtung : ob der besondere Zweck der betreffenden juristischen Person sich mit ihrer Bestellung zum Prozeßbevollmächtigten vertrage; hierbei sei vor allem zu fragen, ob die jeweilige juristische Person in ihren Entschlüssen und Handlungen genügend frei und selbständig sei, um sich nur von den Interessen des Vollmachtgebers leiten zu lassen. Die Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes läßt ihn zu dem Schluß kommen, daß wohl die GmbH und die Kommanditgesellschaft auf Aktien, nicht aber die Aktiengesellschaft zum Prozeßbevollmächtigten bestellt werden könne.

In einem ähnlichen Sinne äußert sich Serick (2). Auch für ihn ist die Handlungs- und Geschäftsfähigkeit der juristischen Person kein Problem. Diese hält er - unter Bezugnahme auf die im Zivilrecht herrschende Lehre - ohne weiteres für gegeben. Fraglich sei allein, ob die Tätigkeit einer juristischen Person als Prozeßbevollmächtigte noch innerhalb des Aufgabenbereichs liegt, der ihr "von der Rechtsordnung sinnvollerweise zugedacht sein kann". Dies sei zu bejahen. Zum gleichen Ergebnis gelangt Müller-Freienfels (3), der die Handlungsfähigkeit der juristischen Person ebenfalls ohne nähere Begründung bejaht, dann aber fragt, ob "ihre Stellung als Vertreter den Zwecken entspricht, für die sie allgemein im Privatrecht gedacht sei" und ob zugleich "die Ausübung der Vollmacht mit den speziellen Funktionen der jeweiligen juristischen Person zusammenpasse". Danach aber sei die Bevollmächtigung juristischer Personen, und zwar sowohl die Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln als auch diejenige zur Vornahme von Prozeßhandlungen, zulässig (4). Schließlich wollen auch Lent-Jauernig (5) die Mög-

(1) ZJP 52, 169 ff.

(2) S. 183

(3) S. 63; S. 63 N. 60

(4) Dagegen könne die juristische Person danach weder Vormund oder Pfleger sein noch könne ihr Prokura erteilt werden; S. 63 N. 60; S. 64 N. 61

(5) § 20 II a. E. (S. 46)

lichkeit einer Prozeßbevollmächtigung juristischer Personen nicht ausschließen. Sie machen darauf aufmerksam, daß in diesem Zusammenhang dem Problem, ob juristische Personen prozeßfähig sind, was sie bejahen, durchaus eine praktische Bedeutung zukomme (1).

3. Dieser Überblick über die in Rechtsprechung und Literatur vertretenen Auffassungen zeigt zunächst, daß es bis heute - vor allem im Prozeßrecht - umstritten ist, ob juristische Personen bevollmächtigt werden können (2).

Sodann fällt auf, daß allgemein entscheidend darauf abgestellt wird, ob die juristische Person als geschäfts- und prozeßfähig anzusehen sei oder nicht. Wer gegen die Bevollmächtigung der juristischen Person keine Bedenken äußert, der geht durchweg - mit oder ohne nähere Begründung - von ihrer Geschäfts- bzw. Prozeßfähigkeit aus, während alle diejenigen, die ihr diese Fähigkeit absprechen, aus diesem Grunde zu dem Ergebnis gelangen, die juristische Person könne nicht bevollmächtigt werden.

Daneben aber sehen - vor allem in neuerer Zeit - eine Reihe von Schriftstellern, die die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit der juristischen Person bejahen, das eigentliche Problem darin, ob eine Vertretung durch juristische Personen den Zwecken entspreche, für die diese allgemein und die betreffende juristische Person im besonderen gedacht seien.

Damit ist bereits der weitere Gang der Untersuchung vorgezeichnet. Es soll zunächst zu der Frage nach der Geschäfts- und Prozeßfähigkeit juristischer Personen Stellung genommen und sodann erörtert werden, ob juristische Personen als Bevollmächtigte geeignet sind, wobei vor allem auch praktische Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein werden.

-
- (1) Dies zielt vor allem auf die bereits erwähnte Bemerkung Rosenbergs (Lehrbuch § 43 II 1) ab, der der Ansicht ist, die Frage sei praktisch bedeutungslos.
- (2) Dabei ist das Problem keineswegs neu. Vgl. schon Gierke, Genossenschaftstheorie S. 733 N. 3

II. Die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit juristischer Personen

1. Was unter den Begriffen Geschäfts- und Prozeßfähigkeit zu verstehen ist, ist keineswegs so klar, wie dies auf den ersten Blick zu sein scheint.

Das Gesetz gibt keine Auskunft. § 51 ZPO umschreibt zwar die Prozeßfähigkeit dahin, daß es sich hier handle um die "Fähigkeit einer Partei, vor Gericht zu stehen". Als Definition ist damit jedoch nichts anzufangen (1). § 52 ZPO bezeichnet weiterhin denjenigen insoweit als prozeßfähig, als er sich - selbständig - durch Verträge verpflichten kann. Auf diese Weise wird auf das bürgerliche Recht und damit auf die Geschäftsfähigkeit verwiesen. Wer voll geschäftsfähig ist, ist prozeßfähig. Damit stellt die Prozeßfähigkeit das "prozessuale Seitenstück" zur vollen Geschäftsfähigkeit (2) dar. Was aber verbirgt sich unter dem Begriff der Geschäftsfähigkeit? Das Bürgerliche Gesetzbuch schweigt hierüber und sagt auch nicht, wer Geschäftsfähigkeit besitzt. Es gibt nur an, wer geschäftsunfähig (§ 104 BGB) und wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist (§§ 106, 114 BGB) und bestimmt weiter, daß die Willenserklärungen eines Geschäftsunfähigen nichtig (§ 105 BGB), diejenigen eines beschränkt Geschäftsfähigen nur unter bestimmten Voraussetzungen wirksam (§§ 108 ff. BGB) sind. Danach müssen die Willenserklärungen eines Geschäftsfähigen voll wirksam sein. Die Geschäftsfähigkeit ist mithin die Fähigkeit, wirksam Willenserklärungen abgeben zu können oder - anders ausgedrückt - "die Fähigkeit, durch rechtsgeschäftliches Handeln Rechtswirkungen herbeizuführen" (3). Will man das Handeln durch gewillkürte Vertreter in diese Begriffsbestimmung noch einbeziehen, dann wird man sagen können, die Geschäftsfähigkeit sei die Fähigkeit, durch eigenes rechtsgeschäftliches Handeln oder durch dasjenige selbst bestellter Vertreter Rechtswirkungen herbeizuführen (4).

(1) Rosenberg, Lehrbuch § 43 I (S. 183)

(2) Lent-Jauernig, § 20 I (S. 45)

(3) Lange, § 22 I 1 (S. 137 f.)

(4) Vgl. auch Staudinger-Coing, Randnote 1 Vorbem. vor § 104: "Fähigkeit zu selbständigen rechtsgeschäftlichen Willenserklärungen." - Müller-Freienfels, S. 65, meint, es sei erforderlich, zwischen Selbst- und Vertretergeschäftsfähigkeit zu unterscheiden. Ob eine derartige Aufspaltung des Begriffs der Geschäftsfähigkeit sinnvoll ist, muß fraglich sein, braucht hier aber nicht näher erörtert zu werden.

Als prozessuales Seitenstück hierzu ist die Prozeßfähigkeit danach die Fähigkeit, einen Prozeß selbst oder durch einen selbst bestellten Vertreter zu führen und die hierzu erforderlichen Prozeßhandlungen selbst oder durch einen selbst bestellten Vertreter vorzunehmen (1).

2. Ob nun den juristischen Personen die Geschäfts- und Prozeßfähigkeit (2) in diesem Sinne zugesprochen werden kann, ist seit langem streitig (3).

Die Befürworter der Geschäftsfähigkeit der juristischen Personen versuchen zunächst, die Richtigkeit ihrer Auffassung anhand des Gesetzes zu belegen. Sie weisen darauf hin, daß in § 104 BGB, der bestimmt, wer geschäftsunfähig ist, die juristischen Personen nicht aufgeführt sind. Daraus soll sich mit Hilfe eines Umkehrschlusses ergeben, daß sie als geschäftsfähig anzusehen seien (4).

Diese Argumentation vermag jedoch nicht zu überzeugen. Die §§ 104 ff. BGB, die etwas darüber aussagen, wer geschäftsunfähig und wer beschränkt geschäftsfähig ist, knüpfen an eine Reihe natürlicher Eigenschaften des

-
- (1) Lent-Jauernig, § 20 I (S. 45); Rosenberg, Lehrbuch, § 43 I (S. 183); vgl. auch Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 51 Anm. I 1; Baumbach-Lauterbach, § 51 Anm. 1.
 - (2) Meist wird der Begriff der "Handlungsfähigkeit" verwendet und dementsprechend gefragt, ob die juristische Person "handlungsfähig" sei. Dieser Ausdruck stammt aus dem gemeinen Recht und umfaßt neben der Geschäftsfähigkeit auch die Verantwortlichkeit aus unerlaubten Handlungen ("Deliktsfähigkeit"). Er ist dem BGB fremd und soll daher, um erneute Definitions- und Abgrenzungsschwierigkeiten auszuschließen, im folgenden, soweit dies möglich ist, vermieden werden.
 - (3) Während in der zivilrechtlichen Literatur heute überwiegend die Geschäftsfähigkeit der juristischen Person bejaht wird (vgl. statt vieler Staudinger-Coing, Randnote 20, 21 Einl. vor § 21; RGR-Komm., Anm. 1 Übers. vor § 21 und Anm. 1 zu § 31; Soergel-Siebert, Anm. 8 Übers. vor § 21 und Anm. 5 zu § 26), steht die ganz h. M. im prozeßrechtlichen Schrifttum auf dem Standpunkt, juristische Personen seien prozeßunfähig (vgl. etwa Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 51 Anm. III A 1; Schönke-Schröder-Niese, § 24 I (S. 122); Wieczorek, § 51 Anm. B I d 1).
 - (4) Vgl. etwa Eck, S. 87; Crome, § 48 N. 11.

Menschen - nämlich die Fälle seiner mangelnden körperlichen und geistigen Entwicklung und der darauf beruhenden Unvollkommenheit der Willensbildung und Einsichtsfähigkeit - an. Es liegt auf der Hand, daß derartige Eigenschaften juristischen Personen nicht zukommen können, daß also diese Vorschriften allein von Menschen sprechen. Irgendwelche Anhaltspunkte dafür, ob juristische Personen als geschäftsfähig anzusehen sind, geben die §§ 104 ff. BGB nicht (1).

Deshalb konzentriert sich der eigentliche Streit auch auf eine andere Frage.

Niemandem ist entgangen, daß die Art des Handelns der juristischen Person infolge ihres eigenartigen Charakters von derjenigen natürlicher Personen abweicht und hiermit im Grunde kaum verglichen werden kann (2). Deshalb fragt man, wie denn dieses Handeln der juristischen Person eigentlich beschaffen und wie es rechtlich zu erfassen sei. Hier nun gehen die Meinungen auseinander.

Nach der einen Auffassung (3) handeln für die juristische Person bestimmte natürliche Personen als deren gesetzliche Vertreter. Diese Vertreterhandlungen berechtigten und verpflichteten die juristische Person unmittelbar. Selbst zu handeln vermöge sie infolge ihrer eigentümlichen Beschaffenheit nicht; insoweit stehe sie geschäfts- bzw. prozeßunfähigen Menschen gleich, die zur Vornahme rechtswirksamer Handlungen ebenfalls eines gesetzlichen Vertreters bedürften.

Nach der anderen Ansicht (4) handelt die juristische Person selbst und be-

(1) Vgl. etwa Hölder, Allg. Teil, Vorbem. IV vor § 21 BGB

(2) Cosack, I § 32, 2

(3) Hölder, Allg. Teil, Vorbem. IV vor § 21 BGB; ders., Natürliche und Juristische Personen, S. 60 ff.; Knoke, S. 434 ff. (438); Meurer, S. 156 ff; v. Tuhr, I S. 460 ff. - Für die strafrechtliche Betrachtung vgl. Niese, JZ 1956, 457 ff. (464).

(4) Cosack, I § 33, 2; Crome, I § 48 N. 11; Eck, S. 86 f.; Endemann, I § 39, 2; Enneccerus-Nipperdey, § 103 IV u. N. 14, 15; Feine, S. 237 ff., 473; Gierke, Genossenschaftsrecht II, S. 882; ders., Dtsch. Privatrecht I, S. 518, 529; ders., Das Wesen der menschlichen Verbände, S. 26 f.; Hafter, S. 54; Haupt, S. 88; Husserl, S. 192 ff. N. 100; G. Jellinek, Allg. Staatslehre, S. 560; Kohler, § 136 I (S. 333); Laband, S. 187; Maurach, S. 123; Oertmann, S. 192; Palandt-Danckelmann, Anm. 3 Einf. vor § 21; RGR-Komm., Anm. 1 z. Vorbem. vor § 21; Soergel-Siebert, Anm. 8 vor § 21; Staudinger-Coing, Randnote 20 Einl. vor § 21, Randnote 10 zu § 26, etwas abweichend Randnote 50 ff. Vorbem. vor § 164; Zitelmann, I S. 63

dient sich hierbei ihrer Organe. Deren Handlungen stellten die Handlungen der juristischen Person selbst dar. Von einer Vertretung im hergebrachten Sinne könne hierbei nicht die Rede sein. Während sich bei der Vertretung zwei selbständige Rechtssubjekte gegenüberstehen und lediglich die Handlungen des einen - des Vertreters - dem anderen - dem Vertretenen - hinsichtlich ihrer Wirkungen zugerechnet werden, sei der Vorgang bei dem organschaftlichen Handeln ganz anders aufzufassen. Hier müsse das Organ als Teil eines übergeordneten Ganzen, eben der juristischen Person, betrachtet werden. Das Organ sei also in diesem Sinne mit der juristischen Person identisch; seine Handlungen seien diejenigen der juristischen Person selbst. Einer solchen Anschauungsweise muß es deshalb als verfehlt erscheinen, die juristische Person als handlungsunfähiges Gebilde zu bezeichnen. Diese sei handlungs- und mithin auch geschäfts- und prozeßfähig.

Vor allem die Anhänger der letzteren Ansicht, die unter der Bezeichnung "Organtheorie" - im Gegensatz zu der von ihr bekämpften, oben dargestellten "Vertretertheorie" - Eingang in die juristische Wissenschaft gefunden hat, meinen, auch dem Bürgerlichen Gesetzbuch liege die von ihnen vertretene Auffassung zugrunde. Sie verweisen zunächst auf § 45 Abs. 2 Satz 1 BGB, wo von den "Vereinsorganen" die Rede ist (1). Aus der Verwendung dieses Begriffes allein läßt sich jedoch noch nicht herleiten, daß sich das Bürgerliche Gesetzbuch den Standpunkt der Organtheorie zu eigen gemacht hat; denn darüber, wie das Handeln jener "Organe" juristisch zu qualifizieren ist, ob es also Vertreterhandlungen oder Handlungen der juristischen Person selbst sind, besagt es gar nichts (2). So wird bis heute der Begriff des "Organs", der sich eingebürgert hat, auch von denjenigen verwendet, die in den Organen juristischer Personen nichts anderes als deren gesetzliche Vertreter zu sehen vermögen.

Auch aus der Fassung des § 26 Abs. 2 Satz 1 BGB, wonach der Vorstand "die Stellung eines gesetzlichen Vertreters" hat, läßt sich nicht folgern, das Bürgerliche Gesetzbuch habe sich einer der beiden sich bekämpfenden Meinungen angeschlossen (3). Wie die Protokolle zum BGB (4) zeigen, war es die Absicht des Gesetzgebers, mit Hilfe dieser Formulierung zum Ausdruck zu bringen, daß in dem Meinungsstreit bewußt auf jede Stellungnah-

(1) Eck, S. 87

(2) Meurer, S. 160

(3) Staudinger-Coing, Randnote 10 zu § 26

(4) Protokolle I, S. 509

me verzichtet werde. Die Klärung dieser Frage sollte der Wissenschaft überlassen bleiben. Andererseits wollte der Gesetzgeber jedoch durch die Bezugnahme auf die Stellung eines gesetzlichen Vertreters "die Vorteile wahren", die sich hieraus "für die Bemessung des Umfangs der Vertretungsmacht des Vorstands ergeben".

Schließlich bleibt die Vorschrift des § 31 BGB. Diese scheint nun in der Tat eine Trumpfkarte in den Händen der Befürworter der Organtheorie zu sein. Sie kommt der Vorstellung einer durch ihre Organe selbst handelnden juristischen Person weit entgegen. Denn bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, nicht allein das rechtsgeschäftliche, sondern auch das deliktische Handeln der Organe unmittelbar dem Verbandselbst zuzurechnen (1). Der Vertretertheorie muß diese Bestimmung dagegen Schwierigkeiten bereiten. Stellvertretung findet nur bei rechtsgeschäftlichem Handeln statt, § 31 BGB bezieht sich jedoch eindeutig auch auf deliktische Handlungen und kann damit nicht als Zurechnung kraft Stellvertretung erklärt werden. Deshalb stellt sich § 31 BGB für diese Meinung als eine reine Haftungsregel dar (2), mit der eine Haftung für fremdes Verschulden begründet wird. Die Anhänger der Vertretertheorie sehen in Billigkeitserwägungen den Grund für diese Regelung; denn es erscheine nur recht und billig, "daß eine Vermögensmasse, welche die Vorteile einer Verwaltung genießt, auch den durch diese Verwaltung angerichteten Schaden tragen soll"(3).

Allein anhand des Gesetzes läßt sich nicht entscheiden, welcher von beiden Ansichten der Vorzug gebührt. Hierzu bedarf es vielmehr eines zuverlässigen Kriteriums, an dem sich die Richtigkeit der einzelnen Argumente zu erweisen hat.

Bei näherer Betrachtung ist jedoch auch festzustellen, daß die Mehrzahl der Verfechter beider Theorien die eigentliche Begründung für ihre Auffassung gar nicht aus dem Gesetz entnimmt. Soweit auf die gesetzliche Regelung überhaupt Bezug genommen wird, geschieht dies meist nur, weil man glaubt, dort seine Meinung, die man sich auf Grund anderer Überle-

-
- (1) Auf diese Vorschrift stützen deshalb auch die meisten der auf Seite 41 Fußnote 4 Genannten ihre Ansicht.
 - (2) Baumgarten, S. 60; Haff, Institutionen, S. 70; Hölder, Vorbem. IV vor § 21 (S. 124); Kuhlenbeck, S. 19; Meurer, S. 176 ff. (180); Niese, JZ 1956, 457 ff. (464); R. Schmitt, S. 186; H. J. Wolff, I S. 221
 - (3) von Tuhr, I S. 464

gungen gebildet hat, in dem einen oder anderen Sinne bestätigt zu finden. Der Streit zwischen der Vertreter- und Organtheorie beruht unmittelbar auf der Auseinandersetzung über das "Wesen" der juristischen Person und stellt nichts anderes dar als die Fortsetzung dieser Auseinandersetzung in Bezug auf eine im Zusammenhang damit auftauchende Einzelfrage. Wer die juristische Person als "handlungsunfähig" und deshalb die Handlungen ihrer Organe als solche gesetzlicher Vertreter ansieht, der geht hierbei von einer ganz bestimmten Auffassung von der juristischen Person aus. Das gleiche ist bei denjenigen der Fall, für die die juristische Person "durch ihre Organe" selbst handlungsfähig ist. Sind aber Vertreter- und Organtheorie nur die Ausprägungen bestimmter unterschiedlicher Meinungen darüber, was man sich unter der juristischen Person überhaupt vorzustellen hat, dann ist es angebracht, sich vor einer Stellungnahme zu diesen beiden Theorien der Frage nach dem "Wesen" der juristischen Person zuzuwenden. Dies soll deshalb im Folgenden geschehen.

III. Der Meinungsstreit über Begriff und Wesen der juristischen Person.

Die Literatur zur Lehre von der juristischen Person ist unübersehbar (1). Im Laufe der Entwicklung der Zivilrechtswissenschaft hat sich hierzu eine derartige Fülle von Ansichten gebildet, daß allein deren vollständige und eingehendere Darstellung ein dickleibiges Buch zu füllen vermag. Wer darüber hinaus den Versuch unternehmen will, zu dieser Vielzahl von Meinungen im einzelnen kritisch Stellung zu nehmen, der sieht sich vor eine schier unlösbare Aufgabe gestellt.

Deshalb kann es hier nur darum gehen, sich in Darstellung und Kritik auf diejenigen dem Problem gewidmeten Ansichten zu beschränken, die sowohl in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung die nachhaltigsten Wirkungen ausgeübt als auch in dem Meinungsstreit zwischen Vertreter- und Organtheorie Bedeutung erlangt haben. Das aber sind die Lehren von der juristischen Person als Fiktion und als "reale Verbandspersönlichkeit".

(1) Vgl. etwa die Übersicht bei H.J. Wolff, I S.1 ff.

1. Die Fiktionstheorie - entwickelt im Mittelalter, klassisch formuliert von Savigny (1) - stellt an den Anfang ihrer Überlegungen den Satz, daß zu jedem Recht ein Subjekt gehören müsse. Da die Rechtsordnung aber die Beziehungen zwischen Menschen regeln könne, könne ein Subjekt eines Rechtes auch nur ein Mensch sein. Die Rechtsordnung finde jedoch Gebilde, insbesondere Zusammenschlüsse von Menschen und bestimmte Vermögensmassen vor, die selbst keine Menschen sind, deren rechtliche Verselbständigung aus rechtspolitischen Gründen (Fortbestand unabhängig von Mitgliederwechsel, Vermögensfähigkeit, Haftung) aber erforderlich sei. Das ihnen fehlende Subjekt müsse also ersetzt werden. Dies geschieht im Wege der Fiktion, und zwar derart, daß diejenigen Verbände, denen die Rechtsordnung eigene Rechtspersönlichkeit zuspricht, so behandelt werden, als ob sie Menschen und damit Rechtssubjekte seien.

Die Fiktion ist also Mittel zur Erklärung eines auf andere Weise nicht begreiflich zu machenden Vorgangs, sie ist - wie immer - "vergleichende Rechtsvorschrift" (2) oder - anders ausgedrückt - ein juristischer Konstruktionsbehelf (3).

Hier wird das Problem also in der Weise gelöst, daß Gebilden, die nach dieser Auffassung in der Realität nicht existieren, dadurch eine juristische Existenz beigelegt wird, daß man sie für die Zwecke der Rechtsanwendung zu Menschen umdeutet.

Auf diesem Wege ist die Fiktionstheorie dann im Laufe ihrer Entwicklung noch einen Schritt weiter gegangen (4). Zur Begründung der Rechtspersönlichkeit des Verbandes bedarf es danach keiner Bezugnahme auf den Menschen und dessen unbezweifelbare Rechtssubjektivität sowie insbesondere keiner Umdeutung mehr. Die "Personifikation" nimmt nach dieser neueren Auffassung die Rechtsordnung selbst vor; sie und nur sie allein bestimmt, was Subjekt von Rechten und Pflichten sein könne. Auch hier wird "fingiert"; denn denjenigen Gebilden, denen die Rechtsordnung Rechtspersönlichkeit verleiht, kommt die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben, in Wirklichkeit nicht zu. Diese Fiktion aber vollziehe nicht die Theorie,

(1) System, II § 85; vgl. auch Windscheid-Kipp, § 49

(2) Windscheid-Kipp, § 49 N. 8; vgl. auch Bierling, S. 221; Knoke, S. 435

(3) Baumgarten, S. 65

(4) Bierling, S. 220 ff.; Meurer, S. 18 ff.; von Tuhr, I § 37; ähnlich auch Enneccerus-Nipperdey, § 103 (S. 607 ff.)

sondern das Gesetz selbst, indem es aus eigener Machtvollkommenheit etwas als juristische Persönlichkeit behandle; Aufschluß darüber zu geben, weshalb die Personifikation berechtigt sei, schulde das positive Recht nicht.

Gegen die Theorie von der juristischen Person als einer Fiktion ist eine ganze Reihe von Einwendungen geltend gemacht worden. Einmal hat man bemängelt, daß danach auch der Staat nichts weiter als eine fingierte Rechtspersönlichkeit - ein "Gespenst" - sei, während man tatsächlich dessen Realität doch dauernd zu spüren bekomme (1). Außerdem sei es mit Hilfe der Fiktion niemals möglich, die Haftung der juristischen Person für die Handlungen ihrer Organe zu erklären. Vor allem aber gebe diese Lehre keine Begründung dafür, weshalb es nun eigentlich gerechtfertigt sei, bestimmten Gebilden im Wege der Fiktion Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen und welche Kriterien hierfür maßgebend seien.

Das zuletzt genannte Argument ist nicht zu widerlegen; es bringt die Fiktionstheorie zu Fall. Von einer Lehre, die sich mit Begriff und Wesen der juristischen Person befaßt, muß man verlangen, daß sie in der Lage ist zu definieren, was die juristische Person sei, worin man ihr Charakteristikum zu erblicken habe und wie sie sich von anderen ähnlichen Gebilden unterscheide (2).

Das aber vermag die Fiktionstheorie nicht. Sie beschränkt sich auf die negative Feststellung, daß der juristischen Person keine reale Gegebenheit zugrundeliege, sowie auf die Angabe, durch welche formale gedankliche Operation - Gleichsetzung mit dem Menschen - man imstande sei, sie als Rechtssubjekt zu betrachten. Dagegen gibt sie keine Auskunft darüber, was zu der Fiktion nötig oder berechtigt. Diese Lehre erklärt mithin nichts, sondern beschreibt lediglich die logisch-juristische Figur, deren man sich bedient, um die "an sich" fehlende Rechtssubjektivität zu ersetzen.

2. Ganz anders die Theorie von der juristischen Person als einer "realen Verbandspersönlichkeit", die in Otto von Gierke ihren bedeutendsten Vertreter gefunden hat. Nach dieser Lehre steht es keineswegs im Belieben des positiven Rechts zu bestimmen, was Rechtssubjekt sei und was nicht.

(1) Gierke, Deutsches Privatrecht I, S. 467; Regelsberger, Pandekten I, § 75 (S. 291)

(2) Baumgarten, S. 65; Knoke, S. 435; H. Lehmann, Gesellschaftsrecht, S. 21

Dem Menschen komme deshalb Rechtspersönlichkeit zu, weil er ein willens- und handlungsfähiges Wesen, ein lebendiger Organismus sei. Dies aber treffe auch für die menschlichen Verbände zu, auch sie seien Organismen, "wirklich existierende Wesenheiten und somit auch für das Recht reale Personen". Als "leiblich - geistige Lebenseinheit" stehe der Verband den Menschen, aus denen er sich zusammensetzt, als eine rechtlich selbständige Größe gegenüber. Er betätige sich, wie jeder Organismus, durch seine Organe, die ihm die Willens- und Handlungsfähigkeit vermitteln. Dabei wird nicht verkannt, daß es sich bei diesem Erklärungsversuch um einen Vergleich, eine bewußte Analogie zum Menschen als einem natürlichen Organismus handelt. Gierke (1) sagt selbst: "Richtig verstanden sagt der Vergleich nichts weiter aus, als daß wir in dem gesellschaftlichen Körper eine Lebenseinheit eines aus Teilen bestehenden Ganzen erkennen, wie wir sie außerdem nur bei den natürlichen Lebewesen wahrnehmen. Wir vergessen nicht, daß die innere Struktur eines Ganzen, dessen Teile Menschen sind, von einer Beschaffenheit sein muß, für die das Naturganze kein Vorbild bietet; daß hier ein geistiger Zusammenhang stattfindet, der durch psychisch motiviertes Handeln hergestellt und gestaltet, betätigt und gelöst wird; daß hier das Reich der Naturwissenschaft endet und das Reich der Geisteswissenschaft beginnt. Allein wir betrachten das soziale Ganze gleich dem Einzelorganismus als ein Lebendiges und ordnen die Gemeinwesen zusammen mit den Einzelwesen dem Gattungsbegriff des Lebewesens unter." Nach dieser Auffassung ist also der Verband - ebenso wie der Mensch - ein Lebewesen, und zwar ein geistiger Organismus, der, was seine Realität anbetrifft, dem natürlichen Organismus nicht nachsteht.

Litt die Fiktionstheorie darunter, daß sie nicht in der Lage war, das Kriterium für die Berechtigung der Fiktion anzugeben, so scheint hier die Antwort auf die Frage, weshalb den Verbänden Rechtspersönlichkeit zukommt, gefunden zu sein: der Verband wird - analog dem Menschen - als Organismus betrachtet, dem durch seine Organe die Willens- und Handlungsfähigkeit vermittelt wird.

Einer kritischen Betrachtung kann es jedoch nicht entgehen, daß es sich hier um eine bloße Metapher handelt, auf der diese Lehre aufgebaut ist. Der Nachweis für die Existenz einer "leiblich-geistigen Lebenseinheit", die das Charakteristikum des Verbandes ausmachen und dessen Selbstän-

(1) Das Wesen der menschlichen Verbände, S. 15 f.

digkeit auch gegenüber seinen Teilen, den Verbandsmitgliedern, begründen soll, wird nicht geführt und ist auch nicht zu erbringen (1). Eine wissenschaftlich befriedigende Bestimmung des Wesens des Organismus gibt es nicht (2). Deshalb geschieht im Grunde nichts anderes, als daß eine unbekannte Größe - der soziale Verband - durch eine noch unbekanntere - den Organismus - ersetzt wird (3). Es bleibt mithin bei einer nicht beweisbaren Behauptung, d.h. aber bei einer Hypothese (4). Als Grundlage einer wissenschaftlichen Theorie ist eine derartige Hypothese jedoch ungeeignet. Sie führt in die Welt des Glaubens, nicht aber zu gesicherter Erkenntnis.

Hinzu kommt noch ein weiteres Bedenken gegen diese Lehre. Selbst wenn es möglich wäre, den Begriff des "Organismus" näher zu bestimmen, dann würde auf diese Weise bestenfalls das Wesen natürlicher und sozialer Gebilde, die das Recht vorfindet, erklärt werden können. Darum aber kann es einer rechtswissenschaftlichen Theorie von der "juristischen Person" nicht gehen. Nicht die vorjuristische Realität des Verbandes, sondern dessen juristische Rechtssubjektivität ist Gegenstand ihrer Untersuchung. Es gilt für sie nicht, das soziale Phänomen des Verbandes und dessen Struktur zu beschreiben, sondern die Eigenart dieses Verbandes in seiner rechtlichen Ausprägung als juristische Person, d.h. aber als "künstliche, von Menschen rational geschaffene Einrichtung" zu erfassen (5).

-
- (1) Bierling, S. 224; Hölder, Natürliche und Juristische Personen, S. 42 ff.; Laband, I S. 94; Meurer, S. 42 ff.; S. 94; Nawiasky, Allg. Rechtslehre, S. 200 f.
 - (2) G. Jellinek, Allg. Staatslehre, S. 151
 - (3) G. Jellinek, Die soziaethische Bedeutung von Recht, Unrecht und Strafe, S. 7
 - (4) Vaihinger, S. 427; ebenso Bierling, S. 224
 - (5) Wegen der sonstigen Einwände gegen diese Lehre vgl. insbesondere Hölder, S. 42 ff.; Binder S. 22; G. Jellinek, Allg. Staatslehre, S. 159; v. Tuhr, I S. 464; Baumgarten, S. 67 ff. - Es ist versucht worden, die juristische Person unter Vermeidung des Organismus-Bildes als "objektivierte Vernunft" (Binder), "Kulturperson" (Schönfeld) "reale Willenseinheit" (Meurer) oder "reale Verbandseinheit" (vor allem G. Jellinek) zu definieren. Sowohl die vorjuristische selbständige Realität der Verbände als auch deren angeblicher durch die Organe vermittelter "Gesamtwillen" lassen sich aber auch hier nur mit Hilfe von Fiktionen, und zwar von Fiktionen, die unzulässigerweise die den Rechtsbegriffen unterliegende Wirklichkeit fingieren, begründen. Vgl. dazu im einzelnen H. J. Wolff, I S. 17 ff.

Während die Fiktionstheorie nicht zu befriedigen vermag, weil sie nicht angeben kann, weshalb die Rechtsordnung bestimmte soziale Gebilde als Rechtssubjekte betrachtet, also den Grund für die Berechtigung der Fiktion nicht zu nennen in der Lage ist, scheitert die Lehre von der juristischen Person als einer realen Verbandspersönlichkeit daran, daß sie nicht das Wesen der juristischen Person, sondern das des sozialen Verbandes erläutert, wobei sie sich einer Hypothese bedient, deren Richtigkeit nicht nachweisbar ist.

3. Ohne unzulässige Fiktion wird man die juristische Person mit H. J. Wolff (1) lediglich als ein spezifisches Rechtsverhältnis, als ein "Komplex" von Rechtsbeziehungen, die durch ihre Satzung und deren Ergänzung und Legalisierung durch die übergeordnete Rechtsordnung normiert sind (2), aufzufassen haben. Die Organisation, d. h. aber die Satzung und die durch sie sowie das Gesetz erfolgende Normierung der inneren Rechtsverhältnisse des Verbandes, ist es, die die rechtliche Eigenart der juristischen Person ausmacht (3). Sie begründet die inneren und äußeren Rechtsbeziehungen und überdauert den Wechsel der Mitglieder wie der Organpersonen. Aus ihr ergeben sich Name, Sitz, Willensbildung, Verfügungsrecht sowie die Beschränkung der Haftung auf eine bestimmte Vermögensmasse. Sie ermöglicht es der juristischen Person, Endpunkt der Zurechnung von Rechten und Verpflichtungen, also Zurechnungssubjekt und damit "Person" im Rechtssinne zu sein (4).

Dieses Ergebnis, wonach mit dem Begriff der juristischen Person nur eine abkürzende Bezeichnung für die durch die Organisation des Verbandes begründeten besonderen Rechtsverhältnisse gefunden ist, reicht nun allerdings nicht aus, die oben gestellte Frage, ob die Vertreter- oder die Organtheorie zutrifft, in dem einen oder dem anderen Sinne zu beantworten. Ist der Begriff der juristischen Person ein bloß rechtstechnischer, bezeichnet er der Sache nach einen Komplex von Rechtsbeziehungen eigener Art, dann läßt er auch keine Rückschlüsse darauf zu, wie man sich

(1) H. J. Wolff, I S. 88 ff.; ebenso Niese, JZ 1956, 457 ff. (464); Palandt-Danckelmann, Anm. 1 Einf. vor § 21

(2) H. J. Wolff, I S. 229

(3) Burckhardt, S. 300; vgl. auch Nawiasky, Allg. Rechtslehre, S. 180 ff.

(4) Vgl. auch Cohn, S. 139; Kaufmann, S. 94 f.; Kelsen, Über Staatsunrecht, S. 11; ders., Allg. Staatslehre, S. 70.

das "Handeln" der juristischen Person vorzustellen habe. Fest steht nur, daß dieser das Verhalten ihrer Organe bzw. Organmitglieder zugerechnet wird. Wie und in welchem Umfange das aber geschieht, muß noch geklärt werden.

Der Auseinandersetzung mit diesem Problem soll jedoch eines vorausgeschickt werden : Auch wer sich nicht dazu verstehen kann, als Erklärung für einen Rechtsbegriff - die juristische Person - eine Metapher - den Organismus - zu akzeptieren, der ist damit noch nicht genötigt, ebenfalls den Organbegriff zu verwerfen. Es ist zwar behauptet worden, Organe könne nur ein Organismus haben (1). Dieser Satz aber ist unzutreffend. Die Verwendung des Organbegriffs ist auch dann gerechtfertigt, wenn man das Charakteristikum der juristischen Person und dasjenige Moment, das ihre Einheit sowie ihre Selbständigkeit gegenüber ihren Teilen begründet, in ihrer Organisation erblickt. Das Organ ist bei solcher Betrachtung ein Glied innerhalb dieser Organisation, dem bestimmte Funktionen übertragen sind. Dem entspricht der allgemeine Sprachgebrauch. Ein notwendiger begrifflicher Zusammenhang zwischen Organ und Organismus in dem behaupteten Sinne besteht deshalb nicht (2).

IV Das bei der juristischen Person auftauchende Zurechnungsproblem und seine Lösung

Die von der Organtheorie vorgetragene Ansicht geht, wie bereits erwähnt, dahin, die Handlungen der Organe seien als Handlungen der juristischen Person selbst anzusehen, diese handle selbst durch ihre Organe. Demgegenüber meint die Vertretertheorie, die "Organe" seien ihrer rechtlichen Natur nach nichts anderes als gesetzliche Vertreter der juristischen Person,

-
- (1) Preuß, Schmollers Jahrbuch 1902, 558
 - (2) G. Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, S. 37. - Soweit sich allerdings bei Anhängern der Organtheorie die Anschauung findet, die juristische Personen handelten durch ihre Organe, diese seien ihre "Hand, Mund, Ohr" o. ä., so ist das die nämliche bildhafte Vorstellung, die bereits bei Erörterung der Lehre von der juristischen Person als eines Organismus zurückgewiesen worden ist.

jene handelten, lediglich die Wirkungen dieses Handelns trafen - wie immer bei der Stellvertretung - die Vertretene, also die juristische Person. Die Organtheorie identifiziert mithin weitgehend das Organ mit der juristischen Person, während die Vertretertheorie zwischen der juristischen Person und dem für sie handelnden Vertreter einen scharfen Trennungsstrich zieht (1).

Im Grunde geht es bei dieser Meinungsverschiedenheit allein darum, wie das bei der juristischen Person auftauchende Zurechnungsproblem zu lösen ist (2).

Unter Zurechnung ist hier die Verknüpfung eines bestimmten äußeren Tatbestandes mit einer Person zu verstehen. Es handelt sich hierbei um mehr als einen bloßen Kausalnexus. Vielmehr wird eine Beziehung zur Norm selbst geschaffen; diese entscheidet, ob eine Erklärung als von jemandem "gewollt" anzusehen ist, ob er an einem äußeren Erfolge "schuld" ist und dafür haftet, ob schließlich das Handeln eines Dritten als sein eigenes Handeln zu gelten hat. Man kann die Zurechnung als einen Beurteilungs- und Bewertungsprozeß bezeichnen, bei dem die Beurteilung und Bewertung von der Rechtsordnung vorgenommen wird; sein Ergebnis gibt darüber Aufschluß, ob und in welcher Weise die Verknüpfung eines bestimmten Umstandes mit einer Person erfolgt.

-
- (1) Vgl. Brecher, S. 241. Dieser verwirft sowohl die der Organtheorie zugrundeliegende Vorstellung, da diese den Vorstand zu eng mit der juristischen Person verbinde, als auch die Ansicht, wonach der Vorstand gesetzlicher Vertreter sei, weil dieser hierdurch zu weit von dem Verband entfernt werde. Die Lösung soll also offenbar irgendwo in der Mitte zwischen diesen beiden Auffassungen gesucht werden. Wo dies ist, gibt er nicht an.
- (2) So ausdrücklich Staudinger-Coing, Randnote 20 Einl. vor § 21. Fraglich ist hier, in wie weit das Handeln der Organe der juristischen Person zugerechnet wird. Davon zu unterscheiden ist das andere, ebenfalls oft nicht leicht zu lösende Problem, wem - also welcher von mehreren juristischen Personen - zuzurechnen ist. Die Frage spielt vor allem eine Rolle bei dem Handeln von Organen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (z. B. beim Landrat, der sowohl Organ des Kreises als des Staates ist); vgl. dazu BGH LM Nr. 1 zu Art. 11 Bayer. LandkreisO und BGHZ 5, 279 ff. mit unklarer Anm. Ascher bei LM Nr. 3 zu § 164 BGB sowie die dort zitierten Entscheidungen KG SJZ 1948, 599 und OGH NJW 1949, 710 m. Anm. Walz.

Eine Zurechnung in diesem Sinne findet auch bei der Stellvertretung statt. Die Wirkungen des Vertreterhandelns treten unmittelbar in der Person des Vertretenen ein (vgl. § 164 I BGB, § 85 ZPO), werden dieser also zugerechnet.

Hier geht es nun darum, ob die Zurechnung beim Organhandeln mit derjenigen, wie sie bei der Stellvertretung stattfindet, identisch ist oder ob sie über diese hinausgeht.

Bevor versucht wird, darauf eine Antwort zu geben, soll zuvor geklärt werden, ob Stellvertretung und Organschaft in ihren tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen übereinstimmen.

Will eine größere Gruppe von Menschen durch Zusammenarbeit einen bestimmten Zweck erreichen, so wird ihr das nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit ihres Handelns gewährleistet ist. Diese läßt sich zunächst dadurch herbeiführen, daß sämtliche Mitglieder der Gruppe einen gemeinsamen Vertreter bestellen, diesem also Vollmacht erteilen. Dessen rechtsgeschäftliche Handlungen wirken für und gegen sie, eine Zurechnung findet statt. Das Handeln eines einzelnen steht also in seiner Wirkung dem der ganzen Gruppe gleich. Das aber genügt noch nicht, um die angestrebte Einheitlichkeit des Handelns der Gemeinschaft zu erreichen. Denn neben dem Vertreter kann auch jedes Mitglied selbst tätig werden; der Vertreter schließt den Vertretenen, was dessen Befugnis zur Vornahme von Rechtsgeschäften angeht, nicht aus. Soll deshalb das einzelne Mitglied von jedem eigenen Handeln im Interesse einer einheitlichen Betätigung der Gemeinschaft ausgeschaltet werden, dann ist das nur auf dem Wege möglich, daß Organe bestellt werden, d.h. eine Organisation geschaffen wird. In dieser ausschließlichen Handlungsbefugnis für die organisierte Gemeinschaft liegt das Wesen der Organe; hierdurch unterscheiden sie sich von gewillkürten Vertretern (1).

Unser Recht kennt jedoch ein Institut, dem die Ausschließlichkeit der Repräsentation des Vertretenen ebenfalls eigentümlich ist. Das ist die gesetzliche Vertretung (2). Deshalb spitzt sich die Frage nunmehr darauf

(1) Müller-Freienfels, S. 342 N. 22

(2) G. meint ist die vom Gesetz angeordnete Vertretung eines Geschäftsunfähigen oder beschränkt Geschäftsfähigen. Für sie ist die Ausschließlichkeit der Zuständigkeit des gesetzlichen Vertreters kennzeichnend (Müller-Freienfels, S. 345). Zu beachten ist allerdings, daß es Fälle der "Vertretung kraft Gesetzes" gibt, in denen diese Ausschließlichkeit entweder nur bestimmte Angelegenheiten erfaßt (z. B. bei der Nachlaßverwaltung) oder sogar überhaupt nicht gegeben ist (z. B. bei der Nachlaßpflegschaft).

zu, ob Organschaft und gesetzliche Vertretung sich in ihrem Tatbestand und ihren Voraussetzungen gleichen.

Dazu ist zunächst zu sagen, daß es durchaus verschiedene Gründe sind, die auf der einen Seite zur Bestellung eines gesetzlichen Vertreters, auf der anderen Seite zur Schaffung einer Organisation führen. Im ersteren Fall steht der Gesichtspunkt staatlicher Fürsorge im Vordergrund (1). Spricht die Rechtsordnung einer natürlichen Person - etwa wegen deren geringen Alters, körperlicher oder geistiger Gebrechen o. dgl. - die Fähigkeit ab, ihre Angelegenheiten selbstverantwortlich zu regeln, kommen also "eigene Initiative und eigenverantwortliche Gestaltung der Partei selbst zur Begründung der Zuordnung nicht in Betracht" (2), so greift das Gesetz ein, indem es die Teilnahme des betreffenden Menschen am Privatrechtsverkehr durch Anordnung der gesetzlichen Vertretung ermöglicht. Die Begründung der Vertretungsmacht erfolgt hier unmittelbar durch das Gesetz. Der Vertretene selbst ist an diesem Vorgang nicht beteiligt. Seine Privatautonomie ist ausgeschaltet; er wird "bevormundet" (3). Die Person des Vertreters wird entweder durch die Rechtsordnung unmittelbar bestimmt oder das Gesetz überläßt die Auswahl einem Dritten, meist einer staatlichen Stelle. Ganz anders dagegen im Falle der Bestellung von Organen. Dies geschieht - im Regelfalle (4) - auf Grund eines freien Willensentschlusses der an einer Personenmehrheit Beteiligten. Bestimmend ist für sie der Wunsch, durch rechtliche Verselbständigung des Verbandes die Einheitlichkeit seines Handelns zu gewährleisten und die Haftung auf eine bestimmte Vermögensmasse zu beschränken.

Im Stadium der Gründung kann also von einer Ausschaltung der Privatautonomie der Mitglieder nicht die Rede sein.

Bei der gesetzlichen Vertretung ist weiterhin dem Vertretenen nicht nur im Zeitpunkt ihrer Begründung jede Mitwirkung, sondern in der Regel

-
- (1) Müller-Freienfels, S. 340 ff. - Daneben kann die Einsetzung eines "Vertreters kraft Gesetzes" auch auf anderen Gründen beruhen, etwa auf dem "Wunsch, die Vertretungsmacht auf alle Fälle und unabhängig von Lust und Laune des Vertretenen entstehen zu lassen" (Müller-Freienfels, S. 343).
 - (2) Müller-Freienfels, S. 340
 - (3) Müller-Freienfels, S. 31, 336 f., 340 f.
 - (4) Lediglich in bestimmten Notsituationen können Organe auch durch das Gericht bestellt werden (vgl. §§ 29 BGB, 76 AktG).

auch während ihres Bestehens jede Einflußnahme auf das Handeln des gesetzlichen Vertreters verwehrt. Dieser hat zwar mit seiner Tätigkeit die Interessen des Vertretenen wahrzunehmen, bestimmt jedoch selbst nach pflichtgemäßem Ermessen, wie dies im einzelnen zu geschehen hat (1). Der Vertretene ist - überspitzt ausgedrückt - weitgehend Objekt der Entschlüsse und Handlungen seines gesetzlichen Vertreters (2). Auch die Mitglieder einer Organisation sind nun zwar, wie bereits dargelegt, von dem eigenen Handeln, soweit es die Angelegenheiten der organisierten Gemeinschaft betrifft, ausgeschlossen. Diese Handlungsbefugnis ist ausschließlich den Organen des Verbandes übertragen. Die Art des Handelns der Organe ist jedoch damit keineswegs dem Einfluß der Gesamtheit der Mitglieder entzogen. Diese können vielmehr mitbestimmen, welche Maßnahmen getroffen werden, wobei der Umfang dieses Mitbestimmungsrechts im einzelnen von den Organisationsregeln (Verfassung) des Verbandes abhängt, die die Gesamtheit selbst geschaffen, an deren Schaffung sie mitgewirkt oder auf deren Bestand sie Einfluß hat. In dieser durch autonome Rechtsvorschriften begründeten Möglichkeit, auf das Organhandeln mitbestimmend einzuwirken, ist ein weiterer charakteristischer Unterschied gegenüber der gesetzlichen Vertretung zu erblicken.

Daraus ergibt sich, daß Organschaft und gesetzliche Vertretung in ihren tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen und Voraussetzungen nicht übereinstimmen. Von diesem Ausgangspunkt her muß nun die entscheidende Frage untersucht werden, ob das Verhalten gesetzlicher Vertreter und Organe auch hinsichtlich seiner Wirkungen rechtlich unterschiedlich behandelt wird, ob insbesondere die in beiden Fällen stattfindende Zurechnung bei der Organschaft eine weitergehende ist als bei der gesetzlichen Vertretung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auf Grund theoretischer Auffassungen über das Wesen der juristischen Person das Problem nicht bewältigt werden kann. Es ist gezeigt worden, daß weder die Fiktionstheorie noch die Theorie von der "realen Verbandspersönlichkeit" in der Lage sind, die Eigenart der juristischen Person zutreffend zu erklären. Deshalb ist es auch nicht statthaft, sie für die Lösung von Einzelfragen wie der vorliegenden heranzuziehen. Sieht man in der juristischen Person, wie dies hier geschieht, lediglich einen Komplex der kraft Organisation begründeten und durch sie sowie die allgemeine Rechtsordnung normierten

(1) Von den Kontrollbefugnissen der Gerichte kann in diesem Zusammenhang einmal abgesehen werden.

(2) Binder, S. 56; Müller-Freienfels, S. 341

besonderen Rechtsbeziehungen (1), faßt man sie als Person nur in einem rechtstechnischen Sinne - als Endpunkt der Zurechnung - auf, dann ist mit einer solchen Charakterisierung des "Wesens" der juristischen Person dem Zurechnungsproblem ebenfalls nicht beizukommen. Auch hiernach bleibt es unklar, wie das "Handeln" der juristischen Person rechtstheoretisch zu erklären ist, ob also Dritte als Vertreter der handlungsunfähigen juristischen Person tätig werden oder ob die juristische Person durch ihre Organe selbst handelt.

Die Entscheidung im Streit zwischen Vertreter- und Organtheorie und somit die Lösung der bei der juristischen Person auftauchenden Zurechnungsfrage kann deshalb nur mit Hilfe des positiven Rechts und der sich aus diesem ergebenden Rechtsgrundsätze gefunden werden. Die Frage lautet daher ; Gibt das Gesetz und geben die Lösungen, die Wissenschaft und Praxis für einzelne im Zusammenhang mit dem Handeln der juristischen Person auftauchende Probleme gefunden haben, Aufschluß darüber, welche der beiden zu dem Zurechnungsproblem vertretenen Ansichten den Vorzug verdient ? Ist es m.a.W. gerechtfertigt, Organhandeln und juristische Person im Wege der Zurechnung so eng miteinander zu verknüpfen, daß das Verhalten der Organe als ein solches der juristischen Person selbst anzusehen ist ?

Diese Frage ist zu bejahen. Die Vorschrift des § 31 BGB, der unmittelbare Besitz der juristischen Person bei Ausübung der Sachherrschaft durch deren Organe sowie die zu § 28 II BGB entwickelten Rechtsgrundsätze zeigen, daß die Zurechnung kraft Organschaft über diejenige bei der Stellvertretung hinausgeht. Nicht nur die Wirkungen des Organhandelns, sondern dessen Tatbestand selbst werden der juristischen Person zugerechnet.

§ 31 BGB ist eine Haftungsnorm. Nach dieser Vorschrift haftet die juristische Person für den Schaden, den ihre Organe durch eine in deren Wirkungskreis liegende und zum Schadensersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügen. Es ist unbestritten, daß sich diese Haftung auf deliktisches Verhalten bezieht (2); Uneinigkeit besteht lediglich darüber, ob

(1) Vgl. oben S. 49

(2) Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß schon aus diesem Grunde die Vertretertheorie auf Schwierigkeiten stößt; denn Stellvertretung ist nur bei rechtsgeschäftlichem Handeln möglich, nicht bei deliktischem Verhalten.

auch Vertragsverletzungen in den Bereich der zum Schadensersatz verpflichtenden Handlungen i. S. d. § 31 BGB fallen oder ob bei diesen - wie sonst auch - § 278 BGB gilt (1). Praktisch bedeutsam ist die Vorschrift vor allem deshalb, weil es danach der juristischen Person auch bei deliktischem Verhalten ihrer Organe verwehrt ist, den Entlastungsbeweis des § 831 BGB anzutreten. Den gesetzgeberischen Grund für diese Regelung mag man in Billigkeitsgründen sehen (2). Es kommt jedoch für die Frage, wie eine Vorschrift in ihrer rechtssystematischen Bedeutung zu erfassen ist, weniger auf den mit ihr verfolgten Zweck als vielmehr darauf an, welches Mittel der rechtlichen Konstruktion der Gesetzgeber wählt, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Im Falle des § 31 BGB wird der das Recht der unerlaubten Handlungen beherrschende Verschuldensgrundsatz nicht durchbrochen. Diese Vorschrift schafft keinen selbständigen gesetzlichen Tatbestand der Gefährdungshaftung; sie stellt eine Zurechnungsregel für jedes zum Schadensersatz verpflichtende Handeln der Organe, regelmäßig also für schuldhaftes Verhalten dar. Durch den Ausschluß der Exkulpationsmöglichkeit haftet die juristische Person für das Verhalten ihrer Organe ganz so, als ob sie selbst gehandelt habe (3). Es ist danach nur eine Frage des juristischen Geschmacks, ob man behauptet, sie handle selbst durch ihre Organe, oder ob man die Formulierung vorzieht, das Verhalten ihrer Organe werde hier wie ihr eigenes behandelt. Aus der gesetzlichen Regelung ergibt sich jedenfalls, daß die Organhandlungen der juristischen Person in einem anderen, nämlich weiteren Umfang zugerechnet werden, als es im Fall der Stellvertretung möglich wäre (4). Nicht nur die Wirkungen des Organhandelns treffen die juristische Person,

-
- (1) Dafür: Enneccerus-Nipperdey, § 110 I 3 (S. 662 f.) u. S. 664 N. 17; H. Lehmann, Allg. Teil, § 60 III 5, S. 427 ff.; Palandt-Danckelmann, § 31 Anm. 1 u. § 278 Anm. 2b; wohl auch BGH MDR 1953, 219 f.; dagegen: Staudinger-Coing, Randnote 7 zu § 31; RGR-Komm., § 31 Anm. b; RG JW 1904, 5 Nr. 2 - Die Frage spielt nur für die Anwendbarkeit des § 278 S. 2 BGB eine Rolle.
- (2) v. Tuhr, I 464; Enneccerus-Lehmann, § 243 I 2 (S. 986)
- (3) Staudinger-Coing, Randnote 17 zu § 31; Enneccerus-Nipperdey, § 110 I (S. 660 f.); Soergel-Siebert, § 31 Anm. 1
- (4) Für das Verhalten von Bevollmächtigten und sonstigen Bediensteten, die nicht Organe oder satzungsmäßig berufene Vertreter sind, haftet die juristische Person dementsprechend auch nur nach den allgemeinen Regeln, also mit der Möglichkeit der Entlastung nach § 831 BGB.

sondern diese selbst verwirklicht nach der Bestimmung des § 31 BGB den Haftungstatbestand, indem das Verhalten ihrer Organe mit ihrem eigenen gleichgesetzt wird.

Es ist weiterhin unbestritten, daß die juristische Person selbst unmittelbare Besitzerin einer Sache sein kann (1). Sie ist dies immer dann, wenn ihre Organe die tatsächliche Sachherrschaft für sie ausüben. In einem solchen Falle hat allein die juristische Person unmittelbaren Besitz; den Organen kommt weder die Stellung als unmittelbarer Besitzer noch gar als Besitzdiener zu (2). Sämtliche Besitzhandlungen, die die Organe in dieser ihrer Eigenschaft vornehmen, werden der juristischen Person als eigene Handlungen zugerechnet. Diese spezifische "Fremdwirkung" (3) des Organhandelns läßt sich ebenfalls mit der Auffassung vom Organ als einem Stellvertreter der juristischen Person nicht in Einklang bringen; denn auf tatsächliches Handeln bezieht sich die Stellvertretung nicht (4). Die mit der Organschaft verbundene Zurechnung geht vielmehr, wie sich hier ganz deutlich erkennen läßt, über die bei dem stellvertretenden Handeln zu beobachtende hinaus. Sie ergreift nicht nur die Wirkungen des Handelns, sondern auch dessen Tatbestand selbst.

Dieses Ergebnis wird schließlich bestätigt durch den von der Rechtsprechung im Wege der Analogie zu § 28 II BGB entwickelten Grundsatz, wonach das

- (1) Staudinger-Seufert, Randnote 26 zu § 854; RGR-Komm., § 854 Anm. 19; Wolff-Raiser, § 5 I (S. 24); Westermann, § 20 II (S. 91 ff.); BGH LM Nr. 1 zu Art. 11 Bayer. LandkreisO. Wichtig ist dies vor allem für die Frage des Besitzschutzes (§ 861 BGB), jedoch auch für die Eigentumsvermutung nach § 1006 BGB, die Übergabe beim Eigentumserwerb nach § 929 BGB und die Passivlegitimation bei Ansprüchen aus § 985 BGB.
- (2) Ausführlich dazu Westermann, § 20 II 2 b (S. 92 f.) mit weiteren Nachweisen.
- (3) Westermann, § 20 II 2 a (S. 92)
- (4) Deshalb sind die gesetzlichen Vertreter, also etwa Eltern, Vormund und Pfleger hinsichtlich der Sachen, über die sie die tatsächliche Sachherrschaft ausüben, regelmäßig unmittelbare Besitzer und Besitzmittler für die von ihnen Vertretenen. Vgl. Westermann, § 20 III (S. 93 f.); Staudinger-Seufert, Randnote 25 zu § 854 mit weiteren Nachweisen. Überlassen sie die Sachgewalt dem Vertretenen, dann hängt es von den Umständen des Einzelfalles ab, ob dieser als unmittelbarer Besitzer sowie als Besitzmittler für den gesetzlichen Vertreter oder als dessen bloßer Besitzdiener anzusehen ist.

Wissen eines Organmitglieds als Wissen der juristischen Person zu gelten hat (1). Die Kenntnis eines Organmitglieds von einer Tatsache, aber auch dessen Willensmängel sind als Kenntnis und Willensmängel der juristischen Person anzusehen (2). Die Zurechnung kraft Organschaft bezieht sich mit- hin nicht nur auf äußeres Verhalten, sondern auch auf innere Vorgänge. Nun ist allerdings zu beachten, daß es bei der Stellvertretung für die Frage der Kenntnis und des Kennenmüssens von bestimmten Umständen ebenfalls auf die Person des Vertreters ankommt (§ 166 BGB). Hier kann aber nur das Wissen desjenigen Vertreters, der am Vertragsabschluß beteiligt ist, dem Vertretenen zugerechnet werden (3). Dagegen ist es für die Frage der Kenntnis der juristischen Person ganz gleichgültig, ob das betreffende Or- ganmitglied am Geschäftsabschluß mitgewirkt hat oder nicht. Selbst wenn dieses Mitglied des Organs - mit Allein- oder Gesamtvertretungsmacht ver- sehen - an dem Geschäft völlig unbeteiligt ist, gilt sein Wissen als das Wissen der juristischen Person (4). Auch das zeigt die Richtigkeit der Auf- fassung, wonach die Zurechnung kraft Organschaft über diejenige bei der Stellvertretung hinausgeht. Das gesamte - äußere und innere - Verhalten der Organe stellt sich für die rechtliche Betrachtung als solches der juristi- schen Person selbst dar.

Stellvertretung und Organschaft unterscheiden sich also. Dieser Unterschied äußert sich im Umfang der Zurechnung. Der juristischen Person wird das Verhalten ihrer Organe nicht nur hinsichtlich seiner Wirkungen, sondern auch in Bezug auf den Tatbestand des Handelns selbst zugerechnet. Von hier aus ergibt sich deshalb die Lösung des Problems der "Handlungsfähig- keit" der juristischen Person. Gilt für die rechtliche Beurteilung durchweg das Verhalten der Organe kraft besonderer Zurechnung als dasjenige der

(1) RG JW 1935, 2044 Nr. 9; RGZ 81, 433 ff. (436)

(2) RGZ 129, 45 ff. (49); 110, 145 ff. (146); 78, 347 ff. (354); vgl. auch BGHZ 20, 149 ff. (153).

(3) Bevollmächtigt also A den B zum Erwerb eines gebrauchten Kraftwa- gens, den C zum Erwerb eines Grundstücks und D zur Kündigung eines Mietverhältnisses und wissen sowohl C als auch D, nicht aber B, daß der derzeitige Besitzer des Kraftfahrzeugs, von dem es erwor- ben werden soll, Nichteigentümer ist, so schadet diese Kenntnis dem A nicht. Da B beim Abschluß des Vertrages gutgläubig ist, erwirbt A Eigentum kraft guten Glaubens (§ 932 BGB).

(4) RG JW 1935, 2044 Nr. 9; RGZ 81, 433 ff. (436)

juristischen Person selbst, dann ist nicht einzusehen, weshalb die letztere nicht als "handlungsfähig" betrachtet werden sollte (1).

Wer allerdings als Voraussetzung der "Handlungsfähigkeit" einen "Willen" im natürlich-psychologischen Sinn oder eine wie auch immer geartete "Einsichtsfähigkeit" verlangt, für den wird durch die bisherigen Ausführungen nicht der Beweis für die "Handlungsfähigkeit" der juristischen Person erbracht sein. Eine solche Auffassung würde aber verkennen, daß man die juristische Person als eine künstliche, von Menschen geschaffene Einrichtung des Rechtslebens nicht mit den gleichen Maßstäben messen darf wie den Menschen selbst. Aus der Feststellung, daß der juristischen Person ein derartiger Wille sowie menschliche Einsichtsfähigkeit nicht zukommt (2), läßt sich nur der Schluß ziehen, daß sie eben kein Mensch ist, nicht jedoch die weitere Folgerung, daß ihr deshalb auch die "Handlungsfähigkeit" fehlt. Darüber, wer als "handlungsfähig" anzusehen ist, entscheidet letztlich die Rechtsordnung. Beim Menschen kann sie von dem Grundsatz ausgehen, daß dieser voll handlungsfähig ist, braucht also nur zu bestimmen, in welchen Fällen ihm - anknüpfend an bestimmte natürliche Gegebenheiten (Alter, körperliche oder geistige Gebrechen usw.) - die Handlungsfähigkeit ganz oder teilweise abzusprechen ist. Bei der juristischen Person dagegen geht es darum, ob diese überhaupt Zurechnungssubjekt sein kann. Das aber ist, wie oben dargelegt wurde (3), wegen der spezifischen Zurechnung des Organhandelns zu bejahen.

-
- (1) Vgl. Art. 54 schweizZGB : "Die juristischen Personen sind handlungsfähig, sobald die nach Gesetz und Statuten hierfür unentbehrlichen Organe bestellt sind." Die Handlungsfähigkeit bezeichnet "die Fähigkeit, durch seine Handlungen Rechte und Pflichten zu begründen" (Art. 12 schweizZGB).
- (2) Es soll in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich hervorgehoben werden, daß Eigenschaften und Fähigkeiten dieser Art nach der hier vertretenen Auffassung der juristischen Person nicht beigelegt werden können. Wer von dem "Willen" und der "Einsichtsfähigkeit" juristischer Personen spricht, verwendet entweder um der größeren Anschaulichkeit willen bewußt Begriffe, die nur für das menschliche Verhalten passen und den rechtlich komplizierteren Sachverhalt, wie er sich beim Handeln der juristischen Person darbietet, recht ungenau erfassen oder er fingiert unzulässigerweise eine den Rechtsbegriffen unterliegende Realität.
- (3) Vgl. oben S. 55 ff.

Juristische Personen haben deshalb als "handlungsfähig", mithin auch als geschäfts- und prozeßfähig zu gelten. Sie sind fähig, durch eigenes rechtsgeschäftliches Handeln Rechtswirkungen herbeizuführen sowie einen Prozeß zu führen und die hierzu erforderlichen Prozeßhandlungen selbst oder durch einen selbst bestellten Vertreter vorzunehmen. Die Handlungen ihrer Organe stehen dabei anstelle eigenen Handelns.

Das gegenüber der Zulässigkeit einer Bevollmächtigung juristischer Personen in erster Linie geäußerte Bedenken erweist sich damit als ungerechtfertigt; das Argument von der angeblichen Geschäfts- und Prozeßunfähigkeit der juristischen Person scheidet bei der weiteren Betrachtung aus.

V. Die Eignung der juristischen Person zum Vollmachtträger

Es ist jedoch denkbar, daß juristische Personen - trotz ihrer Geschäfts- und Prozeßfähigkeit - deshalb als Bevollmächtigte nicht in Betracht kommen, weil ihre besondere Beschaffenheit mit der Stellung als Vollmachtträger unvereinbar ist (1).

1. Sowohl bei der Bevollmächtigung zum rechtsgeschäftlichen Handeln als auch bei Erteilung prozessualer Vollmacht hat eine natürliche Person in Ausübung der Vollmacht zu handeln, also die entsprechenden Erklärungen gegenüber dem Geschäfts- bzw. Prozeßgegner oder dem Gericht abzugeben. Dieses Erfordernis ist aber auch dann erfüllt, wenn eine juristische Person bevollmächtigt ist. In einem solchen Fall handelt ein Mitglied des Organs, das nach den Organisationsregeln der betreffenden juristischen Person zu deren Vertretung berufen ist (2).

Richtig ist, daß damit die Bestimmung derjenigen natürlichen Person, die im konkreten Fall für den Vollmachtgeber auftritt, den satzungsmäßigen

(1) Vgl. oben S. 34 zu N. 4; S. 35 zu N. 1; S. 37

(2) Inwieweit neben Organmitgliedern auch sonstige natürliche Personen, die zur Vertretung der juristischen Person befugt sind, die Interessen des Vollmachtgebers durch Ausübung der Vollmacht wahrnehmen können, wird noch zu klären sein. S. unten S.

Vorschriften überlassen bleibt, daß diese Bestimmung also lediglich mittelbar erfolgt. Es trifft ferner auch zu, daß dann, wenn sich das zur Vertretung berufene Organ der betreffenden juristischen Person aus mehreren Mitgliedern zusammensetzt, nicht von vornherein klar ist, welches dieser Mitglieder für den Vollmachtgeber handeln wird. Beides jedoch spricht nicht gegen die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen. Wird diesen Vollmacht erteilt, dann ist damit sowohl für den Vollmachtgeber als auch für Dritte in ausreichender Weise klargestellt, wem Vertretungsmacht eingeräumt und wer im einzelnen zum Handeln berechtigt ist. Die jeweiligen zur Vertretung der juristischen Person befugten Organmitglieder, die für den Vollmachtgeber auftreten können, ergeben sich aus dem Handels- oder Vereinsregister. Diese Register einzusehen oder sich einen Registerauszug zu verschaffen, kann sowohl dem Vollmachtgeber, der eine juristische Person zu bevollmächtigen beabsichtigt, als auch dem Dritten, demgegenüber die Bevollmächtigte handelt, durchaus zugemutet werden. Aus der Tatsache, daß die Bestimmung der natürlichen Person, die auf Grund der Vollmacht zu handeln hat, hier nur mittelbar erfolgt, ergeben sich keine Gefahren für den Rechtsverkehr, die es rechtfertigen könnten, der juristischen Person die Eignung zum Vollmachtsträger abzusprechen (1) (2).

-
- (1) Vgl. auch dazu OLG Karlsruhe JW 1925, 2017 Nr. 5 m. zust. Anm. Heilbrunn
- (2) Auch im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens können sich insoweit aus der Bevollmächtigung einer juristischen Person keine Schwierigkeiten - etwa wegen der Frage der Zustellungen - ergeben. - Ist die juristische Person Prozeßbevollmächtigte, also zur Führung des Rechtsstreits insgesamt bestellt (§ 81 ZPO), so haben die Zustellungen an sie zu erfolgen (§ 176 ZPO). In entsprechender Anwendung von § 171 ZPO ist zuzustellen ihrem gesetzlichen Vertreter oder "Vorsteher"; sind mehrere vorhanden, so genügt die Zustellung an einen von ihnen (§ 171 III ZPO). Die Ersatzzustellung an einen im Geschäftslokal anwesenden Bediensteten ist zulässig (§ 184 I ZPO). Im Protokoll über die mündliche Verhandlung (§ 159 ZPO) und im Urteil (§ 313 ZPO) ist als Bevollmächtigte die juristische Person anzuführen, wobei im ersteren Falle hinzuzufügen ist, wer für sie - kraft gesetzlicher Vertretungsmacht oder auf Grund Einzelvollmacht - in der mündlichen Verhandlung auftritt, während im letzteren Fall angegeben werden muß, durch welches Organ sie vertreten wird.

2. Bei der juristischen Person können jederzeit einzelne oder alle für sie tätigen Organmitglieder ausscheiden sowie neue eintreten. Ein solcher Wechsel der zum Auftreten für den Vollmachtgeber berufenen natürlichen Personen ist geeignet, die notwendige Einheitlichkeit des Handelns zu beeinträchtigen. Die Nachteile, die daraus im Einzelfall für den Vollmachtgeber einmal erwachsen können, sollten jedoch nicht überschätzt werden. Man wird zwei Arten von Fällen zu unterscheiden haben.

Einmal kann einer juristischen Person Vollmacht zur Vornahme eines einzelnen Rechtsgeschäfts oder zur Bewirkung einzelner Prozeßhandlungen erteilt werden. Hier wird in der Regel die Zeitspanne, innerhalb derer die Vollmacht besteht, verhältnismäßig kurz sein. Sie erlischt nach Zweckerreichung, also mit Vornahme der entsprechenden Handlungen. In diesem Fall wird es nicht sehr häufig vorkommen, daß die Person des für den Vollmachtgeber auftretenden Organmitgliedes wechselt.

Zum anderen kann aber einer juristischen Person auch eine Vollmacht erteilt werden, die bestimmungsgemäß für längere Zeit bestehen bleiben soll, also etwa Vollmacht für bestimmte immer wiederkehrende Rechtsgeschäfte oder Prozeßvollmacht für einen Rechtsstreit, dessen Dauer von vornherein nicht abzuschätzen ist. In solchen Fällen muß eher mit einem Wechsel der Organmitglieder vor Erlöschen der Vollmacht gerechnet werden. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, daß eine Vollmacht der soeben bezeichneten Art, die also für eine längere Zeitspanne bestehen soll, meist nur einer juristischen Person erteilt werden wird, deren Geschäftszweck darauf gerichtet ist, die Angelegenheiten Dritter wahrzunehmen. Vor allem kommen hier, sieht man von den berufsständischen Organisationen und Interessenverbänden einmal ab, Treuhand- und Steuerberatungsgesellschaften in Betracht. Unternehmen dieser Art, die also laufend die Geschäfte Dritter führen, müssen in ihrem eigenen geschäftlichen Interesse in einem besonderen Maße auf eine größtmögliche Einheitlichkeit und Stetigkeit ihres Handelns bedacht sein. Das aber läßt sich nur erreichen, wenn ein häufiger Wechsel der Organmitglieder vermieden wird (1). Soweit aber dennoch ein solcher Wechsel vorkommen sollte, nimmt der Vollmachtgeber die Mängel, die sich daraus ergeben können, bewußt in Kauf; denn hiermit eventuell verbundene Nachteile werden durch die Vorteile, die für ihn die Bevollmächtigung einer juristischen Person mit sich bringt und von denen noch die Rede sein wird, ausgeglichen.

(1) Hierauf weist Ludewig, ZZP 52, 169 ff. (S. 170), mit Recht hin.

3. Für Ludewig (1) ist die entscheidende Frage die, ob die juristischen Personen, ihre Organe und Organmitglieder die genügende Freiheit und Selbständigkeit in ihren Entschlüssen und Handlungen haben, um - wie dies erforderlich ist - ausschließlich den Weisungen des Vollmachtgebers folgen zu können. Ausgehend hiervon und von der weiteren Frage, ob sich der besondere Zweck der betreffenden juristischen Person mit ihrer Bestellung zum Prozeßbevollmächtigten vertrage, kommt er zum Ergebnis, daß zwar die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Kommanditgesellschaft auf Aktien, nicht aber die Aktiengesellschaft bevollmächtigt werden könnten. Begründet wird dies mit dem Hinweis auf das sich aus den verschiedenartigen Organisationsformen ergebende unterschiedliche Maß an Freiheit und Selbständigkeit der zur Vertretung berufenen Organe.

Dem kann nicht gefolgt werden. Zunächst bestehen gegen die von Ludewig vorgeschlagene Art der Abgrenzung, wonach es im Ergebnis von der Rechtsform der betreffenden Gesellschaft abhängen soll, ob sie bevollmächtigt werden kann oder nicht, grundsätzliche Bedenken. Anhand dieses Kriteriums läßt sich nicht entscheiden, ob die jeweiligen Organmitglieder genügend frei und selbständig in ihren Entschlüssen und Entscheidungen sind. Für das Maß ihrer Bindung und Abhängigkeit geben nicht formaljuristische Gesichtspunkte, sondern vielmehr wirtschaftliche Gegebenheiten den Ausschlag. Daß aber wirtschaftliche Abhängigkeit von Dritten bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Kommanditgesellschaften auf Aktien seltener anzutreffen sei, oder, wenn sie vorhanden ist, in der Regel weniger stark ausgeprägt sei als bei Aktiengesellschaften, wird man nicht behaupten können.

Im übrigen stützt Ludewig seine Ausführungen, nach denen die Bindungen des Vorstands einer Aktiengesellschaft an Weisungen der Generalversammlung (jetzt : Hauptversammlung) und des Aufsichtsrats zu groß seien, als daß er frei und allein im Interesse des Vollmachtgebers handeln könne, auf das bis zum Jahre 1937 geltende Aktienrecht. Gerade insoweit ist jedoch mit dem am 1. 10. 1937 in Kraft getretenen Aktiengesetz vom 30. 1. 1937 eine Änderung des Rechtszustands eingetreten (2). Die Stel-

-
- (1) aaO. S. 171 f. - Ludewig behandelt nur die Frage, ob eine juristische Person zum Prozeßbevollmächtigten bestellt werden kann. Seine Ausführungen sind jedoch auch für die Zulässigkeit der Erteilung einer Vollmacht zum rechtsgeschäftlichen Handeln von Interesse.
- (2) Vgl. die Erläuterungen bei Schmidt-Meyer-Landrut in Großkomm. AktG, Einleitung vor § 1; Teichmann-Köhler, Einleitende Bemerkungen vor § 1

lung des Vorstands ist entscheidend verstärkt worden (§ 70 I AktG). Die Hauptversammlung kann in Fragen der Geschäftsführung bindende Anweisungen lediglich dann noch erteilen, wenn der Vorstand ihre Entscheidung anruft (§ 103 II AktG). Der Aufsichtsrat hat nur noch reine Überwachungsfunktionen (§ 95 I AktG). Von der Geschäftsführung ist er ausgeschlossen; auch die Satzung darf ihm keine Geschäftsführungsbefugnisse mehr übertragen (§ 95 V AktG gegenüber § 246 III HGB) (1). Damit aber lassen sich die von Ludewig gegen die Bevollmächtigung von Aktiengesellschaften geäußerten Bedenken bereits weitgehend zerstreuen.

Dieser vernachlässigt jedoch noch einen weiteren Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang berücksichtigt zu werden verdient. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß in der Praxis - neben berufsständischen Organisationen - vornehmlich Treuhand- und Steuerberatungsgesellschaften bevollmächtigt zu werden pflegen. Bei diesen Unternehmen ist der gesamte Geschäftszweck gerade darauf gerichtet, die Interessen Dritter wahrzunehmen. Der unternehmerische Erfolg und damit der zu erzielende Ertrag hängen deshalb davon ab, ob die übertragenen Aufgaben zur Zufriedenheit der Auftraggeber gelöst, d.h. aber deren Interessen sorgfältig und zweckentsprechend vertreten werden. Damit aber ist bereits eine ausreichende Gewähr dafür gegeben, daß die Organe derartiger Gesellschaften keinen Bindungen unterworfen und Einflüssen ausgesetzt werden, die ihnen die Erfüllung der gegenüber den Auftraggebern übernommenen Aufgaben und Verpflichtungen in spürbarem Maße erschweren. Hier wird besonders darauf geachtet, daß die der Gesellschaft von Dritten übertragenen Angelegenheiten so sachgemäß wie irgend möglich erledigt werden, jedenfalls aber wird alles unterlassen, was die Erfüllung dieser Aufgaben behindern und damit im Ergebnis den Ertrag des Unternehmens schmälern würde (2).

(1) Zum früheren Rechtszustand vgl. vor allem Staub-Pinner, § 246 Anm. 10

(2) Von den standesrechtlichen Regeln, die es insbes. den Organen von Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften verwehren, sich zu Instrumenten außenstehender Dritter machen zu lassen, soll in diesem Zusammenhang ganz abgesehen werden.

Vgl. dazu §§ 22, 30 des Steuerberatungsgesetzes vom 16. 8. 1961 (BGBl. I, 1301) und §§ 43, 56 der Wirtschaftsprüferordnung vom 24. 7. 1961 (BGBl. I, 1049).

Der Vollmachtgeber ist in seiner Wahl des Bevollmächtigten völlig frei. Entschließt er sich also aus freien Stücken und auf Grund besonderen Vertrauens dazu, eine juristische Person zu bevollmächtigen, so wird er dafür meist seine wohlerwogenen Gründe haben. In der Tat bringt die Vollmachterteilung an eine juristische Person für ihn nicht zu unterschätzende Vorteile mit sich. Zu denken ist hierbei an die besonderen beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen, über die derartige Gesellschaften deshalb verfügen können, weil sie sich nach dem Prinzip der Aufgaben- und Arbeitsteilung das Wissen und Können einer Vielzahl von Personen, das diese sich infolge dauernder Beschäftigung mit bestimmten Wissens- und Arbeitsgebieten angeeignet haben, zunutze machen (1). Hinzu kommt der Gesichtspunkt der Kontinuität.

Mögen auch die Organmitglieder oder diejenigen natürlichen Personen, die mit der Bearbeitung der Angelegenheit im einzelnen betraut werden, wechseln, so bleibt doch die Bevollmächtigte selbst, die juristische Person, die gleiche. Krankheit oder Tod eines Organmitglieds oder Sachbearbeiters können zwar für eine gewisse Zeitspanne die Vornahme der Vertretungshandlungen behindern, haben jedoch auf den Fortbestand der Vollmacht keinen Einfluß. Daß die juristische Person ihre Tätigkeit infolge von Liquidation oder Konkurs ganz einstellt, wird gerade bei den erwähnten Gesellschaften, die vorwiegend bevollmächtigt zu werden pflegen, außerordentlich selten sein. Nicht zuletzt aber ist für den Vollmachtgeber bei der Wahl einer juristischen Person zum Bevollmächtigten die Frage der Haftung von nicht zu unterschätzender Bedeutung (2).

Der Bevollmächtigte ist dem Vollmachtgeber für jedes schädigende Verhalten zum Schadensersatz verpflichtet, sei es auf Grund der zwischen beiden bestehenden schuldrechtlichen Beziehungen, sei es aus dem Gesichtspunkt der unerlaubten Handlung. Diese Haftung des Bevollmächtigten für den von ihm dem Vollmachtgeber zugefügten Schaden bleibt jedoch dann weitgehend theoretischer Natur, wenn sein Vermögen nicht ausreicht, um den entstandenen Schaden zu ersetzen (3). Die sich daraus

(1) Hein, ZHR 1929, S. 194 ff. (196)

(2) Vgl. hierzu ausführlicher den dritten Teil dieser Arbeit

(3) Das gilt auch dann, wenn berücksichtigt wird, daß heute für Fälle dieser Art meist Haftpflichtversicherungen einspringen. Die Versicherung erfüllt ihren Zweck nur, wenn die vertraglich vereinbarte Deckungssumme genügend hoch ist, um daraus den gesamten Schaden ersetzen können. Dies wird bei juristischen Personen, bei denen wegen des Umfangs ihrer Geschäftstätigkeit das Risiko, Schadensersatzansprüchen ihrer Auftraggeber ausgesetzt zu werden, erheblich größer ist, jedenfalls im Regelfall eher zutreffen als bei natürlichen Personen.

ergebende Gefahr wird in der Regel bei Bevollmächtigung natürlicher Personen wesentlich größer sein als bei juristischen Personen; den Letzteren stehen meist größere Vermögenswerte zur Verfügung, aus denen sich der Vollmachtgeber im Regreßwege befriedigen kann (1).

Betrachtet man diese Vorteile, die sich für den Vollmachtgeber aus der Bevollmächtigung einer juristischen Person ergeben, und wägt diese gegen die möglicherweise damit verbundenen Nachteile ab, dann erscheint es - auch bei Berücksichtigung der Interessen des Geschäfts- bzw. Prozeßgegners und der Allgemeinheit - nicht gerechtfertigt, die Zulässigkeit der Bevollmächtigung juristischer Personen zu verneinen. Man hat es dem Vollmachtgeber zu überlassen, ob er bei der Wahl seines Bevollmächtigten einer natürlichen oder einer juristischen Person den Vorzug geben will.

4. Diese Arbeit befaßt sich nicht mit der Frage, ob eine juristische Person zum gesetzlichen Vertreter oder zum Verwalter von Vermögensmassen bestellt werden kann. Die vielfachen Besonderheiten und Problemstellungen, die sich dort angesichts des bereits erwähnten "Fürsorgecharakters" der gesetzlichen Vertretung (2) sowie auf Grund einer Reihe von Sondervorschriften ergeben, können hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Problem und den Ansichten, die von Rechtsprechung und Lehre hierzu vorgetragen worden sind, muß daher verzichtet werden. Aus den Ergebnissen, zu denen Wissenschaft und Praxis bei der Erörterung dieser Frage übereinstimmend gelangt sind (3), lassen sich jedoch einige Grundsätze ableiten, die auch für das hier zu untersuchende Problem Beachtung verdienen.

Die juristische Person kann nach ganz h.M. weder zum Vormund noch zum Pfleger, sofern Rechtsgrund der Pflegschaft die Verhinderung von Eltern oder Vormund ist, bestellt werden (4). Umstritten ist, ob sie Kon-

-
- (1) Man denke an den Fall der Vertretung gegenüber Finanzbehörden und -gerichten (§§ 107, 254 AbgO). Fehlerhaftes oder unsachgemäßes Verhalten des Bevollmächtigten kann hier sehr oft einen Schaden verursachen, der in die Millionen geht.
- (2) Vgl. oben S. 53
- (3) Vgl. die Übersicht bei Bondi, ZHR 1929, 34 ff.
- (4) Bondi, ZHR 1929, 34 ff. (38); Müller-Freienfels, S. 63 N. 60

kursverwalter sein kann. Die h.M. (1) verneint dies wegen des angeblichen Fehlens der Prozeßfähigkeit, sodann aber auch deshalb, weil die Vorschriften der Konkursordnung von einem persönlich die Verhandlungen führenden und verantwortlichen Verwalter ausgehen, die juristische Person diese Voraussetzungen über nicht erfülle. Staudinger-Coing (2) weisen demgegenüber jedoch darauf hin, daß die Bestellung einer juristischen Person möglicherweise zwar infolge der sich aus ihrer Organisation ergebenden geringeren Wendigkeit im Handeln unzweckmäßig sei, jedoch kaum als unzulässig angesehen werden könne (3). Dagegen hält man allgemein die Ernennung juristischer Personen zum Testamentsvollstrecker (4) und Nachlaßverwalter (5) sowie zum Liquidator (6) für möglich. Auch gegen die Übertragung rein vermögensrechtlicher Pflögschaften auf juristische Personen werden keine Bedenken erhoben (7).

-
- (1) Jaeger-Weber, § 78 Anm. 7 mit weiteren Nachweisen. Neuerdings Skrotzki, KTS 1961, 145 ff.
Auch zum Vergleichsverwalter können juristische Personen nach h. M. nicht bestellt werden; dazu Bley, § 38 Anm. 10.
- (2) Randnote 26 Einl. vor § 21 mit weiteren Angaben
- (3) Vgl. auch Bondi, ZHR 1929, 34 ff. (38)
- (4) RGR Komm., § 2197 Anm. 4; Soergel-Siebert, Randnote 2 zu § 2197; Staudinger-Dittmann, Randnote 16 zu § 2197; Kipp-Coing, § 67 I 8 (S. 285)
- (5) Das ergibt sich bereits daraus, daß der Testamentsvollstrecker auch zum Nachlaßverwalter ernannt werden kann. Vgl. RGR Komm., § 1981 Anm. 5; Staudinger-Lehmann, Randnote 18 zu § 1981
- (6) Die Frage war lange Zeit außerordentlich umstritten; vgl. Bondi, ZHR 1929, 34 ff. (36). Heute wird die Bestellung einer juristischen Person zum Liquidator ganz allgemein für zulässig gehalten. Vgl. OLG Karlsruhe, JW 1925, 2017 m. zust. Anm. Heilbrunn; OLG Karlsruhe JW 1925, 2338 m. zust. Anm. Hoeniger; KG JW 1930, 1410 m. abl. Anm. Brodmann; Baumbach-Duden, § 146 Anm. 3; Baumbach-Hueck, GmbHG, § 66 Anm. 2 C; Düringer-Hachenburg, § 146 Anm. 10; Geßler-Hefermehl, § 146 Anm. 2; Hachenburg, § 66 Anm. 2; Weipert, § 146 Anm. 4, 35. Für die Abwicklung von Aktiengesellschaften vgl. § 206 I 2 AktG.
- (7) Müller-Freienfels, S. 63 N. 60. Wegen weiterer Fälle, in denen darüber gestritten worden ist, ob die juristische Person zum Vertreter bzw. Verwalter bestellt werden kann, vgl. Bondi, ZHR 1929, 34 ff.

Versucht man zu bestimmen, weshalb in dem einen Fall die Bestellung juristischer Personen zum gesetzlichen Vertreter bzw. Verwalter zulässig, in dem anderen dagegen unzulässig sein soll, dann ergibt sich folgendes :

Überall dort, wo es, etwa wegen des Einschlags familienrechtlicher Beziehungen, in ganz besonderem Maße auf die persönlichen Qualitäten eines bestimmten Menschen ankommt und deshalb die mit der betreffenden Vertreter- oder Verwalterstellung verbundenen Aufgaben und Funktionen nicht ohne weiteres auf eine andere Person weiterübertragen werden dürfen, scheidet die juristische Person als Vertreter aus. Außerdem stößt ihre Bestellung zum gesetzlichen Vertreter oder Verwalter dort auf Bedenken, wo - wie im Falle des Konkurs- und Vergleichsverwalters - besondere Schnelligkeit und Wendigkeit des Handelns erforderlich sind, die bei der juristischen Person wegen ihrer organisationsmäßigen Bindungen nicht immer vorhanden sein werden.

Zieht man diese beiden Kriterien nun zur Beantwortung der hier interessierenden Frage, ob juristische Personen zur Vornahme von Rechtsgeschäften und Prozeßhandlungen bevollmächtigt werden können, heran, dann zeigt sich, daß auch unter Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte die Bevollmächtigung juristischer Personen zuzulassen ist (1).

Die Rechte des Bevollmächtigten und des Prozeßbevollmächtigten sind keine "höchstpersönlichen" in dem Sinne, daß diese ihre Aufgaben und Funktionen nicht zumindest teilweise auf einen Dritten übertragen könn-

-
- (1) Eine Ausnahme ist mit der h. M. hinsichtlich der Prokuraerteilung zu machen. Zum Prokuristen kann eine juristische Person nicht bestellt werden. Dem steht einmal die Vorschrift des § 52 II HGB entgegen; zum anderen und vor allem aber beruht die Prokuraerteilung auf einem besonders starken persönlichen Vertrauensverhältnis, wie es sich nur zwischen Menschen, nicht jedoch zu einem unpersönlichen Gebilde wie der juristischen Person entwickeln kann. Vgl. Baumbach-Duden, § 48 Anm. 2 B; Schlegelberger-Hildebrandt, § 48 Anm. 4; Würdinger, § 48 Anm. 6; Bondi, ZHR 1929, 34 ff. (35). Handlungsvollmacht (§§ 54 ff. HGB), die mit Zustimmung des Prinzipals übertragbar ist (§ 58 HGB), kann dagegen einer juristischen Person erteilt werden. Vgl. etwa Würdinger, § 54 Anm. 9; a. A. Baumbach-Duden, § 54 Anm. 2 B

ten. Dem zum rechtsgeschäftlichen Handeln Bevollmächtigten ist die Substitution nicht grundsätzlich untersagt (1), dem Prozeßbevollmächtigten sogar kraft Gesetzes ausdrücklich gestattet (81 ZPO) (2).

Auch der Prozeßbevollmächtigte muß allerdings - insoweit dem Konkursverwalter ähnlich - in seinen Entschließungen und Handlungen schnell und wendig sein, um diese den Erfordernissen der jeweiligen Verfahrenssituation anpassen zu können. Bei der juristischen Person können jedoch ihre Organisations- und Vertretungsregeln eine gewisse Schwerfälligkeit in der Beschlußfassung mit sich bringen (3). Soweit sich daraus die Gefahr der Verzögerung des Prozeßablaufs ergibt, rechtfertigt es dieser Umstand aber nicht, die Zulässigkeit der Bestellung juristischer Personen zum Prozeßbevollmächtigten zu verneinen; denn das Gericht hat die Möglichkeit, dem durch geeignete Maßnahmen, etwa durch Bestimmung von Ausschlußfristen für die Vornahme von Prozeßhandlungen, durch Auferlegung von Gerichtsgebühren bei Verschleppung (§ 47 GKG) sowie durch Verurteilung zur Kostentragung bei grobem Verschulden (§ 102 ZPO) entgegenzuwirken. Der Vollmachtgeber selbst, dessen Interessen durch den aufgezeigten Mangel am ehesten berührt werden können, nimmt im Hinblick auf die bereits erwähnten Vorteile, die für ihn mit der Bevollmächtigung einer juristischen Person verbunden sind, einen solchen Mangel bewußt in Kauf (3). Auch bei Berücksichtigung dieses Umstandes besteht deshalb kein Anlaß, die Vollmachterteilung an eine juristische Person für unzulässig zu erklären.

Das Ergebnis der vorstehenden Untersuchung ist somit, daß juristische Personen zur Vornahme sowohl von rechtsgeschäftlichen als auch von prozesualen Handlungen bevollmächtigt werden können. Sie sind - kraft organ-

(1) Vgl. im einzelnen Staudinger-Coing, Randnote 29 zu § 167 BGB

(2) Wegen der Einschränkungen vgl. Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 81 Anm. V

(3) Diejenigen juristischen Personen, die vorwiegend für eine Bevollmächtigung in Frage kommen, also Treuhandgesellschaften und berufsständische Verbände, pflegen jedoch durch entsprechende Gestaltung ihrer Satzungsbestimmungen sowie ihrer sonstigen inneren Organisation hier weitgehend Abhilfe zu schaffen.

(4) Oft wird der Vollmachtgeber die Bindungen, die die Verfassungs- und Organisationsbestimmungen der juristischen Person enthalten - etwa die dort angeordnete Gesamtvertretung -, nicht einmal als einen Nachteil empfinden; denn diese schützen ihn vor übereilten Entschließungen und vorschnellem Handeln.

schaftlicher Zurechnung - als geschäfts- und prozeßfähig anzusehen; von der Handlungsseite her bestehen daher gegen ihre Bevollmächtigung überhaupt keine Bedenken. Auch sind sie als Vollmachtsträger geeignet; die sich aus ihrer inneren Struktur, insbesondere aus den zum Zwecke der Zurechnung vorhandenen Organisationsregeln ergebenden Besonderheiten schließen es nicht aus, daß ihnen Vollmacht erteilt werden kann (1).

VI. Die prozessuale Bevollmächtigung juristischer Personen in besonderen behördlichen und gerichtlichen Verfahren

Die bisherige Untersuchung gelangte zu dem Ergebnis, daß die Erteilung prozessualer Vollmacht an juristische Personen zulässig ist. Sie stützte sich hierbei auf die Vorschriften und Grundsätze des Zivilprozeßrechts. Deshalb kann dieses Ergebnis zunächst auch nur für den Zivilprozeß Geltung beanspruchen; ob es auch für andere behördliche und gerichtliche Verfahren zutrifft, muß noch festgestellt werden.

1. Im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie in den Verfahren vor Verwaltungs- und Finanzbehörden sowie Verwaltungs- und Finanzgerichten tauchen bei der Beantwortung der Frage nach dem bisher Dargelegten keine besonderen Schwierigkeiten auf.

a) Nach § 13 FGG können sich die Beteiligten im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Wer bevollmächtigt werden kann, bestimmen die Vorschriften des FGG nicht. Nach allgemeiner Ansicht soll jedoch die Vollmachterteilung an eine juristische Person unzulässig sein (2); sie könne nur dahin ausgelegt werden,

(1) Die aus dem Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz (RBerG) folgenden Beschränkungen der Vertretungstätigkeit berühren nicht die Wirksamkeit der Bevollmächtigung, betreffen vielmehr ausschließlich die Ausübung der Vollmacht. Dazu Näheres im dritten Teil dieser Arbeit.

(2) Baur, § 15 A III 1 N. 12 (S. 156); Keidel, § 13. Anm. 3b; Jansen, § 13 Anm. 5

daß die zu ihrer Vertretung berufene natürliche Person als bevollmächtigt anzusehen sei (1). Dem kann nicht gefolgt werden. Soweit diese Auffassung davon ausgeht, juristische Personen seien weder geschäfts- noch prozeßfähig (2) und deshalb sei ihre Bevollmächtigung ausgeschlossen, ist auf das oben Ausgeführte zu verweisen. Besondere Gründe, die es verbieten könnten, juristische Personen im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit als Bevollmächtigte zuzulassen, sind nicht ersichtlich.

b) Für das in der Verwaltungsgerichtsordnung geregelte Verfahren vor Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten hält die ganz h. M. eine Bevollmächtigung juristischer Personen für unzulässig, und zwar ebenfalls mit der Begründung, diesen fehle die Prozeßfähigkeit (3). Dem ist neuerdings Noack (4) entgegengetreten. Er meint, im Verwaltungsprozeß brauche der Bevollmächtigte nicht prozeßfähig zu sein. § 67 II VwGO fordere keine besondere Qualifikation des Prozeßbevollmächtigten. Die Vorschrift des § 79 ZPO sei nicht entsprechend anzuwenden; denn die Frage müsse als in § 67 II VwGO abschließend, und zwar abweichend von § 79 ZPO geregelt angesehen werden (§ 173 VwGO). Soweit behauptet wird, § 67 II 3 VwGO zeige, daß nur natürliche Personen bevollmächtigt werden könnten (5), übersehe man, daß diese Vorschrift nur das "Auftreten" vor Gericht betreffe. Noack kommt deshalb zu dem Schluß, daß keine Beden-

-
- (1) Keidel, § 13 Anm. 3 b; Schlegelberger, § 13 Anm. 18; BGH LM Nr. 4 zu § 12 LVO.
 - (2) Man streitet darüber, ob auch beschränkt Geschäftsfähige (entsprechend § 165 BGB) bevollmächtigt werden können (so die h. M.; vgl. Keidel, § 13 Anm. 36; Schlegelberger, § 13 Anm. 18; KG KGJ 35 A 223) oder ob der Bevollmächtigte (entsprechend § 79 ZPO) prozeßfähig sein muß (so Baur, § 15 A III 1; Lent-Habscheid, § 17 II 2 b). Die Frage hat hier keine Bedeutung. Juristische Personen sind entweder geschäfts- und prozeßunfähig oder man spricht ihnen die volle Geschäfts- und Prozeßfähigkeit zu.
 - (3) Eyermann-Fröhler, § 67 Anm. 10, 11; Klinger, § 67 Anm. C 2 b; Koehler, § 67 Anm. III 3, 10; OVG Berlin DÖV 1953, 309. Vgl. auch Ule, S. 66 f.; Schäfer, DVBl. 1961, 539 ff. (541)
 - (4) DVBl. 1962, 850 ff.
 - (5) So Redeker- von Oertzen, § 67 Anm. 11

ken dagegen bestünden, im Verfahren der VwGO auch juristische Personen (1) als Prozeßbevollmächtigte zuzulassen. Dem ist im Ergebnis beizutreten. Ob allerdings, wie Noack annimmt, hier völlig auf das Erfordernis der Prozeßfähigkeit des Bevollmächtigten verzichtet werden kann, muß zweifelhaft sein. Es ist wohl davon auszugehen, daß es sich bei der Prozeßfähigkeit um eine für jedes gerichtliche Verfahren notwendige Qualifikation des Bevollmächtigten handelt, auch wenn im Einzelfall die Verfahrensbestimmungen dies nicht ausdrücklich hervorheben. Die hiermit berührte Frage braucht im Zusammenhang dieser Untersuchung jedoch nicht erörtert zu werden; denn nach der hier vertretenen Ansicht sind juristische Personen prozeßfähig (2). Bedenken gegen die Zulässigkeit ihrer Bevollmächtigung bestehen deshalb nicht (3).

c) Auch im Verfahren gegenüber Finanzbehörden und Finanzgerichten kann juristischen Personen prozessuale Vertretungsmacht (§§ 107, 254 AbgO) erteilt werden. Das ist hier - im Hinblick auf die oft mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Steuerberatungsgesellschaften - völlig unbestritten (4) und entspricht der ständigen Praxis (5).

-
- (1) Noack, aaO. geht sogar noch weiter und meint, auch Behörden könnte, obwohl ihnen keine eigene Rechtspersönlichkeit zukomme, Vollmacht erteilt werden. Er stützt dies auf die weitgehend selbständige funktionelle Stellung, die ihnen im öffentlichen Recht eingeräumt sei. Es ist in der Tat nicht recht ersichtlich, weshalb eine Behörde eine andere soll gesetzlich vertreten können, ihr aber gleichzeitig die Fähigkeit fehlen soll, bevollmächtigt zu werden.
 - (2) § 62 I Nr. 1 VwGO bestätigt ausdrücklich, daß die Prozeßfähigkeit sich nach der Geschäftsfähigkeit des bürgerlichen Rechts richtet. Sind danach aber juristische Personen als geschäftsfähig anzusehen, so kommt ihnen auch die Prozeßfähigkeit i. S. d. § 62 VwGO zu. § 62 II VwGO besagt demgegenüber nichts weiter, als daß anstelle der juristischen Person ihre Organe zu handeln haben.
 - (3) Wegen der praktischen Konsequenzen, insbesondere für die Frage der Zustellungen, vgl. Noack, aaO. S. 850 f.
 - (4) Becker-Riewald-Koch, § 107 Anm. 1 (5)
 - (5) Zu beachten ist allerdings, daß in Steuersachen nur derjenige sich eines Bevollmächtigten bedienen kann, der "durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, Pflichten zu erfüllen, die ihm im Interesse der Besteuerung obliegen, oder Rechte wahrzunehmen, die ihm nach den Steuergesetzen zustehen" (§ 107 I AbgO). Eine "Verhinderung" im Sinne dieser Vorschrift liegt jedoch bereits dann vor, wenn der Steuerpflichtige infolge geschäftlicher Unerfahrenheit oder Überbelastung mit anderen Pflichten entweder nicht in der Lage ist, die Angelegenheit selbst wahrzunehmen, oder ihm dies nicht zugemutet werden kann. Im einzelnen vgl. Kühn, § 107 Anm. 2

2. Für das arbeitsgerichtliche Verfahren bringt die Vorschrift des § 11 ArbGG, die die Prozeßvertretung abweichend von den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung regelt, eine Reihe von Zweifelsfragen mit sich.

a) Nach § 11 I ArbGG können die Parteien den Rechtsstreit in erster Instanz selbst führen oder sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Als solche sind Verbandsvertreter und - in beschränktem Maße - Rechtsanwälte zugelassen. Dies deutet, hält man sich allein an den Wortlaut dieser Vorschrift, darauf hin, daß eine Vertretung ausschließlich durch Angehörige einer dieser beiden Personengruppen möglich sei. Dem Sinn der Bestimmung würde ein solches Ergebnis jedoch nicht gerecht. § 11 I ArbGG will kein Vertretungsmonopol für Verbandsvertreter schaffen. Wie sich aus § 11 III ArbGG ergibt, entfällt bei den Vertretern der in der Vorschrift genannten Organisationen lediglich die Prüfung, ob sie die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten vor Gericht geschäftsmäßig betreiben (§ 157 I ZPO). In dieser Privilegierung gegenüber anderen Personen erschöpft sich die Bedeutung, die der Aufführung der Verbandsvertreter in § 11 I ArbGG zukommt (1).

Daraus aber folgt, daß im Verfahren erster Instanz - neben den Vertretern von Verbänden sowie Rechtsanwälten - jede prozeßfähige Person bevollmächtigt werden kann (2). Da aber, wie festgestellt worden ist, auch juristische Personen prozeßfähig sind (3), können deshalb gegen die Zulässigkeit ihrer Bevollmächtigung keine Bedenken erhoben werden.

Verfehlt ist es insbesondere, wenn man den juristischen Personen im erstinstanzlichen Verfahren vor den Arbeitsgerichten die Postulationsfähigkeit abspricht und sie aus diesem Grunde nicht als Bevollmächtigte zulassen

-
- (1) Eine Parallele hierzu findet sich in § 12 MSchG, wonach sich die Parteien im Mietaufhebungstreit durch Beauftragte anerkannter Hausbesitzer- und Mietervereinigungen vertreten lassen können. Vertreter dieser Vereinigungen können ebenfalls nicht nach § 157 I ZPO ausgeschlossen werden.
- (2) So besonders deutlich Dietz-Nikisch, § 11 Anm. 7, 27 ff.; vgl. auch Dersch-Volkmar, § 11 Anm. 4, 18.
- (3) A. A. Dietz-Nikisch, § 11 Anm. 30; Dersch-Volkmar, § 11 Anm. 4, 19

will (1). Postulationsfähig ist, wer "dem prozessualen Handeln die rechtserhebliche Erscheinungsform zu geben" (2) vermag. Besteht aber nach § 11 I ArbGG kein Vertretungszwang, kann die prozeßfähige Partei also entweder den Prozeß selbst führen oder sich durch jede andere prozeßfähige Person vertreten lassen, dann taucht die Frage der Postulationsfähigkeit hier überhaupt nicht auf; denn danach ist jeder Prozeßfähige gleichzeitig auch postulationsfähig, also in der Lage, seinem Willen oder dem Willen seines Vollmachtgebers prozeßrechtlich wirksam Ausdruck zu geben (3).

b) Etwas anderes gilt für das arbeitsgerichtliche Verfahren in zweiter und dritter Instanz (§ 11 II ArbGG). Hier besteht Vertretungszwang; die Parteien müssen sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen, und zwar vor dem Landesarbeitsgericht entweder durch Rechtsanwälte oder durch Vertreter bestimmter in der Vorschrift näher bezeichneter Verbände und vor dem Bundesarbeitsgericht ausschließlich durch Rechtsanwälte. Nur diesen Personen erkennt das Gesetz die Postulationsfähigkeit zu. Hier taucht deshalb die Frage auf, ob juristische Personen, ungeachtet des Umstandes, daß sie in diesem Verfahrensabschnitt nicht postulationsfähig sind (4), gleichwohl wirksam bevollmächtigt werden können. Das ist zu

(1) So aber Huber, NJW 1956, 780

(2) Rosenberg, Lehrbuch, § 44 I 2 (S. 191); ebenso BAG NJW 1955, 476

(3) Eine Einschränkung ergibt sich aus § 157 ZPO. Wer, ohne Rechtsanwalt zu sein, die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten vor Gericht geschäftsmäßig betreibt, ist als Bevollmächtigter in der mündlichen Verhandlung ausgeschlossen (§ 157 I ZPO). Ihm fehlt die Postulationsfähigkeit zum Auftreten in der mündlichen Verhandlung. Die Verbandsvertreter sind insoweit, wie bereits ausgeführt, im arbeitsgerichtlichen Verfahren privilegiert (§ 11 III ArbGG). Treten sie in der mündlichen Verhandlung auf, so entfällt bei ihnen die Prüfung, ob sie fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgen. Damit ist ihnen jedoch keine ausschließliche, sondern lediglich eine in diesem Sinne erweiterte Postulationsfähigkeit verliehen.

(4) Eine juristische Person kann nicht Rechtsanwalt sein; das bedarf keiner näheren Erläuterung. Als "Vertreter" eines der in § 11 II ArbGG genannten Verbände könnte sie dagegen in Betracht kommen; vgl. dazu die lehrreiche Entscheidung des LAG Hannover vom 26. 11. 1951, AP 1952, Nr. 242 m. Anm. Molitor. Unter Verbandsvertretern i. S. d. § 11 II ArbGG versteht das Gesetz jedoch nur natürliche Personen.

bejahen. Die Postulationsfähigkeit ist Voraussetzung prozessual wirksamen Handelns, nicht jedoch der Gültigkeit der Vollmacht (1). Die einem Postulationsunfähigen, hier also die einer Person außerhalb des Kreises der in § 11 II ArbGG Genannten, erteilte Vollmacht ist daher nicht unwirksam; lediglich die Ausübung der Vollmacht ist teilweise, jedoch auch nicht vollständig gehemmt. Zur wirksamen Vornahme solcher Prozeßhandlungen, auf die sich der Vertretungszwang nicht erstreckt, ist auch der ansonsten Postulationsunfähige in der Lage. Das ergibt sich aus § 78 II ZPO, wonach der Anwaltszwang weder für das Verfahren vor dem beauftragten oder ersuchten Richter noch für solche Prozeßhandlungen gilt, die vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vorgenommen werden können. § 11 ArbGG enthält nun allerdings keinen Hinweis darauf, daß die Vorschrift des § 78 II ZPO auch im Verfahren vor den Arbeitsgerichten zu beachten sei. Man wird aber gleichwohl § 78 II ZPO für entsprechend anwendbar halten müssen; denn es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß der Vertretungszwang vor den Arbeitsgerichten zweiter und dritter Instanz insoweit strenger sein soll als im Verfahren vor den Landgerichten und den diesen übergeordneten Gerichten (2).

Die Postulationsunfähigkeit ist mithin auf Grund der ihm erteilten Vollmacht zur Vornahme einer ganzen Reihe für den Prozeß relevanter Handlungen befugt (3). Insbesondere kann er einem Dritten, in dessen Person die Voraussetzungen der Postulationsfähigkeit gegeben sind, Prozeßvollmacht erteilen (4).

-
- (1) So mit besonderer Klarheit Rosenberg, Stellvertretung, S. 647.
 - (2) Dersch-Volkmar, § 11 Anm. 19; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 78 Anm. VII A 6; einschränkend Dietz-Nikisch, § 11 Anm. 99; unklar RAG ArbRspr. 1930, 249 ff.
 - (3) Hierzu gehören nicht nur die in § 78 II ZPO aufgeführten Prozeßhandlungen. Der Bevollmächtigte, dem die Postulationsfähigkeit fehlt - weil er weder Anwalt noch Verbandsvertreter i. S. d. § 11 II ArbGG ist -, kann auch Prozeßhandlungen wirksam entgegennehmen, insbesondere kann ihm mit Wirksamkeit zugestellt werden; vgl. Rosenberg, Stellvertretung, S. 657 f.; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 176 Anm. III 1; a. A. RAG 4, 341 ff. (344), das aber die infolge Postulationsunfähigkeit eintretende Unwirksamkeit von Vertreterhandlungen mit der ganz anderen Frage nach dem Bestande der Prozeßvollmacht vermengt.
 - (4) Rosenberg, Stellvertretung, S. 664 f., 656 ff. legt überzeugend dar, daß die gegenteilige Auffassung weder eine Stütze im Gesetz findet noch dem Willen des Vollmachtgebers und den praktischen Bedürfnissen gerecht wird. Vgl. auch Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 Anm. II 4 und die dort bei N. 12 Genannten; a. A. RG JW 1926, 2574, das die einem Postulationsunfähigen erteilte Vollmacht als ungültig betrachtet.

Daraus ergibt sich aber, daß die prozessuale Bevollmächtigung eines Postulationsunfähigen - anders als diejenige eines Prozeßunfähigen - keineswegs sinnlos ist, da der Zweck der Vollmachterteilung in diesem Falle durchaus erreicht werden kann.

Als Ergebnis ist deshalb festzuhalten, daß auch die einer juristischen Person zur prozessualen Vertretung im arbeitsgerichtlichen Verfahren zweiter und dritter Instanz erteilte Vollmacht als wirksam angesehen werden muß (1).

3. Im sozialgerichtlichen Verfahren gilt im wesentlichen das für das Verfahren vor den Arbeitsgerichten bereits Ausgeführte.

In erster und zweiter Instanz können die Beteiligten den Rechtsstreit selbst führen oder sich durch jeden Prozeßfähigen (2), also auch durch eine juristische Person, vertreten lassen (§ 73 SGG). Auch hier sind Verbandsvertreter, also Mitglieder und Angestellte der in § 73 SGG näher angeführten Organisationen insoweit privilegiert, als diese auch bei geschäftsmäßiger Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten (§ 157 I ZPO) zur Vornahme von Vertretungshandlungen befugt sind.

Im Verfahren vor dem Bundessozialgericht besteht dagegen Vertretungszwang (§ 166 SGG). Die Beteiligten müssen sich eines Verbandsvertreters oder eines Rechtsanwaltes als Prozeßbevollmächtigten bedienen. Die Bevollmächtigung einer juristischen Person ist jedoch auch in diesem Verfahrensabschnitt wirksam; lediglich die Ausübung der ihr erteilten Vollmacht ist hinsichtlich derjenigen Prozeßhandlungen, auf die sich der Vertretungszwang erstreckt, gehemmt. Insoweit kann auf das für das arbeitsgerichtliche Verfahren zweiter und dritter Instanz Dargelegte verwiesen werden.

- (1) Hier wird man allerdings sorgfältig zu prüfen haben, ob die Bevollmächtigung einer juristischen Person dahin auszulegen ist, daß der jeweilige zu ihrer Vertretung Berufene Vollmacht erhalten soll. Zu einer solchen Prüfung besteht vor allem dann Anlaß, wenn der betreffenden natürlichen Person die Postulationsfähigkeit, die dem Verbands selbst fehlt, zukommt.
- (2) Nach § 71 I SGG ist ein Beteiligter prozeßfähig, "soweit er sich durch Verträge verpflichten kann." Es wird also - ebenso wie in § 52 ZPO - auf die bürgerlich-rechtliche Geschäftsfähigkeit verwiesen. Da juristische Personen, wie dargelegt, als geschäftsfähig angesehen werden müssen, sind sie auch prozeßfähig i. S. d. § 71 SGG (a. A. Hofmann-Schroeter, § 73 Anm. 1 ohne jede Begründung). § 71 III SGG umschreibt demgegenüber nur eine Selbstverständlichkeit: juristische Personen handeln durch ihre Organe bzw. Organmitglieder.

3. Teil;

Die Ausübung der einer juristischen Person erteilten Vollmacht - Die Haftung der juristischen Person aus ihrer Vertretertätigkeit

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß juristische Personen sowohl zum rechtsgeschäftlichen als auch zum prozessualen Handeln bevollmächtigt werden können. Damit ist die eingangs dieser Arbeit gestellte Frage beantwortet und das eigentliche Ziel der Darstellung erreicht.

Die Konsequenzen der hier vertretenen Ansicht zeigen sich bei der Frage der Haftung der bevollmächtigten juristischen Person. Die im prozessualen Schrifttum vorherrschende Meinung nimmt bekanntlich an, die Bevollmächtigung juristischer Personen sei unzulässig; die einer juristischen Person erteilte Vollmacht könne nur dahin ausgelegt werden, daß die zu deren Vertretung berufenen Organe als bevollmächtigt anzusehen seien. Von diesem Ausgangspunkt her muß eine Haftung der juristischen Person für Schäden, die dem Vollmachtgeber oder Dritten aus der Vertretertätigkeit erwachsen, problematisch erscheinen. Zumindest läßt sich nach dieser Auffassung die Haftung der juristischen Person dann nicht begründen, wenn die - im Wege der Auslegung - als persönlich bevollmächtigt anzusehenden Organmitglieder unter Überschreitung der ihnen erteilten Vollmacht, also als vollmachtlose Vertreter (§§ 177 ff. BGB) gehandelt haben. Dies wird noch näher ausgeführt werden. Hält man demgegenüber die Bevollmächtigung der juristischen Person selbst für zulässig, dann ergeben sich, wie zu zeigen sein wird, in der Haftungsfrage keine besonderen Schwierigkeiten; die juristische Person haftet nach allgemeinen Regeln.

Haften kann die juristische Person jedoch nur für Schäden, die dem Vollmachtgeber oder Dritten durch das Verhalten bestimmter natürlicher Personen zugefügt worden sind. Welche natürlichen Personen aber sind es, die auf Grund der der juristischen Person erteilten Vollmacht tätig werden können? Wie wird - anders ausgedrückt - die der juristischen Person erteilte Vollmacht ausgeübt? Das ist die Frage, die zu beantworten ist, bevor das Haftungsproblem untersucht werden kann.

I. Die Ausübung der einer juristischen Person erteilten Vollmacht

1. Vertretungsmacht ist die Befugnis, durch rechtsgeschäftliches Handeln im Namen des Vertretenen Rechtswirkungen in dessen Person hervorzurufen. Wird einer juristischen Person eine derartige Befugnis erteilt, so übt sie diese - wie jedes ihr zustehende Recht - durch ihre Organe aus; deren Verhalten wird also solches der juristischen Person selbst angesehen. Sind als juristische Personen Vollmachtsträger, so sind ihre Organe, und zwar das jeweilige zum Handeln nach außen ermächtigte Vertretungsorgan, zur Ausübung der Vollmacht berufen (1). Beim rechtsfähigen Verein, der Stiftung, der Aktiengesellschaft und der Genossenschaft sind dies der Vorstand (§§ 26 II, 86 BGB, 71 I AktG, 24 I GenG), bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien der oder die persönlich haftenden Gesellschafter (§ 219 II AktG) und bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung der oder die Geschäftsführer (§ 35 I GmbHG).

Wenn eine juristische Person ihre eigenen Angelegenheiten wahrnimmt, so wird sie nicht nur durch ihr Vertretungsorgan tätig. Sie bedient sich hierzu weiterer Hilfskräfte, denen sie, sofern die betreffende Tätigkeit die Abgabe und Entgegennahme von rechtsgeschäftlichen Erklärungen und Prozeßhandlungen mit sich bringt, entsprechende Vollmacht erteilt. So tritt etwa eine Bank oder Treuhandgesellschaft im Rechtsverkehr nicht nur durch ihren Vorstand oder ihre Geschäftsführer, sondern regelmäßig auch durch Bevollmächtigte - Inhaber von Einzelvollmacht, Handlungsvollmacht, Prokura - handelnd in Erscheinung. Die Frage ist deshalb, ob sie sich dieser Personen, die keine Organstellung einnehmen, auch bei der Ausübung einer ihr erteilten Vollmacht bedienen kann. Zwischen dem Handeln der Organe einer juristischen Person und demjenigen ihrer Bevollmächtigten besteht, worauf bereits hingewiesen wurde, ein wichtiger Unterschied hinsichtlich des Umfangs der Zurechnung. Das Verhalten der Organe stellt sich für die juristische Person als ihr eigenes, dasjenige von Bevollmächtigten dagegen als fremdes Handeln dar. Ist also eine juristische Person bevollmächtigt und gibt ihr Vertretungsorgan auf Grund dieser Vollmacht die entsprechenden Erklärungen ab, dann handelt damit die Vollmachtsträgerin selbst. Werden dagegen zur Vertretung des Dritten Bedienstete der juristischen Person, die nicht zu deren Vertretungsorgan gehören, herangezogen, so sind diese - im Verhältnis zum Vollmachtgeber - zunächst als nicht bevollmächtigte Dritte zu betrachten. Sie können deshalb nur dann Vertretungshandlungen mit Wirkung für und gegen den Vollmacht-

(1) Staudinger-Coing, Randnote 2 b zu § 167; Müller-Freienfels, S. 64

geber vornehmen, wenn ihnen hierzu entsprechende Vertretungsmacht eingeräumt wird. Dies aber ist nur möglich im Wege der Unterbevollmächtigung seitens der Vollmachtträgerin, also der juristischen Person (1).

Im Bereich des materiellen Rechts trifft das Gesetz keine Regelung darüber, ob und inwieweit der Bevollmächtigte zur Erteilung von Untervollmacht berechtigt ist. Rechtsprechung und Wissenschaft haben hierzu eine Reihe von Grundsätzen entwickelt (2). Entscheidend kommt es darauf an, ob der Vollmachtgeber mit der Erteilung von Untervollmacht einverstanden ist, er die Unterbevollmächtigung also - ausdrücklich oder stillschweigend - gestattet hat. Das Einverständnis des Vertretenen kann sich auch aus den Umständen, insbesondere aus der Natur des auszuführenden Geschäfts ergeben. Es ist darauf abzustellen, ob der Vollmachtgeber ein schutzwürdiges Interesse an der persönlichen Wahrnehmung der Vollmacht durch den Bevollmächtigten hat (3). Das wird dann nicht der Fall sein, wenn die Vollmacht ganz oder überwiegend im Interesse des Bevollmächtigten erteilt worden ist (4), wenn die Bevollmächtigung dazu dienen soll, die Erfüllung einer vom Vollmachtgeber gegenüber dem Bevollmächtigten eingegangenen Verpflichtung zu sichern oder zu erleichtern (5) oder wenn auf Grund der Vollmacht eine Handlung vorzunehmen ist, die "zur Betätigung besonderer Fähigkeiten keine Gelegenheit bietet und daher von jedem Menschen in gleicher Weise vorgenommen werden kann" (6).

-
- (1) Zu der umstrittenen Frage, ob der Bevollmächtigte den Unterbevollmächtigten zu seinem eigenen Vertreter bestellen, ihn also zum Vertreter des Vertreters machen kann, hat der BGH in seinem Urteil vom 5. 5. 1960 (BGHZ 32, 250 ff.) Stellung genommen. Er hält dies mit der im Schrifttum überw. vertretenen Ansicht (Staudinger-Coing, Randnote 32 zu § 167; Soergel-Siebert, § 167 Anm. 36; Enneccerus-Nipperdey, § 185 N. 15; Müller-Freienfels, S. 28 f.) für möglich. Dagegen v. Tuhr, II 2, S. 411 N. 231 und neuerdings - mit beachtlichen Argumenten - Siebenhaar. AcP 162, 354 ff.
- (2) Vgl. Hupka, S. 344 ff.; Staudinger-Coing, Randnote 29 ff. zu § 167 mit weiteren Nachweisen
- (3) BGH BB 1959, 319 = WM 1959, 377; RG LZ 1928, Sp. 1065 Nr. 4; KG Recht 1920, Nr. 859; Enneccerus-Nipperdey, § 185 II (S. 1139 f.)
- (4) Hupka, S. 345
- (5) BGH BB 1959, 319 = WM 1959, 377
- (6) Rosenberg, Stellvertretung, S. 859 f.

In der Praxis werden die Fälle, in denen die Befugnis zur Unterbevollmächtigung erteilt ist oder als erteilt angesehen werden kann, sehr häufig sein. Das ändert jedoch nichts an dem Grundsatz, wonach die Erteilung von Unterbevollmacht im Zweifel, also dann, wenn sich der Wille des Vollmachtgebers nicht ermitteln läßt, als unzulässig zu betrachten ist (1); denn das Vertrauensverhältnis, das der Vollmacht in der Regel zugrunde zu liegen pflegt, verbietet es dem Vollmachtsträger, die ihm eingeräumte Vertretungsmacht ganz oder teilweise auf einen Dritten zu übertragen. Der Wille des Vollmachtgebers geht, sofern sich nichts anderes nachweisen läßt, regelmäßig dahin, daß der von ihm Bevollmächtigte persönlich tätig werden soll.

Bei der Bevollmächtigung juristischer Personen liegen die Dinge anders. Die einer juristischen Person erteilte Vollmacht beruht - von Ausnahmefällen abgesehen - weder auf besonderem Vertrauen zu einem bestimmten Menschen noch wird durch sie ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Vollmachtgeber und einer individuellen natürlichen Person geschaffen. Auch einer Aktiengesellschaft, einer GmbH oder einem Verein bringt man zwar, indem man ihnen Vollmacht erteilt, Vertrauen entgegen. Dieses Vertrauen aber gründet sich meist nicht auf persönliche Eigenschaften oder Fähigkeiten eines oder mehrerer natürlicher Personen, etwa der Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer, sondern beruht auf dem Ansehen, das die betreffende juristische Person genießt, ihrer finanziellen Ausstattung sowie der Art und Weise ihrer Organisation. Der Vollmachtgeber kann hier vernünftigerweise keinen Wert auf die Ausübung der Vertretungsmacht durch eine oder mehrere individuell bestimmte natürliche Personen legen; die Auswahl derjenigen Person, die zu handeln berechtigt sein soll, überläßt er vielmehr der Organisation der betreffenden juristischen Person. Deshalb muß die Befugnis, einen Unterbevollmächtigten zu bestellen, hier im Zweifel als erteilt angesehen werden. Die Zulässigkeit der Unterbevollmächtigung stellt in diesem Falle mithin nicht - wie bei der Vollmachterteilung an natürliche Personen - die Ausnahme dar, sondern ist die Regel.

Oft werden zur Begründung des Satzes, wonach die Unterbevollmächtigung grundsätzlich nicht gestattet sei, die Vorschriften der §§ 664, 613 BGB herangezogen (2). Völlig zu überzeugen vermag diese Argumentation jedoch

(1) Enneccerus-Nipperdey, § 185 II 2 (S. 1139). Vgl. auch RG JW 1912, 526 Nr. 3 für den Fall der vollständigen Übertragung der Vertretungsmacht eines gesamtvertretungsberechtigten Vorstandsmitglieds auf das andere Mitglied des Vorstands.

(2) RGZ 161, 68 (113) - Staudinger-Nipperdey, Randnote 6 zu § 664; Enneccerus-Nipperdey, § 185 N. 8 (S. 1139)

nicht. Nach der Auslegungsregel des § 664 I 1 BGB ist es dem Beauftragten im Zweifel verboten, die Ausführung des Auftrages einem Dritten zu übertragen. Eine "Übertragung" des Auftrages in diesem Sinne ist aber nur dann gegeben, wenn dem Dritten die Geschäftsbesorgung zu eigener Verantwortung überlassen wird (1). Ist dies nicht der Fall, bedient sich der Beauftragte lediglich zu seiner Unterstützung einer dritten Person, dann handelt der Dritte als Gehilfe des Beauftragten (2). Die Zuziehung eines Gehilfen ist aber grundsätzlich zulässig, sofern sich nicht aus dem Auftrag selbst oder aus der Beschaffenheit des auszuführenden Geschäfts etwas anderes ergibt (3). § 664 BGB läßt deshalb nur folgenden Schluß zu : Die Übertragung des Auftrages zu eigener Verantwortung eines Dritten ist dem Beauftragten im Zweifel nicht gestattet. Also darf er die ihm mit dem Auftrag erteilte Vollmacht auch nicht in der Art auf eine dritte Person übertragen, daß er selbst völlig aus dem Vollmachtsverhältnis ausscheidet (Fall der Ersatzbevollmächtigung). Zur unterstützenden Mitwirkung darf sich der Beauftragte dagegen eines Gehilfen, für dessen Verschulden er nach §§ 664 I 3, 278 BGB haftet, bedienen. Ist deshalb der Auftrag auf die Abgabe oder Entgegennahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen gerichtet oder bringt er diese mit sich und ist dem Beauftragten entsprechende Vertretungsmacht erteilt, so darf er in dem gleichen Umfange, in dem er sich zur Ausführung des Auftrages eines Gehilfen zu bedienen berechtigt ist, einer solchen Hilfskraft auch Untervollmacht erteilen. Andernfalls könnte in Fällen dieser Art, bei denen der Auftrag sich darauf richtet, rechtsgeschäftlich im Namen des Vollmachtgebers tätig zu werden, von der Befugnis zur Hinzuziehung eines Gehilfen überhaupt kein Gebrauch gemacht werden.

Liegt der Bevollmächtigung ein Dienstvertrag zugrunde, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (§ 675 BGB), so gilt nichts wesentlich anderes. Nach § 613 BGB (4) hat der Dienstverpflichtete die Dienste im Zwei-

-
- (1) RGZ 161, 68 (73); Enneccerus-Lehmann, § 44 IV (S.198) u. § 161 I 1 (S. 684); Staudinger-Nipperdey, Randnote 6 zu § 664
 - (2) Enneccerus-Lehmann, § 161 I 2 (S. 684 f.)
 - (3) Enneccerus-Lehmann, § 161 I 2 (S. 685); RGR-Komm., § 664 Anm. 4; Staudinger-Nipperdey, Randnote 13 zu § 664
 - (4) Lebhaft umstritten ist es, ob auf Dienstverträge, die eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstande haben (§ 675 BGB), die Vorschrift des § 664 BGB entsprechend anzuwenden sei. Dafür BGH LM Nr. 1 zu § 664 ohne nähere Begründung; Palandt-Gramm, § 664 Anm. 4. Dagegen : RGZ 161, 68 ff.; Staudinger-Nipperdey, Randnote 59 zu § 675 u. Randnote 27 zu § 664; RGR-Komm., § 675 Anm. 2; v. Bernstorff, NJW 1952, 731. Der Streit hat Bedeutung wegen der Anwendbarkeit des § 664 I 2 BGB. Diese Vorschrift ist zumindest auf Geschäftsbesorgungsverträge mit

fel in Person zu leisten. Die Zuziehung von Gehilfen kann ihm jedoch ausdrücklich oder stillschweigend gestattet werden; sie ist immer zulässig, wenn die Umstände, insbesondere die Art der zu leistenden Dienste dies erfordern (1). Im gleichen Umfange aber, in dem sich hier der Verpflichtete eines Gehilfen bedienen kann, muß ihm bei Geschäften, bei denen rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben oder in Empfang zu nehmen sind, die Erteilung von Untervollmacht erlaubt sein. Aus den Bestimmungen der §§ 664, 613 BGB ergibt sich also nur, daß der Beauftragte oder der zur Erbringung von Diensten Verpflichtete, dem zu diesem Zwecke Vollmacht erteilt ist, die ihm eingeräumte Vertretungsmacht im Zweifel nicht vollständig auf einen Dritten übertragen darf. Im Regelfall ist ihm jedoch die Erteilung von Untervollmacht zur Vornahme einzelner Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften im gleichen Umfange gestattet, in dem er sich eines Gehilfen bedienen kann.

Auch dies bestätigt also das bereits oben gewonnene Ergebnis, nach dem die juristische Person, der Vollmacht erteilt worden ist, in aller Regel als zur Unterbevollmächtigung befugt angesehen werden muß; denn sie ist darauf angewiesen, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem von ihr Vertretenen Hilfskräfte heranzuziehen. Dem Vollmachtgeber ist das bekannt. Er kann vernünftigerweise nicht damit rechnen, daß allein das Vertretungsorgan und dessen Mitglieder auf Grund der der juristischen Person erteilten Vollmacht tätig werden. Betraut A beispielsweise die X-Treuhandaktiengesellschaft damit, während eines langjährigen Aufenthaltes im Ausland sein inländisches Vermögen, zu dem Miethäuser, Beteiligungen an gewerblichen Unternehmen sowie Guthaben bei verschiedenen Banken gehören, zu verwalten und erteilt ihr entsprechende Vollmacht, so ist ihm klar, daß diese Gesellschaft die sich daraus für sie ergebenden Verpflichtungen nur durch eine Vielzahl von Hilfskräften erfüllen kann und daß sie diesen wiederum Vollmacht zur Vornahme der erforderlichen Geschäfte erteilen muß. Das entspricht auch seinem Willen. Er nimmt diese Unterbevollmächtigung zumindest bewußt in Kauf, wenn er eine juristische Person bevollmächtigt. Ihm geht es - abgesehen von seinem Vertrauen in die besonderen geschäftlichen Erfahrungen der betreffenden juristischen Person - darum, daß im Falle eines fehlerhaften

dienstvertraglichem Charakter nicht entsprechend anwendbar; denn in § 613 BGB ist, obwohl dort ansonsten die gleiche Regelung wie in § 664 BGB getroffen ist, die Möglichkeit der beschränkten Haftung, wie sie nach § 664 I 2 BGB vorgesehen ist, nicht erwähnt.

- (1) Staudinger-Nipperdey, Randnote 8 zu § 613; RGR-Komm., § 613 Anm. 1

oder unsachgemäßen Verhaltens allein die juristische Person, der er die Geschäftsbesorgung übertragen und die Vollmacht erteilt hat, für den ihm entstandenen Schaden haftet. Deswegen ist er zwar mit einer Hinzuziehung von Gehilfen ohne weiteres einverstanden, nicht jedoch damit, daß die Geschäftsbesorgung einem Dritten zu völlig eigener Verantwortung überlassen wird (1).

Als Ergebnis ist daher festzuhalten: Wird eine juristische Person zur Abgabe und zum Empfang rechtsgeschäftlicher Erklärungen bevollmächtigt, so ist ihr im Zweifel die Erteilung von Untervollmacht zur Vornahme einzelner Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften gestattet. Zur völligen Übertragung der Vollmacht ist sie dagegen nicht befugt, sofern ihr dies nicht ausdrücklich erlaubt ist oder sich aus den Umständen ein anderes ergibt.

Bei prozessualer Bevollmächtigung ist der Vollmachtsträger nach § 81 ZPO "zur Bestellung eines Vertreters" ermächtigt (2). Er kann danach Untervollmacht zur Vornahme einzelner Prozeßhandlungen sowie eines Komplexes von Prozeßhandlungen erteilen.

§ 81 ZPO berechtigt den Bevollmächtigten jedoch nicht zur vollen Übertragung der Vollmacht auf einen Dritten, sofern dies nicht in besonderen Fällen als gestattet anzusehen ist. Das Letztere wird man vor allem dann annehmen müssen, wenn der ursprünglich Bevollmächtigte zur Prozeßführung unfähig ist, also beispielsweise einem Nichtanwalt Prozeßvollmacht zur Führung eines Anwaltsprozesses erteilt ist (3). Hiervon abgesehen aber widerspricht die Weitergabe der gesamten Vollmacht an einen Dritten sowohl dem Zwecke der prozessualen Bevollmächtigung (4) als auch dem Willen des Vollmachtgebers, dessen Interesse darauf gerichtet ist, den von ihm Bevollmächtigten nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

(1) Vgl. RGZ 161, 68 (74)

(2) § 81 ZPO gilt seinem Wortlaut nach nur für die "Prozeßvollmacht", also die Vollmacht für den Prozeß als Ganzen. Es ist jedoch anerkannt, daß die Vorschrift auch auf eine Vollmacht, die nur zu einzelnen Prozeßhandlungen ermächtigt, entsprechend anzuwenden ist; vgl. Rosenberg, Stellvertretung, S. 858 f.; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 83 Anm. II.

(3) Rosenberg, Stellvertretung, S. 849; eingehend Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 81 Anm. V 1.

(4) Rosenberg, Stellvertretung, S. 849 f., 793 ff.; Baumbach-Lauterbach, § 81 Anm. 3 A d; RGZ 11, 368 ff.

Auch bei Bevollmächtigung juristischer Personen gelten, da sich hier keinerlei Besonderheiten zeigen, diese Grundsätze in vollem Umfange. Die juristische Person übt die ihr erteilte prozessuale Vollmacht durch ihr Vertretungsorgan aus. Zur Vornahme einzelner Prozeßhandlungen kann sie Untervollmacht erteilen. Zur Übertragung der Vollmacht insgesamt ist sie dagegen - von den erwähnten Ausnahmefällen abgesehen - nicht befugt.

Bei rechtsgeschäftlicher und prozessualer Bevollmächtigung juristischer Personen ist damit in der Frage der Zulässigkeit der Erteilung von Untervollmacht ein völlig übereinstimmendes Ergebnis erzielt. In beiden Fällen kann Untervollmacht zur Vornahme einzelner oder bestimmter Arten von Rechtshandlungen erteilt werden; die Übertragung der Vollmacht insgesamt ist jedoch im Zweifel nicht gestattet.

Es ist der Entscheidung des Bevollmächtigten überlassen, wem er Untervollmacht erteilt (1). Die bevollmächtigte juristische Person wird hierbei vorzugsweise auf ihre Bediensteten zurückgreifen (2). Die Auswahl des im Einzelfall zu bestellenden Unterbevollmächtigten wird ihr dadurch erleichtert, daß im Rahmen ihrer internen "Geschäftsverteilung" bestimmten Bediensteten fest umrissene Aufgabenbereiche übertragen zu sein pflegen. Fallen die auf Grund der Vollmacht vorzunehmenden Handlungen in den Bereich eines dieser Aufgabengebiete, so liegt es deshalb nahe, dem entsprechenden Angestellten Untervollmacht zu erteilen. Die Wahl wird dabei häufig auf einen Bediensteten fallen, der zur Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben bereits Vollmacht, etwa Prokura oder Handlungsvollmacht, hat. Hier bedarf es einer deutlichen Unterscheidung. Die dem betreffenden Angestellten mit der Bestellung zum Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten übertragene Vertretungsmacht berechtigt ihn ausschließlich dazu, Rechtsgeschäfte oder Prozeßhandlungen im Namen und mit Wirkung für und gegen die juristische Person vorzunehmen. Zum Handeln namens des Vollmachtgebers, der seinerseits der juristischen Person Vollmacht erteilt hat, und zur Herbeiführung

-
- (1) Die Frage gewinnt Bedeutung für die Haftung des Bevollmächtigten. Fällt ihm bei der Auswahl des Unterbevollmächtigten ein Verschulden zur Last, so hat er dafür im Rahmen des § 831 BGB und, sofern ihm ausnahmsweise die volle Übertragung des Auftrages und der damit verbundenen Vollmacht gestattet ist, nach § 664 I 2 BGB einzustehen. Im übrigen haftet er für den Unterbevollmächtigten, dessen er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, nach Maßgabe des § 278 BGB.
- (2) Daneben kommt auch die Erteilung von Untervollmacht an einen außenstehenden Dritten, etwa zur Wahrnehmung auswärtiger Termine, in Betracht.

von Rechtswirkungen für und gegen eben diesen Vollmachtgeber ist er allein auf Grund seiner Stellung als Bevollmächtigter (Prokurist, Handlungsbevollmächtigter) der juristischen Person noch nicht befugt. Hierzu bedarf er entsprechender Untervollmacht, die ihm besonders erteilt werden muß. Dies kann auch stillschweigend geschehen und eine solche stillschweigende Bevollmächtigung wird man vielfach darin erblicken können, daß ihm das Vertretungsorgan der juristischen Person im Rahmen seiner Direktionsbefugnis als Arbeitgeber die Angelegenheit, die für den Vollmachtgeber wahrzunehmen ist, zur selbständigen Bearbeitung zuweist. Für den Umfang seiner Vertretungsmacht kommt es mithin allein auf den Inhalt der Unterbevollmächtigung an; dieser ist, wenn Zweifel bestehen, durch Auslegung zu ermitteln. Inwieweit der betreffende Bedienstete also ansonsten zur Vertretung der juristischen Person befugt ist, ob ihm etwa als Prokurist oder Generalbevollmächtigter eine sehr weitreichende Vertretungsmacht zusteht, ist unerheblich (1). Wird daher beispielsweise einem Prokuristen Untervollmacht erteilt, so ist dieser damit keineswegs befugt, im Namen des Vollmachtgebers alle diejenigen Vertretungshandlungen vorzunehmen, zu denen ihn die Prokura berechtigt. Die ihm kraft Unterbevollmächtigung erteilte Vertretungsmacht kann ihrem Umfang nach wesentlich enger sein. Sie kann ihn umgekehrt aber auch zur Vornahme solcher Rechtsgeschäfte ermächtigen, die durch die Prokura nicht gedeckt wären (Beispiel: Veräußerung eines Grundstückes).

2. Das zur Geschäftsführung und Vertretung berufene Organ einer juristischen Person ist meist mehrgliedrig, wird also aus mehreren natürlichen Personen, den Organmitgliedern, gebildet. Kraft Gesetzes ist diesen Organmitgliedern, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt, Gesamtvertretungsmacht eingeräumt (§§ 71 II AktG, 35 II GmbHG, 25 I GenG.

(1) Das schließt nicht aus, daß der Umfang der Untervollmacht sich im Einzelfall mit dem Umfang der Vertretungsmacht, die dem Bediensteten zur Wahrnehmung seiner sonstigen ihm von der juristischen Person übertragenen Aufgaben erteilt ist, deckt. Diese Übereinstimmung wäre jedoch nur zufällig.

Damit soll einmal erreicht werden, daß sich die Gesamtvertreter gegenseitig kontrollieren, um so eine mißbräuchliche Ausübung der Vertretungsmacht zu verhindern; zum anderen wird auf diese Weise die juristische Person gegen vorschnelle, unüberlegte Handlungen geschützt.

Diese Vorteile, die sich aus der Anordnung der Gesamtvertretungsbefugnis für den Verband selbst ergeben, kommen dem Dritten, der einer juristischen Person Vollmacht zur Vornahme rechtsgeschäftlicher Handlungen erteilt, unmittelbar zugute. Es ist bereits dargelegt worden, daß die juristische Person die ihr übertragene Vertretungsbefugnis wie jedes ihr zustehende Recht durch ihr Vertretungsorgan ausübt. Haben die Mitglieder des Vertretungsorgans aber Gesamtvertretungsmacht und sind deshalb nur zu gemeinsamem stellvertretendem Handeln befugt, so gelten diese sich aus der Gesamtvertretungsmacht ergebenden Beschränkungen auch für die Ausübung der der juristischen Person von einem Dritten erteilten Vollmacht. Dem Vollmachtgeber ist es allerdings unbenommen, die Organmitglieder der betreffenden juristischen Person persönlich zu bevollmächtigen. Tut er dies, so kann er unbedenklich solche Bestimmungen für die Ausübung der Vollmacht treffen, die von den für die betreffende juristische Person bestehenden satzungsmäßigen oder gesetzlichen Regeln abweichen. Es steht ihm völlig frei anzuordnen, daß etwa jedes Vorstandsmitglied allein oder jeweils mehrere oder nur alle gemeinsam zum Handeln berechtigt sein sollen. Die Organmitglieder handeln hier nicht in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer der juristischen Person, sondern als unmittelbar und persönlich Bevollmächtigte; ihr Vertretungshandeln wird mithin nicht zunächst der juristischen Person, sondern unmittel-

-
- (1) Für den Vorstand einer Genossenschaft bestimmt § 25 I GenG, daß mindestens zwei Mitglieder zur gemeinsamen Vertretung berufen sein müssen; insoweit ist also zwingend Gesamtvertretung vorgeschrieben. - Aus dem Wortlaut des § 26 II BGB entnahm man häufig, daß auch dem Vorstand des rechtsfähigen Vereins zwingend Gesamtvertretungsmacht zukomme. Diese Auffassung kann heute als überholt angesehen werden; vgl. Staudinger-Coing, Randnote 13 zu § 26 mit weiteren Nachweisen.
- (2) Die Satzung kann bestimmen, daß von mehreren Organmitgliedern je zwei zur gemeinsamen Vertretung berufen sind (uneigentliche Gesamtvertretung) oder daß ein einzelnes Organmitglied zusammen mit einem Prokuristen (unechte Gesamtvertretung) zur Vertretung befugt sein soll. (Ausdrücklich § 71 III 1 AktG; anerkannt jedoch auch für die GmbH; vgl. Schmidt in Hachenburg, § 35 Anm. 22 ff. mit weiteren Nachweisen.)

bar dem Vollmachtgeber zugerechnet. Erteilt letzterer dagegen der juristischen Person selbst Vollmacht, dann ist diese zur Ausübung der ihr übertragenen Vertretungsmacht, also zum stellvertretenden Handeln für den Vollmachtgeber nur durch ihre Organmitglieder, deren Verhalten ihr als eigenes zugerechnet wird, in der Lage. Diese Zurechnung findet aber nur statt, wenn sich die Organe bei ihrem Handeln in den durch die Organisation gesteckten Grenzen halten. Bei Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen überschreitet das einzelne Organmitglied jedoch diese Grenzen, wenn es die ihm durch die Gesamtvertretungsmacht auferlegten Beschränkungen unbeachtet läßt. Ein derartiges Handeln wird der juristischen Person nicht zugerechnet, in diesem Falle übt nicht sie, sondern ein nicht bevollmächtigter Dritter die Vollmacht aus. Über die hinsichtlich des Umfangs der Zurechnung bestehenden Organisationsregeln kann sich der Vollmachtgeber also, wenn er die juristische Person als solche bevollmächtigt, nicht hinwegsetzen oder sie einseitig abändern (1).

Das käme einer Erweiterung der Handlungsbefugnis der juristischen Person gleich, die herbeizuführen er nicht in der Lage ist. Die Bevollmächtigung einer juristischen Person, deren Organmitglieder gesamtvertretungsberechtigt sind, hat mithin zwangsläufig zur Folge, daß diese Organmitglieder nur gemeinsam-entsprechend ihrer Gesamtvertretungsmacht - zur Ausübung der Vollmacht befugt sind, und kommt damit insoweit im praktischen Ergebnis der Erteilung von Gesamtvollmacht an die betreffenden Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer nahe.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Institut der Gesamtvertretung für den Geschäfts- und Prozeßgegner Gefahren mit sich bringt. Das Risiko, das darin liegt, daß die sich aus der Gesamtvertretungsbefugnis ergebenden Beschränkungen der Vertretungsmacht nicht beachtet und damit die Wirksamkeit des abgeschlossenen Geschäfts in Frage gestellt wird, ist allein auf ihn abgewälzt. Hinzu kommt, daß mit der Gesamtvertretung eine gewisse Schwerfälligkeit des Handelns verbunden ist, die den praktischen Erfordernissen des Wirtschaftslebens vielfach nicht entspricht. Diese Gründe haben den Gesetzgeber und die Rechtsprechung bewogen, die sich aus dem Prinzip der Gesamtvertretung eigentlich ergebenden Konsequenzen im Interesse des Schutzes des Geschäftsgegners und der Erleichterung des Rechtsverkehrs zu mildern, teilweise sogar völlig zu beseitigen.

(1) Etwas anderes ist es, daß der Vollmachtgeber in diesem Fall die Erklärungen des allein handelnden Organmitgliedes nach § 177 BGB genehmigen kann.

So gilt für die Entgegennahme von Willenserklärungen immer Einzelvertretungsbefugnis, und zwar nicht nur dann, wenn das Gesetz dies ausdrücklich anordnet (§§ 28 II BGB, 71 II 3 AktG, 35 II 2 GmbHG), sondern ganz allgemein (1).

Gesamtvertretungsmacht bezieht sich also nur auf die aktive, niemals auf die passive Vertretung. Des weiteren ist gleichzeitiges Handeln der Gesamtvertreter nicht erforderlich (2). Es genügt, daß ein Gesamtvertretungsberechtigter die Willenserklärung gegenüber dem Geschäftsgegner abgibt und die übrigen dem zustimmen, sei es durch Einwilligung, sei es durch Genehmigung. Die Zustimmung braucht nicht dem Dritten gegenüber erklärt zu werden; es reicht aus, wenn sie dem handelnden Gesamtvertreter gegenüber - ausdrücklich oder stillschweigend - erteilt wird. Erforderlich ist allerdings, daß im Zeitpunkt der Zustimmung der Geschäftswille des Handelnden vorhanden ist.

Diese beiden soeben dargestellten, von Rechtsprechung und Lehre entwickelten Grundsätze sind zwingend, gelten also auch dann, wenn der Vertretene etwas hiervon Abweichendes bestimmt hat (3). Sie finden deshalb ohne weiteres Anwendung, wenn einer juristischen Person, deren Mitglieder des Vertretungsorgans gesamtvertretungsberechtigt sind, Vollmacht erteilt worden ist.

Die Organmitglieder einer juristischen Person, die Gesamtvertretungsmacht besitzen, können ferner eines oder mehrere ihrer Mitglieder zur Vornahme einzelner Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigen. Das ergibt sich für den Vorstand einer Aktiengesellschaft unmittelbar aus dem Gesetz (§ 71 II AktG) (4). Diese Regelung hat jedoch für das Gesellschaftsrecht allgemeine Geltung erlangt (5). Die Rechtsnatur der "Ermächti-

-
- (1) Staudinger-Coing, Randnote 23 zu § 167
 - (2) RGZ 118, 168 (170); 112, 215 (220 f.); 101, 342 (343); 81, 325 f.; 75, 419 (423 f.); Baumbach-Hueck, AktG, § 71 Anm. 3 C; Schilling in Hachenburg, § 35 Anm. 11; Staudinger-Coing, Randnote zu § 167; ganz h. M.
 - (3) Entgegenstehende Anordnungen des Vollmachtgebers berühren also die Wirksamkeit des Vertreterhandelns nicht. Eine andere Frage ist es, ob sie im Innenverhältnis zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigten von Bedeutung sind.
 - (4) Ebenso für die Gesellschafter einer OHG: § 125 II 2 HGB
 - (5) RGZ 81, 325 (329); Schilling in Hachenburg, § 35 Anm. 13; Meyer-Meulenbergh, § 25 Anm. 2; für den Verein: Staudinger-Coing, Randnote 14 zu § 26.

gung" ist umstritten. Überwiegend wird sie als eine Bevollmächtigung, und zwar als Erteilung von Handlungsvollmacht (§ 54 HGB) angesehen (1). Der "Ermächtigte" wäre damit Willensorgan, dem das Gesetz die "Stellung" eines gesetzlichen Vertreters einräumt (vgl. § 26 II BGB), und zugleich gewillkürter Vertreter der betreffenden juristischen Person. Das ist begrifflich undenkbar (2). Deshalb hat man die Ermächtigung als eine organschaftliche Handlung, als einen Organisationsakt zu betrachten, durch den die einem Organmitglied gesetzlich verliehene Handlungsbefugnis erweitert und ihm Einzelvertretungsbefugnis für einzelne Geschäfts oder einen bestimmten Geschäftsbereich übertragen wird (3). Die hierdurch herbeigeführte "Geschäftsverteilung" unter den Organmitgliedern ist auch für die Ausübung der der juristischen Person von einem Dritten erteilten Vollmacht maßgebend. Der Vollmachtgeber überläßt, wie schon hervorgehoben, mit der Bevollmächtigung einer juristischen Person die Auswahl desjenigen, der für ihn zu handeln hat, der Organisation des Verbandes oder der Gesellschaft. Die Geschäftsverteilung, wie sie durch Organisationsakte geregelt ist oder herbeigeführt wird, bringt damit eine Konkretisierung der Vollmacht mit sich, indem sie dasjenige Organmitglied bestimmt, das zur Ausübung der Vollmacht berufen ist.

Danach kann also die Vollmacht, die einer juristischen Person, deren vertretungsbe-rechtigte Organmitglieder Gesamtvertretungsmacht haben, erteilt worden ist, in ver-schiedener Weise ausgeübt werden. Es ist zunächst denkbar und ohne weiteres möglich, daß alle Gesamtvertreter gemeinsam und gleichzeitig die erforderlichen Vertretungs-handlungen vornehmen. Erteilen sie gemeinsam und gleichzeitig handelnd einem der Bediensteten der juristischen Person Untervollmacht, so darf der Umfang dieser Untervollmacht jedoch nicht so weit sein, daß damit die Kollektiv-vertretung praktisch beseitigt wird. Weiterhin kann auch einer der gesamt-vertretungsberechtigten Organmitglieder im Namen des Vollmachtgebers allein die betreffenden Erklärungen abgeben, sofern die übrigen Organmit-glieder dem - vorher oder nachher - zustimmen. Bei der Erteilung von Untervollmacht gilt die gleiche Einschränkung. Schließlich kann ein einzelnes gesamtvertretungsberechtigtes Organmitglied die der juristischen Person er-teilte Vollmacht allein ausüben, wenn es zur Vornahme des oder der betref-fenden Geschäfte entweder generell oder im Einzelfall ermächtigt ist. Der Umfang der Ermächtigung ist bei der Bestellung eines Unterbevollmächtig-ten zu beachten; dem Untervertreter darf in diesem Fall keineswegs Vertre-tungsmacht zur Vornahme von solchen Geschäften eingeräumt werden, zu

-
- (1) RG HRR 29, 1924; Baumbach-Hueck, AktG, § 71 Anm. 3 B
 - (2) Godin-Wilhelmi, § 71 Anm. 4
 - (3) Schmidt in Großkomm. AktG, § 71 Anm. 13; Godin-Wilhelmi, § 71 Anm. 4; Schilling in Hachenburg, § 35 Anm. 13; vgl. auch RGZ 123, 279 (288)

deren Wahrnehmung das Organmitglied, welches ihm Untervollmacht erteilt, selbst nicht ermächtigt worden ist.

Für den Geschäftsgegner wird es demnach oft nur schwer erkennbar sein, ob das einzelne Rechtsgeschäft, bei dessen Abschluß ein Organmitglied oder ein sonstiger Bediensteter einer juristischen Person - handelnd im Namen des Vollmachtgebers - mitgewirkt hat, Wirksamkeit erlangt oder nicht. Will er sich hierüber vergewissern, so hat er neben der Bevollmächtigung der juristischen Person und der eventuellen Unterbevollmächtigung des betreffenden Bediensteten den Umfang der Vertretungsmacht der Organmitglieder nachzuprüfen. Stellt sich heraus, daß diesen Gesamtvertretungsmacht zusteht, hat aber bei Vornahme des Rechtsgeschäftes oder bei Erteilung von Untervollmacht nur eines dieser Organmitglieder mitgewirkt, dann ist zu klären, ob durch Organisationsakt das betreffende Organmitglied zur alleinigen Vornahme des betreffenden Geschäfts ermächtigt worden ist oder ob die übrigen Organmitglieder dem Geschäft zugestimmt haben. Diese Prüfung mag im Einzelfall schwierig sein, ist aber zumutbar. Aus dem Handels- oder Vereinsregister ist zu ersehen, ob dem Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer, das oder der allein auftritt oder allein Untervollmacht erteilt hat, Einzel- oder Gesamtvertretungsmacht zusteht. Im letzteren Fall besteht für den Geschäftsgegner - wie immer im rechtsgeschäftlichen Verkehr mit einer juristischen Person - Anlaß, sich die Ermächtigung oder die Zustimmung der übrigen Organmitglieder nachweisen zu lassen (1).

Im Prozeß ist die Nachprüfung der Vertretungsmacht dadurch erleichtert, daß der Bevollmächtigte im Parteiprozeß immer, im Anwaltsprozeß auf Verlangen des Gegners eine Vollmachtsurkunde vorzulegen hat (2). Wird eine juristische Person bevollmächtigt und tritt für diese eines ihrer Organmitglieder oder einer ihrer Bediensteten auf, so muß eine auf die juristische Person ausgestellte Vollmachtsurkunde überreicht werden; der Bedienstete, der nicht zum Vertretungsorgan der juristischen Person gehört, hat darüber hinaus seine Unterbevollmächtigung nachzuweisen. Offen bleibt danach jedoch, ob die alleinige Vertretungsbefugnis des Vorstandsmitglieds oder Geschäftsführers, der entweder im Namen des Vollmachtgebers handelnd auftritt oder dem Be-

-
- (1) Schmidt in Großkomm. AktG, § 71 Anm. 15. Mit Recht wird hier jedoch darauf hingewiesen, daß die juristische Person den von ihr erzeugten Rechtsschein einer Ermächtigung etc. gegen sich gelten lassen muß und daß Dritte dadurch weitgehend geschützt sind.
 - (2) §§ 80, 88 ZPO. Diese Regelung gilt entsprechend für das arbeitsgerichtliche Verfahren, §§ 46 II, 64 II, 72 III ArbGG. Vgl. auch § 73 II SGG.

diensteten Untervollmacht erteilt hat, nachzuprüfen ist. Das wäre dann zu verneinen, wenn jedes Organmitglied - entsprechend § 84 ZPO - zur alleinigen prozessualen Vertretung berechtigt wäre, die sich aus einer eventuellen Gesamtvertretungsmacht ergebenden Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis dem Gegner gegenüber also keine Wirkungen hätten. Nun kommt zwar die Bevollmächtigung einer juristischen Person, deren Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer gesamtvertretungsberechtigt sind, der Erteilung einer Gesamtvollmacht an die betreffenden Organmitglieder nahe. Das ändert jedoch nichts daran, daß in Wirklichkeit eben nicht die Organmitglieder, sondern die juristische Person selbst zum Bevollmächtigten bestellt worden ist, was sich bei der Haftung besonders deutlich zeigt. Demgemäß ist hier nicht eine Mehrzahl von Personen, wie dies § 84 ZPO voraussetzt, sondern nur eine einzige bevollmächtigt. Eine analoge Anwendung der Vorschrift des § 84 ZPO ist jedoch auch deshalb ausgeschlossen, weil die Interessenlage hier nicht die gleiche ist wie in dem Fall der Bevollmächtigung mehrerer natürlicher Personen. Wenn der Vollmachtgeber sich mehrerer Bevollmächtigter bedient und deren Vertretungsmacht dahin beschränkt, daß sie nur zu gemeinsamem Handeln berechtigt sein sollen, so geschieht dies zu dem Zwecke, eine gegenseitige Kontrolle der mehreren Bevollmächtigten untereinander herbeizuführen und sich so vor einem Vollmachtmißbrauch und vor übereilem Handeln zu schützen. Die Erteilung solcher Gesamtvollmacht dient daher ausschließlich seinen eigenen Interessen. Wird eine juristische Person bevollmächtigt, deren zum Handeln nach außen befugte Organmitglieder gesamtvertretungsberechtigt sind, so ist diese Vertretungsregelung zwar - wie dargelegt - für die Ausübung der Vollmacht maßgebend, kommt dem Vollmachtgeber also, da sie ihm Schutz vor mißbräuchlicher und unsachgemäßer Vollmachtausübung gewährt, ebenfalls zugute. Sie soll jedoch in erster Linie nicht den Vollmachtgeber, sondern zunächst einmal die juristische Person selbst vor Nachteilen bewahren, für die das Gesetz, indem es im Zweifel Gesamtvertretungsmacht der Organmitglieder anordnet, die Notwendigkeit dieses Schutzes anerkennt.

Besteht also für das Vertretungsorgan der bevollmächtigten juristischen Person Gesamtvertretung, so sind die sich daraus ergebenden Beschränkungen auch bei Ausübung einer prozessualen Vollmacht zu beachten (1).

-
- (1) Eine Parallele findet sich darin, daß dann, wenn die prozessuale Vollmacht einem außerhalb des Prozesses bestehenden Vertretungsverhältnis entfließt (z. B. bei Prokura), sich die Stellung mehrerer Bevollmächtigter ebenfalls nach dem Inhalt dieses Vertretungsverhältnisses bestimmt. Bei Gesamtprokura sind also die mehreren Prokuristen nur

3. Nunmehr ist zu klären, ob und inwieweit eine juristische Person, der Vollmacht zur rechtsgeschäftlichen oder prozessualen Vertretung erteilt wird, durch die Vorschriften des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung (RBerG) vom 13.12.1935 (RGBl. I S.1478) (1) und des § 157 ZPO an der Vornahme von Vertreterhandlungen gehindert ist.

a) Das RBerG will den Rechtssuchenden vor Nachteilen und Schäden schützen, die ihm aus einer unsachgemäßen Rechtsberatung und Rechtsbesorgung durch unzuverlässige oder nicht genügend sachkundige Personen erwachsen können. Daneben bezweckt es den Schutz des Anwaltsstandes vor dem Wettbewerb solcher Personen, die keinen standesrechtlichen, gebührenrechtlichen oder sonstigen im Interesse der Rechtspflege auferlegten Bindungen unterworfen sind (2).

Nach dem RBerG ist die geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, gleichgültig, ob sie haupt- oder nebenberuflich, entgeltlich

zu gemeinsamem prozessualen Handeln berechtigt. So Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 84 Anm. III; Baumbach-Lauterbach, § 84 Anm. 1 B; h. M. A. A. Rosenberg, Stellvertretung, S. 668 ff., 830, der danach unterscheidet, ob der Gesamtprokurist als echter Prozeßvertreter auftritt, also den Prozeß selbst führt, in welchem Falle § 84 ZPO zum Zuge kommen soll, oder ob er lediglich weitere Vollmacht zur Prozeßführung erteilt, in welchem Falle er gemeinsam mit dem oder den anderen Prokuristen zu handeln habe (Rosenberg, aaO, S. 680).

- (1) Die Weitergeltung des RBerG ist heute unbestritten. Vgl. OLG Hamm, NJW 1954, 516 ff. mit weiteren Nachweisen sowie BGHZ 7, 371 (377); 15, 315 (317 ff.); 34, 64 (67 f.); 36, 321 ff.; 37, 259 ff., wo die Fortgeltung des RBerG stillschweigend vorausgesetzt wird.
- (2) BGHZ 15, 315 (317); 34, 64 (67); eingehend Altenhoff-Busch, Randnote 1 u. 29

oder unentgeltlich erfolgt, erlaubnispflichtig (Art. 1 § 1 RBerG) (1). Wer ohne Erlaubnis eine derartige Tätigkeit ausübt, macht sich strafbar (Art. 1 § 8 RBerG).

Ausnahmen von dem Erlaubniszwang bestehen zugunsten bestimmter Personen- und Berufsgruppen (Art. 1 §§ 3, 5, 7 RBerG). Danach bedürfen - um nur die im Zusammenhang dieser Untersuchung interessierenden Fälle aufzuführen - keiner Erlaubnis :

Genossenschaften, genossenschaftliche Prüfungsverbände und deren Spitzenverbände sowie genossenschaftliche Treuhandstellen, soweit sie im Rahmen ihres Aufgabenbereichs ihre Mitglieder, die ihnen angehörenden genossenschaftlichen Einrichtungen oder Mitglieder bzw. Einrichtungen der ihnen angehörenden Genossenschaften betreuen (Art. 1 § 3 Nr. 7 RBerG);

kaufmännische oder sonstige gewerbliche Unternehmer, soweit sie für ihre Kunden rechtliche Angelegenheiten erledigen, die mit einem Geschäft ihres Gewerbebetriebs in unmittelbarem Zusammenhang stehen (Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG);

öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer sowie vereidigte Bücherrevisoren hinsichtlich der Bearbeitung solcher Angelegenheiten, mit denen sie beruflich befaßt sind, soweit die rechtliche Bearbeitung mit ihren beruflichen Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang steht (Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG);

Vermögensverwalter, Hausverwalter und ähnliche Personen, soweit sie Rechtsangelegenheiten erledigen, die mit der Verwaltung in unmittel-

-
- (1) Die Erlaubnis, die grundsätzlich örtlich begrenzt ist (§ 1 der 1. AusfVO z. RBerG) und sachlich, also auf bestimmte Tätigkeitsbereiche beschränkt werden kann (§ 2 der 1. AusfVO z. RBerG), erteilt der Land- bzw. Amtsgerichtspräsident, in dessen Bezirk die Rechtsbesorgung ausgeübt werden soll (§ 11 der 1. AusfVO z. RBerG). Der Erteilung geht die Prüfung voraus, ob der um die Erlaubnis Nachsuchende die erforderliche Zuverlässigkeit, Sachkunde und Eignung besitzt (§ 44 ff. der 1. AusfVO z. RBerG). Eine Bedürfnisprüfung (Art. 1 § 1 II RBerG, § 9 der 1. AusfVO z. RBerG) ist nach der Entscheidung des BVerwG vom 10. 5. 1955 (NJW 1955, 1532 ff.) unzulässig. Für juristische Personen gelten die Besonderheiten der §§ 3, 10 der 1. AusfVO z. RBerG. Hier soll die Erlaubnis nur erteilt werden, "wenn besondere Umstände für diese Rechtsform der Betriebsführung sprechen." Die erteilte Erlaubnis ermächtigt nur zur Berufsausübung durch die in der Erlaubnis namentlich bezeichneten Personen (gesetzliche Vertreter, leitende Angestellte). Wegen der Einzelheiten vgl. Altenhoff-Busch, Randnote 31 ff., 201 ff.

barem Zusammenhang stehen (Art. 1 § 5 Nr. 3 RBerG);

berufsständische oder auf ähnlicher Grundlage gebildete Vereinigungen oder Stellen, soweit sie im Rahmen ihres Aufgabenbereichs ihren Mitgliedern Rat und Hilfe in Rechtsangelegenheiten gewähren (Art. 1 § 7 RBerG).

Liegen bei der bevollmächtigten juristischen Person die Voraussetzungen einer dieser Ausnahmetatbestände vor, dann erübrigt sich jede weitere Prüfung. Gehört sie dagegen nicht zu dem in Art. 1 §§ 3, 5, 7 RBerG bezeichneten Personenkreis und stellt sich für sie die Ausübung der Vollmacht als geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten dar, so macht sie sich strafbar, sofern ihr nicht die Erlaubnis nach Art. 1 § 1 RBerG erteilt ist.

Fraglich ist nur, welche weiteren Auswirkungen sich aus einem solchen Verstoß gegen die Bestimmungen des RBerG ergeben.

Das Gesetz bedroht die geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, sofern sie ohne entsprechende Erlaubnis ausgeübt wird, mit Strafe (Art. 1 §§ 1, 8 RBerG). Hierin liegt ein gesetzliches Verbot i. S. d. § 134 BGB (1). Ist deshalb der Geschäftsbesorgungsvertrag, den der gegen die Vorschriften des RBerG verstoßende Rechtsberater mit dem Rechtsuchenden abschließt, als nichtig anzusehen?

Die Frage ist vielfach verneint worden (2). Zur Begründung hat man darauf hingewiesen, daß sich das gesetzliche Verbot des RBerG allein und ausschließ-lich gegen den Rechtsberater und dessen Tätigkeit richtet, daß jedoch dem Rechtsuchenden durch das RBerG nichts verboten wird. Da mithin nur einem der Kontrahierenden der Abschluß des Geschäftsbesorgungsvertrages sowie die Leistungen, die er auf Grund dieses Vertrages zu erbringen hat, untersagt sind, ziehe ein solcher Verstoß nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts (3) nicht die Nichtigkeit des Vertrages nach sich.

Demgegenüber hat der Bundesgerichtshof in seiner Entscheidung vom 25. 6. 1962 (4) die Nichtigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages, den der Rechtsbe-

(1) Dazu Staudinger-Coing, Randnote 12 zu § 134

(2) LG Kreuznach, NJW 1951, 807 f.; Altenhoff-Busch, Randnote 27

(3) Es wird in diesem Zusammenhang vor allem auf RGZ 60, 273 (275 ff.); 100, 39 f.; 102, 292 (294); 104, 105 (107); 106, 316 f.; 170, 155 f. verwiesen. Vgl. auch LG Kiel, NJW 1954, 1333 f.; Enneccerus-Nipperdey, § 190 II 2 (S. 1158).

(4) BGHZ 37, 258 ff.

rater unter Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG mit dem Rechtsuchenden schließt, bejaht (1). Dem ist zuzustimmen. Zwar trifft es zu, daß sich das Verbot des RBERG nur gegen einen der Vertragspartner richtet, doch schließt dies, wie der BGH mit Recht hervorhebt, die Nichtigkeit des Vertrages nach § 134 BGB noch nicht ohne weiteres aus. In einem solchen Fall ist vielmehr, wie das RG bereits in seiner Plenarentscheidung vom 17.3.1905 (2) festgestellt hat, zu prüfen, ob nicht Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß auch mit dem einseitigen Verbot das Rechtsgeschäft selbst und dessen Wirksamkeit getroffen werden sollen (3). Das aber ist hier zu bejahen. Das Gesetz will die Rechtsuchenden vor den Gefahren einer unzureichenden und unsachgemäßen Beratung und Vertretung schützen (4). Dieser Zweck läßt sich nur erreichen, wenn ein Erfüllungsanspruch des Auftraggebers, durch den der Rechtsberater zur Ausübung seiner unerlaubten und strafbaren Tätigkeit gezwungen werden könnte, nicht entsteht. Dies bedeutet, daß der Geschäftsbesorgungsvertrag als nichtig angesehen werden muß.

Das Gleiche gilt für die Bevollmächtigung des Rechtsberaters, die diesen zu einer nach den Bestimmungen des RBERG unerlaubten rechtsgeschäftlichen Tätigkeit ermächtigen soll. Auch der Vollmachterteilung als einem unmittelbar auf einen Gesetzesverstoß abzielenden Rechtsgeschäft muß, berücksichtigt man den oben dargestellten Zweck des Gesetzes, die Wirksamkeit versagt werden. Der Rechtsberater handelt also, soweit er im Namen des Rechtsuchenden rechtsgeschäftlich tätig wird, als falsus procurator. Der Rechtsuchende vermag jedoch Verträge, die von dem Rechtsberater in seinem Namen geschlossen worden sind, nach § 177 BGB zu genehmigen; der Schutzzweck des RBERG erfordert es nicht, diese Genehmigungsmöglichkeit auszuschließen.

Die prozessualen Auswirkungen eines Verstoßes gegen das RBERG sind ebenfalls umstritten. Überwiegend wird angenommen, das prozessuale Handeln desjenigen, der unerlaubte Rechtsbesorgung i. S. d. RBERG ausübe, sei unwirksam, die von ihm gestellten Anträge seien als unzulässig zurückzuweisen (5).

-
- (1) Ebenso bereits OLG Dresden, JW 1938, 859; LG Aurich, NJW 1950, 955 f. Vgl. auch Staudinger-Coing, Randnote 18a zu § 134; Palandt-Danckelmann, § 134 Anm. 3a.
 - (2) RGZ 60, 273 ff.
 - (3) Ebenso RGZ 100, 39 (40).
 - (4) BGHZ 15, 315 (317); 34, 64 (67); Altenhoff-Busch, Randnote 1 u. 29
 - (5) LG Berlin, JW 1939, 181; LG Zwickau, JW 1938, 2843; OLG Hamm, NJW/RzW 1955, 77; Altenhoff-Busch, Randnote 28; ganz unklar Schorn, S. 192.

Demgegenüber meinen Stein-Jonas-Schönke-Pohle (1), das Fehlen der Erlaubnis nach dem RBerG bewirke keine Unfähigkeit zur Prozeßvertretung. Ebenso wenig könnten Anträge und Eingaben eines Bevollmächtigten, der gegen das RBerG verstoße, als unzulässig oder gar als unwirksam angesehen werden. Das Gericht könne den strafbar Handelnden jedoch von der mündlichen Verhandlung zurückweisen und brauche sich auf weiteren Verkehr mit ihm nicht einzulassen. Rosenberg (2) spricht dem Gesetz jede prozessuale Bedeutung schlechthin ab.

Die Lösung des Problems findet sich, wenn man das RBerG der Vorschrift des § 157 ZPO vergleichend gegenüberstellt. Im Bereiche des Zivilprozesses sowie in den Verfahren, in denen § 157 I ZPO analog gilt, ist derjenige, der die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten vor Gericht geschäftsmäßig betreibt, ohne Rechtsanwalt oder als Prozeßagent zugelassen zu sein, in der mündlichen Verhandlung ausgeschlossen. Dieser Ausschluß besteht nach der heutigen Fassung des § 157 I ZPO kraft Gesetzes (3), ein dahingehender Beschluß des Gerichts hat nur feststellenden Charakter. Dem Ausgeschlossenen fehlt für diesen Verfahrensabschnitt die Postulationsfähigkeit; seine Prozeßhandlungen sind insoweit unwirksam. Gegen die von ihm vertretene Partei können die Folgen der Terminsversäumnis eintreten (§§ 330 ff. ZPO). Der Ausschluß gilt jedoch, wie aus dem Wortlaut des § 157 I ZPO unzweideutig hervorgeht, nicht für das sonstige Verfahren außerhalb der mündlichen Verhandlung. Die Frage ist nun, ob dort das RBerG eingreift mit den gleichen prozessualen Wirkungen, die sich aus § 157 I ZPO nur für die mündliche Verhandlung ergeben. Das ist zu verneinen. Aus dem RBerG selbst ist nichts dafür zu entnehmen, daß ein Verstoß gegen seine Vorschriften unmittelbare prozessuale Wirkungen haben soll. Das Gesetz schweigt hierüber. Die Zivilprozeßordnung ist nach Inkrafttreten des RBerG mehrfach geändert worden, ohne daß an die Verletzung der Vorschriften des RBerG irgendwelche prozessuale Folgen geknüpft worden wären. Das aber hätte nahe gelegen, wenn die Vorschrift des § 157 I ZPO in derart weitem Maße hätte ausgedehnt werden sollen. Außerdem sind die Bestimmungen des RBerG ihrem Ursprung nach berufs- und gewerbepolizeilicher Natur (4); sie betreffen das rechtliche Dürfen, ohne etwas über das prozessuale Können auszusagen (5). Verstöße gegen

(1) § 79 Anm. I; ähnlich Baumbach-Lauterbach, § 79 Anm. 1.

(2) Lehrbuch, § 44 I 1 b (S. 190) unter Hinweis auf Friedlaender, JZ 1955, 305 (307 f.).

(3) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 157 Anm. III 1; Rosenberg, Lehrbuch, § 44 I 1b (S. 190); LG Stettin, JW 1935, 1510

(4) Dazu eingehend BVerfG, NJW 1960, 139 ff.

(5) So überzeugend Friedlaender, JZ 1955, 305 ff. (308)

ein gesetzliches Verbot, das außerhalb des Prozeßrechts angeordnet ist, gegen standesrechtliche Regeln oder gegen die guten Sitten bei Vornahme von Prozeßhandlungen haben aber grundsätzlich nur außerprozessuale Folgen, machen jedoch die Handlung selbst prozessual nicht unzulässig (1).

An diesem Grundsatz ist, angesichts des eindeutigen Wortlauts des § 157 I ZPO, auch bei Zuwiderhandlungen gegen das RBERG festzuhalten. Dem Gesetz kommt daher keinerlei prozessuale Bedeutung zu. Weder sind die Handlungen des gegen das RBERG verstoßenden Vertreters unwirksam oder vom Gericht als unzulässig zu behandeln noch kann der Richter den weiteren Verkehr mit dem strafbar Handelnden ablehnen. Über dessen Anträge oder Eingaben ist vielmehr, sofern sie außerhalb der mündlichen Verhandlung gestellt oder eingereicht werden, wie sonst auch, sachlich zu entscheiden. Irgendwelche prozessualen Folgen sind mit einem Verstoß gegen das RBERG mithin nicht verbunden.

b) Aus dem Vorstehenden ergibt sich bereits, daß für das Auftreten in der mündlichen Verhandlung, soweit die Vorschrift des § 157 I ZPO Anwendung findet (2), etwas anderes gilt. Wer vor Gericht geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgt, ohne Rechtsanwalt oder als Prozeßagent zugelassen (§ 157 III ZPO) zu sein, ist in der mündlichen Verhandlung ausgeschlossen. Ihm fehlt insoweit die Postulationsfähigkeit; seine Handlungen sind prozessual unwirksam. Wird der Mangel allerdings übersehen, so kann hierauf weder ein Rechtsmittel noch die Nichtigkeitsklage (§ 579 ZPO) gestützt werden (3).

Die bevollmächtigte juristische Person kann daher für den Vollmachtgeber, wenn die Voraussetzungen des § 157 I ZPO gegeben sind, in der mündlichen Verhandlung Prozeßhandlungen wirksam nicht vornehmen.

Für die Frage, ob die Tätigkeit sich als eine geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten darstellt, ist auf die Bevollmächtigte und Beauftragte, hier also auf die juristische Person selbst abzustellen, nicht etwa auf die Angestellten, deren diese sich beim Auftreten vor Gericht bedient (4).

(1) RGZ 162, 65 (67 f.); vgl. auch Stein-Jonas-Schönke-Pohle, Vorbem. vor § 128 Anm. V 1

(2) Vgl. § 11 III ArbGG, § 73 VI SGG

(3) Rosenberg, Lehrbuch, § 44 II 3 (S. 192)

(4) BGH, NJW 1963, 441 = BGHZ 38, 71 (75)

Die Beschränkungen, die sich aus § 157 I ZPO für die Ausübung der Vollmacht ergeben, lassen sich deshalb auch nicht in der Weise umgehen, daß die juristische Person einen ihrer Angestellten, der postulationsfähig i. S. d. § 157 I ZPO, also Rechtsanwalt oder zugelassener Prozeßagent ist, in der mündlichen Verhandlung auftreten läßt. Immer ist aus ihrer Person heraus zu beurteilen, ob § 157 I ZPO zum Zuge kommt oder nicht (1).

Der Grundsatz des § 157 I ZPO gilt nicht nur im Zivilprozeß. Auch im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren ist die Vorschrift des § 157 I ZPO entsprechend anwendbar (§§ 11 III 1 ArbGG, 73 VI SGG) (2). Es wurde aber bereits darauf hingewiesen, daß dort eine Sonderregelung zugunsten der Vertreter bestimmter in den beiden Vorschriften näher bezeichneter Organisationen getroffen ist. So sind nach § 11 ArbGG die Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen, wenn sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, als Bevollmächtigte des Verbandes oder seiner Mitglieder zugelassen; auch bei geschäftsmäßiger Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten sind sie nicht nach § 157 I ZPO ausgeschlossen (§ 11 III 2 ArbGG). Entsprechendes gilt nach §§ 73 VI 3, 166 II SGG von Bevollmächtigten, die Mitglieder und Angestellte von Gewerkschaften, selbständigen Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung, Arbeitgebervereinigungen und Kriegsopferverbänden sind, wenn ihnen die Befugnis zur Prozeßvertretung kraft Satzung oder Vollmacht übertragen ist.

Beide Bestimmungen werden häufig dahin verstanden, daß die Vollmacht nur den erwähnten Verbandsvertretern persönlich erteilt, die Verbände selbst dagegen nicht bevollmächtigt werden können. Soweit diese Ansicht darauf gestützt wird, daß den juristischen Personen die Prozeßfähigkeit fehle, ist auf das im 2. Teil der vorliegenden Arbeit Ausgeführte zu verweisen. Der Wortlaut der Vorschriften ist allerdings mißverständlich; denn er deutet in der Tat darauf hin, daß allein den Verbandsvertretern persönlich die Vertretungsbefugnis übertragen werden könne. Bei der Auslegung dieser Bestimmungen ist jedoch, worauf Brangsch (3) mit Recht hinweist, Art. 1 § 7 RBerG zu beachten. Hiernach ist lediglich der Verband selbst zur Erteilung von Rat und Hilfe in Rechtsangelegenheiten berechtigt; der Funktionär darf nur für

(1) Eine unzulässige Umgehung des § 157 I ZPO liegt jedoch dann nicht vor, wenn das Gesetz ausnahmsweise die Einschaltung von Bediensteten gestattet. Vgl. § 11 III 2 ArbGG, § 73 VI 3 SGG und dazu unten S. 99

(2) Vgl. auch § 12 MSchG

(3) NJW 1955, 1823 ff. (1824)

ihn, nicht jedoch als Privatperson handeln, wenn er nicht gegen die Verbotsvorschriften des RBERG verstoßen und sich strafbar machen will. Wird der Verbandsvertreter jedoch auf Grund einer ihm persönlich erteilten prozessualen Vollmacht tätig, dann eben gewährt er "Hilfe in Rechtsangelegenheiten", setzt sich also der Sanktion des Art. 1 § 8 RBERG aus. Ein solcher Konflikt zwischen der verfahrensrechtlichen Regelung und der sich aus dem RBERG ergebenden Rechtslage läßt sich vermeiden, wenn man die §§ 11 ArbGG, 73, 166 SGG dahin auslegt, daß einer Bevollmächtigung der in diesen Vorschriften näher bezeichneten Verbände selbst nichts im Wege steht (1). In diesem Fall übt der Funktionär die Vollmacht des Verbandes aus, handelt also - in Übereinstimmung mit Art. 1 § 7 RBERG - für diesen, nicht dagegen als Privatperson. Die §§ 11 ArbGG, 73, 166 SGG besagen daher nur, daß die bezeichneten Organisationen, wenn ihnen selbst Vollmacht erteilt worden ist, diese Vollmacht durch Verbandsfunktionäre, die kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind, ausüben können und daß in diesem Falle die Prüfung, ob eine geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten vorliegt, entfällt.

§ 157 I ZPO findet im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit (2), im Verwaltungsgerichtsverfahren (3) und im Verfahren vor den Finanzgerichten keine Anwendung.

-
- (1) Dafür spricht - neben dem Argument aus Art. 1 § 7 RBERG - auch die Tatsache, daß der Gesetzgeber in neuerer Zeit häufig die Vertretung durch Organisationen, Gesellschaften etc. ausdrücklich für zulässig erklärt hat (Vgl. § 183 I 3 BEG i. d. F. vom 29. 6. 1956, BGBl. I S. 559, § 119 I StBerG vom 16. 8. 1961, BGBl. I S. 1301). Vgl. auch OLG Celle, ZJP 75, 136; Diese Entscheidung befaßt sich mit der Frage der Kosten-erstattung bei prozessualer Vertretung durch eine genossenschaftliche Treuhandstelle (Genossenschafts - Treuhandgesellschaft mbH), setzt jedoch die Zulässigkeit der Bevollmächtigung einer solchen Gesellschaft stillschweigend voraus. Ähnlich LG Aachen, ZJP 71, 297.
 - (2) Baur, § 15 N. 15 (S. 157); Keidel, § 13 Anm. 4; Schlegelberger, § 13 Randnote 18. Nicht ganz unbestritten ist dies für das Rückerstattungsverfahren; für die Anwendbarkeit des § 157 I ZPO: OLG Frankfurt, NJW/RzW 1952, 200; dagegen: OLG Hamburg, NJW/RzW 1951, 214 f.; Artl, NJW/RzW 1951, 19 f. (20)
 - (3) Eyermann-Fröhler, § 67 Anm. 27 - A. A. Koehler, § 67 Anm. VI a, der dies aus § 173 VwGO herleiten will. Die Frage kann jedoch als in § 67 II VwGO abschließend geregelt angesehen werden (vgl. insbesondere § 67 II 3 VwGO).

An die Stelle von § 157 I ZPO tritt in Steuersachen die sich aus § 107 AbgO ergebende Regelung. Danach können Bevollmächtigte, die aus der Erteilung von Rat und Hilfe in Steuersachen ein Geschäft machen, zurückgewiesen werden (§ 107 II AbgO). Ausgenommen hiervon sind jedoch - neben Rechtsanwälten und Notaren - Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften für das Verfahren vor Finanzbehörden und -gerichten (§ 107 III Nr. 2 AbgO i. V. m. § 119 I StBerG) sowie Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für das Verfahren vor Finanzbehörden (§ 119 I StBerG) (1). Ihnen ist, da sie auch bei geschäftsmäßiger Besorgung fremder Steuerangelegenheiten zur Vertretung in den angegebenen Verfahren befugt sind, insoweit die unbeschränkte Postulationsfähigkeit erteilt.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen: Die juristische Person, der Vollmacht erteilt ist, unterliegt bei Ausübung dieser Vollmacht den Beschränkungen, die sich aus den Bestimmungen des RBerG und aus § 157 I ZPO ergeben.

Verstöße gegen das RBerG können durch Verhängung von Strafen geahndet werden (2). Auf die Wirksamkeit des Vertreterhandelns haben sie jedoch keinerlei Einfluß.

Liegen die Voraussetzungen des § 157 I ZPO vor, so führt das im Bereiche des Zivilprozesses zum Ausschluß von der mündlichen Verhandlung und dazu, daß die in diesem Verfahrensabschnitt vorgenommenen prozessualen Handlungen unwirksam sind. Dieses Ergebnis vermag die bevollmächtigte juristische Person nicht dadurch zu umgehen, daß sie sich bei Ausübung der Vollmacht in der mündlichen Verhandlung solcher Personen bedient, für die sich entweder die Vornahme der betreffenden Vertreterhandlungen nicht als geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten darstellt oder die als Rechtsanwälte oder Prozeßagenten zugelassen sind.

Im arbeits- und sozialgerichtlichen Verfahren gilt grundsätzlich das Gleiche. Ausnahmen bestehen hier jedoch zugunsten einer Reihe von Organisationen,

(1) Daß Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften auch in der Rechtsform der juristischen Person betrieben werden können, ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetz (§§ 16 StBerG, 27 WPO).

§ 16 StBerG lautet: "Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung können nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnitts als Steuerberatungsgesellschaften anerkannt werden." Ähnlich § 27 WPO.

(2) Zu der seit langem umstrittenen Frage, ob Verbände bestraft werden können, vgl. Rotberg, Juristentag-Festschrift II, S. 193 ff.

sofern diese sich bei Ausübung der Vollmacht bestimmter Verbandsfunktionäre bedienen.

In Steuersachen kommen Sondervorschriften zur Anwendung, nach deren Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, gleichgültig ob sie eigene Rechtspersönlichkeit besitzen oder nicht, zur geschäftsmäßigen Vertretung der Steuerpflichtigen befugt sind.

II. Die Haftung der juristischen Person aus ihrer Vertretertätigkeit

Nach Stein-Jonas-Schönke-Pohle (1) ergeben sich aus der hier vertretenen Ansicht, wonach juristischen Personen auch prozessuale Vollmacht erteilt werden kann, Konsequenzen für die Frage der Haftung. Sie führen jedoch nicht aus, welcher Art diese Konsequenzen sind.

Es soll darum zunächst kurz dargelegt werden, zu welchen Ergebnissen man gelangt, wenn man der h.M. folgt, bevor darauf eingegangen wird, wie sich das Haftungsproblem bei der hier entwickelten Ansicht löst.

Die h.M. nimmt bekanntlich an, die prozessuale Bevollmächtigung juristischer Personen sei, da diesen die Prozeßfähigkeit fehle, unzulässig (2). Die einer juristischen Person erteilte Vollmacht könne jedoch dahin ausgelegt werden, daß deren Organe als persönlich bevollmächtigt anzusehen seien. Dabei bleibt es offen, wie sich diese Auslegung, die man der Bevollmächtigungserklärung des Vertretenen geben will, auf die obligatorischen Rechtsbeziehungen, die der Vollmachterteilung regelmäßig zugrunde liegen, auswirkt. Gilt damit auch der Auftrag als den Organmitgliedern persönlich erteilt, der Dienstvertrag als mit ihnen persönlich abgeschlossen ?

Bejahte man dies, so entfielen jede Haftung der juristischen Person für alle Schäden, die dem Vollmachtgeber bei Ausübung der Vollmacht durch die Organmitglieder oder die von diesen eingeschalteten Unterbevollmächtigten zugefügt werden. Die Organmitglieder kämen, indem sie auf Grund der ihnen erteilten Vollmacht tätig werden, ausschließlich ihren eigenen vertraglichen Verpflichtungen nach, handelten also weder in ihrer Organeigen-

(1) § 80 N. 8

(2) Vgl. oben S. 35 ff.

schaft noch als Erfüllungsgehilfen der juristischen Person. Für Schäden, die dem Vollmachtgeber infolge ihres Verhaltens entstehen, hafteten nur sie mit ihrem eigenen Vermögen.

Es ist offensichtlich, daß dieses Ergebnis dem Sinn und Zweck der Vollmachterteilung an eine juristische Person nicht entspricht. Wer eine juristische Person bevollmächtigt, will - im Falle unsachgemäßer Ausübung der Vollmacht - auch auf das Vermögen der juristischen Person als Haftungsgegenstand zugreifen können. Die h.M., die die Bevollmächtigung der juristischen Person in eine Vollmachterteilung an die Organmitglieder umdeutet, muß deshalb einen anderen Weg beschreiten, um das Haftungsproblem zufriedenstellend lösen zu können. Dieser kann nur darin bestehen, Bevollmächtigung und Auftrag "aufzuspalten", also das Organmitglied als bevollmächtigt, die juristische Person dagegen als beauftragt anzusehen (1). Die juristische Person, die sich zur Ausführung des ihr erteilten Auftrags des bevollmächtigten Organmitglieds bedient, haftet dann nach § 278 BGB; ihr allein steht der Vergütungsanspruch zu. Beides entspricht dem Willen des Vollmachtgebers, das Letztere dem der juristischen Person.

Ob darüber hinaus die juristische Person für die Handlungen des Organmitglieds auch nach § 31 BGB haftet, hängt davon ab, ob man die Vertretungstätigkeit, die das Organmitglied auf Grund der ihm von einem Dritten erteilten Vollmacht ausübt, als ein Organhandeln, d.h. aber als eine Tätigkeit, die der juristischen Person um der Organeigenschaft des Handelnden willen als eigene Tätigkeit zugerechnet wird, betrachten kann. Man wird dies bejahen müssen. Dem Organmitglied wird die Vollmacht nicht um seiner Person willen, sondern - im Wege der Umdeutung der Bevollmächtigungserklärung - gerade wegen seiner Organeigenschaft erteilt. Außerdem erfüllt das Organmitglied, das für den Vollmachtgeber Vertretungshandlungen vornimmt, die Pflichten, die sich für die juristische Person aus dem ihr erteilten Auftrag ergeben. Das Organmitglied handelt deshalb insoweit für die juristische Person; keineswegs verfolgt es bei seiner Tätigkeit ausschließlich eigene Zwecke oder Ziele eines Dritten.

-
- (1) Bei einer solchen Aufspaltung taucht jedoch eine Reihe von Fragen auf: Ist die Gesamtvertretungsmacht, den den betreffenden Organmitgliedern von der juristischen Person eingeräumt ist, auch für die Ausübung der Vollmacht, wenn diese als den Organmitgliedern selbst erteilt betrachtet wird, maßgebend? Erlischt die Vollmacht, wenn das zwischen Vollmachtgeber und juristischer Person bestehende Grundverhältnis beendet wird? Welchen Einfluß haben Konkurs, Liquidation oder Fusion der juristischen Person auf den Bestand der Vollmacht der Organmitglieder?

Schwierigkeiten bei einer solchen "Aufspaltung" von Bevollmächtigung und Auftrag können weiterhin entstehen, wenn sich die auf Grund des Auftrags geschuldete Leistung als "geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten" darstellt. Ist dies der Fall und ist der betreffenden juristischen Person die Tätigkeit auch nicht auf Grund von Art. 1, §§ 3, 5, 7 RBERG gestattet, so folgt daraus die Nichtigkeit des zwischen dem Vollmachtgeber und der juristischen Person abgeschlossenen Vertrages (1). Bleibt gleichwohl die dem Organmitglied erteilte Vollmacht bestehen? Für die bürgerlich-rechtliche Vollmacht ist die Frage zu verneinen. Es wurde bereits ausgeführt, daß die Bevollmächtigung, kraft deren eine nach den Vorschriften des RBERG verbotene Tätigkeit ausgeübt werden soll, nichtig ist (2). Ob aber ein solcher Verstoß gegen das RBERG vorliegt, ist nicht aus der Person des Organmitglieds heraus zu beurteilen; vielmehr ist hierbei auf die juristische Person selbst abzustellen (3). Damit aber teilt die Bevollmächtigung das rechtliche Schicksal des der juristischen Person erteilten Auftrags, ist also ebenfalls nichtig. Daraus ergeben sich für die Haftung folgende Konsequenzen:

Die juristische Person, die für den Vollmachtgeber auf Grund des ihr erteilten, jedoch nichtigen Auftrags tätig wird, handelt als Geschäftsführerin ohne Auftrag mit den sie hieraus treffenden Pflichten (§§ 677 ff. BGB). Für die Haftung nach § 179 BGB bringt die Aufspaltung von Auftrag und Vollmacht Schwierigkeiten mit sich. Gilt das Organmitglied als bevollmächtigt, ist dessen Bevollmächtigung jedoch nichtig, so tritt es bei Vertragsabschluß mit einem Dritten als vollmachtloser Vertreter auf und ist diesem gegenüber, sofern der Vollmachtgeber die Genehmigung des Vertrags verweigert, entweder zur Erfüllung oder zum Schadensersatz verpflichtet. Ob neben diese persönliche Haftung des Organmitglieds auch diejenige der juristischen Person nach § 31 BGB tritt, läßt sich wiederum nur dann beantworten, wenn zuvor geklärt ist, ob auch diese die Haftung nach § 179 BGB begründende Tätigkeit des Organmitglieds als Organhandeln i. S. d. § 31 BGB, d. h. als ein Verhalten, das der juristischen Person um der Organeigenschaft des Handelnden willen als eigenes zuzurechnen ist, betrachtet werden kann. Da im Rahmen dieser Prüfung die im Verhältnis zum Vollmachtgeber fehlende Vertretungsmacht gänzlich unberücksichtigt bleiben muß und allein die Beziehungen zwischen dem Organmitglied und der juristischen Person zu betrachten sind, kommt es also allein darauf an, ob sich das Organmitglied bei Abschluß des Vertrages im Rahmen des ihm von der juristischen Person über-

(1) BGHZ 37, 258 ff. und oben S. 94 f.

(2) Vgl. oben S. 95

(3) BGHZ 38, 71 (75) und oben S. 97 zu N. 4

tragenen Geschäftsbereichs gehalten, ob es - anders ausgedrückt - "in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen" gehandelt hat. Ist dies der Fall, so hat die juristische Person gemäß § 31 BGB einzustehen.

Die prozessuale Bevollmächtigung ist eine Prozeßhandlung. Sie bleibt auch dann wirksam, wenn der der juristischen Person erteilte Auftrag wegen eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des RBerG nichtig sein sollte. Für Schäden, die dem Vollmachtgeber oder Dritten bei Ausübung der Vollmacht durch ein Organmitglied zugefügt werden, haftet die juristische Person nach dem oben Dargelegten im Rahmen von § 31 BGB. Dabei ist es gleichgültig, ob man die juristische Person oder das Organmitglied als bevollmächtigt ansieht.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß auch die hier bekämpfte Ansicht, die die Bevollmächtigung juristischer Personen für unzulässig hält und eine solche Vollmachtserteilung in eine Bevollmächtigung der Organmitglieder umdeutet, in der Haftungsfrage dann zu befriedigenden, den Interessen der Beteiligten entsprechenden Ergebnissen gelangt, wenn Auftrag und Vollmacht in dem erwähnten Sinne "aufgespalten" werden.

Ist dagegen, wie es in dieser Arbeit ausgeführt wurde, die Erteilung von Vollmacht an die juristische Person selbst zulässig, erweisen sich also die von der h. M. hiergegen erhobenen Bedenken als ungerechtfertigt, dann läßt sich das Haftungsproblem sehr viel einfacher lösen. Die soeben dargestellten Schwierigkeiten, die die "Aufspaltung" von Auftrag und Vollmacht mit sich bringen, tauchen, wie der folgende Überblick zeigen wird, nicht auf.

Für Schäden, die Organmitglieder der juristischen Person dem Vollmachtgeber in Ausübung der Vollmacht zufügen, haftet die Gesellschaft oder der Verband unmittelbar nach Maßgabe des § 31 BGB; für das Verschulden sonstiger Bediensteter, die von der juristischen Person zur Erfüllung der gegenüber dem Vollmachtgeber eingegangenen Verbindlichkeiten herangezogen werden, hat sie nach § 278 BGB einzustehen (1). Nur in den Ausnahmefällen, in denen es der juristischen Person als der Beauftragten und Vollmachtsträgerin gestattet ist, die Ausführung des Auftrags in vollem Umfang zu

(1) Daß neben der juristischen Person auch deren Organmitglieder und Bedienstete selbst dem Vollmachtgeber für unerlaubte Handlungen, die sie diesem gegenüber begehen, haften, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

übertragen, beschränkt sich ihre Haftung gegenüber dem Vollmachtgeber auf das ihr bei der Übertragung zur Last fallende Verschulden (§ 664 I 2 BGB). Sie hat dann allein für die sorgfältige Auswahl und eine angemessene Unterweisung des Dritten einzustehen.

Dem Geschäfts- und Prozeßgegner haftet die bevollmächtigte juristische Person für unerlaubte Handlungen ihrer Organmitglieder oder sonstigen Bediensteten nach den Regeln der §§ 31 bzw. 831 BGB.

Schadensersatzpflichten können sie ferner auch aus dem Gesichtspunkt der culpa in contrahendo treffen. Es ist anerkannt, daß in den Fällen, in denen die Vertragsverhandlungen durch einen Vertreter geführt werden, das mit dem Eintritt in derartige Vertragsverhandlungen begründete vertragsähnliche Schuldverhältnis zwischen dem Geschäftsgegner und dem Vertretenen, aber auch zwischen Geschäftsgegner und Vertreter zustande kommen kann. Wann und inwieweit das eine oder das andere zutrifft und dementsprechend für die Verletzung der sich aus diesem Schuldverhältnis ergebenden Sorgfalts- und Aufklärungspflichten entweder der Vertretene oder der Vertreter haftet, ist noch nicht völlig geklärt (1). Einigkeit besteht jedoch darüber, daß die Haftung dann den Vertreter trifft, wenn dieser wirtschaftlich der eigentlich Beteiligte ist oder wenn er während der Verhandlungen - unter Bezugnahme auf seine besondere Sachkunde - persönliches Vertrauen in Anspruch genommen hat (2). Gerade das letztere aber wird, wenn eine juristische Person - etwa eine Bank oder Treuhandgesellschaft - als Bevollmächtigte auftritt, recht häufig sein. Führt etwa eine Steuerberatungs- und Treuhandgesellschaft als Vertreter eines Dritten Verhandlungen über den Verkauf eines Unternehmens und erläutert dem Verhandlungspartner das gesamte Zahlenmaterial mit dem Hinweis, sie habe es überprüft und sich von seiner Richtigkeit überzeugt, oder nimmt sie hierbei sogar auf eigene Prüfungsberichte Bezug, so ist sie es, dem der Verhandlungsgegner dasjenige Vertrauen entgegenbringt, durch das sein weiteres Verhalten während der Verhandlungen bestimmt wird (3). Das Vertrauensverhältnis, das die Grundlage der Haftung

-
- (1) Vgl. die Übersicht bei Staudinger-Coing, Randnote 17 ff. zu § 164 sowie insbesondere Ballerstedt, AcP 151, 501 ff.
- (2) Ballerstedt, aaO., S. 521 ff.; Staudinger-Coing, Randnote 17 c zu § 164; Würdinger, Vorbem. vor § 48, Anm. 71; BGH LM Nr. 14 zu § 276 (Fa) BGB = JuS 1963, 411; RGZ 159, 33 (55 f.); 132, 76 (80 f.); 120, 249 (252 f.); OLG Hamburg, JW 1936, 3139 Nr. 21
- (3) Vgl. Ballerstedt, aaO., S. 521 und den dort angeführten Fall RGZ 114, 155.

bildet, wird zwischen ihr und dem Geschäftsgegner begründet. Schadenersatzansprüche, die sich aus der Verletzung der Sorgfalts- und Aufklärungspflichten und damit aus der "Enttäuschung des Vertrauens" ergeben, richten sich gegen sie (1).

Von wem die bevollmächtigte juristische Person die Verhandlungen führen läßt, ob für sie also ein Organmitglied oder ein sonstiger Bediensteter auftritt, ist gleichgültig: sie haftet, wenn die obigen Voraussetzungen erfüllt sind, nach Maßgabe der §§ 31 bzw. 278 BGB.

Schließt eine juristische Person im Namen eines anderen einen Vertrag, ohne im Besitze entsprechender Vertretungsmacht zu sein, so haftet sie dem Geschäftsgegner, sofern der Vertretene die Genehmigung des Vertrages verweigert und § 179 III 1 BGB nicht eingreift, gemäß § 179 I BGB. Mangelt es also an der Vollmacht der juristischen Person selbst oder wird das vorgenommene Geschäft durch deren Vollmacht nicht gedeckt, dann finden die Regeln über die vollmachtlose Vertretung in vollem Umfange Anwendung. Irgendwelche Besonderheiten ergeben sich aus dem Umstand, daß die Bevollmächtigte eine juristische Person ist, nicht.

Hat die juristische Person Vollmacht, überschreitet das für sie handelnde Organmitglied zwar nicht die Vollmacht, aber seine "Vertretungs"macht, so kommt § 179 BGB gleichfalls zum Zuge (2) mit der Folge, daß die Haftung das Organmitglied persönlich trifft. Genehmigen nach § 177 BGB kann den Vertrag die juristische Person, handelnd durch die übrigen Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer (3); denn das Organmitglied, das unter Überschreitung seiner "Vertretungs"macht tätig geworden ist, hat gehandelt als "Organ" der juristischen Person, wenn auch außerhalb der ihm satzungsmäßig eingeräumten Handlungsbefugnis. Daneben aber vermag die Genehmigung auch

-
- (1) Ob die juristische Person als Vertreterin allein oder neben dem Vertretenen haftet, hängt von den Umständen, insbesondere davon ab, ob der Vertretene sie in die Verhandlungen eingeführt und dabei ihre besondere Sachkunde hervorgehoben hat und inwieweit der Vertretene im Verlaufe der Verhandlungen selbst hervortritt. Dazu Ballerstedt, aaO., S. 518 ff.
 - (2) RGZ 104, 191 (193)
 - (3) Während man früher annahm, die Genehmigung müsse gegenüber dem Geschäftsgegner erfolgen, genügt es nach der heute überw. Ansicht, daß die Genehmigung dem Organmitglied, das gehandelt hat, erteilt wird. Dazu Staudinger-Coing, Randnote 5 zu § 177.

der Vollmachtgeber zu erteilen, da die Wirkungen des abgeschlossenen Rechtsgeschäfts ihn treffen sollen, ihm also die Entscheidung darüber überlassen bleiben kann, ob der Vertrag wirksam werden soll oder nicht.

Verweigert die juristische Person die Genehmigung, so bleibt es bei der Haftung des Organmitglieds nach § 179 BGB. Diese genügt jedoch nicht, um eine Schadensersatzpflicht der juristischen Person nach § 31 BGB zu begründen (1). Andernfalls könnten die Beschränkungen, die für die Vertretungsmacht der Organmitglieder im Interesse der juristischen Person angeordnet sind, glatt umgangen werden, würden damit also sinnlos (2).

Sonstige Bedienstete der juristischen Person, die diese im Wege der Unterbevollmächtigung zum Vertretungshandeln heranziehen kann, haften ebenfalls persönlich nach § 179 BGB, wenn sie ohne Untervollmacht oder unter Überschreitung der ihnen erteilten Untervollmacht tätig geworden sind und der von ihnen abgeschlossene Vertrag nicht genehmigt wird (3). Die Genehmigung i. S. d. § 177 BGB hat die juristische Person als Hauptbevollmächtigte zu erteilen; daneben kann aber auch in diesem Fall der Vollmachtgeber genehmigen, wenn er den von dem Untervertreter abgeschlossenen Vertrag für sich wirksam machen will. Eine Haftung der juristischen Person kommt nur dann in Betracht, wenn der Bedienstete gleichzeitig gegenüber dem Gegner eine unerlaubte Handlung begeht (§ 831 BGB) oder die sich aus dem Eintritt in Vertragsverhandlungen ergebenden Sorgfalts- und Aufklärungspflichten - sofern diese die juristische Person als Bevollmächtigte treffen - (4) verletzt (§ 278 BGB).

-
- (1) Enneccerus-Nipperdey, § 110 N. 7 u. 12 (S. 662, 663); Staudinger-Coing, Randnote 10 a zu § 31; RGZ 162, 129 (159); RG.HRR 1928, Nr. 1396; RG, JW 1928, 2433
- (2) Etwas anderes gilt nur dann, wenn das handelnde Organmitglied - gleichzeitig mit der Überschreitung seiner Vertretungsmacht - außerdem eine unerlaubte Handlung begeht oder den Tatbestand einer sonstigen zum Schadensersatz verpflichtenden Handlung, z. B. aus dem Gesichtspunkt des Verschuldens beim Vertragsschluß, erfüllt; so Enneccerus-Nipperdey, § 110 N. 7 (S. 662); BGH LM Nr. 13 zu § 31 BGB; RGZ 162, 129 (169) und wohl auch RGZ 162, 202 (207).
- (3) Vgl. hierzu BGHZ 32, 250 ff. = JZ 1960, 603 (m. Anm. Gernhuber); BGH, BB 1963, 1193; Mertens, JuS 1961, 315; Siebenhaar, AcP 162, 354 ff.
- (4) Vgl. dazu oben S. 105 f.

Bei prozessualer Bevollmächtigung einer juristischen Person gelten noch folgende Besonderheiten :

Fällt einem Bevollmächtigten grobes Verschulden - eine "nach den Umständen schwere Verletzung der im prozessualen Verkehr erforderlichen Sorgfalt" (1) - zur Last, so können ihm von dem Prozeßgericht die hierdurch verursachten Kosten auferlegt werden (§ 102 ZPO). Er haftet hiernach jedoch nicht für das Verschulden Dritter (2); die Grundsätze der §§ 31, 278 BGB sind insoweit, da es sich um eine rein prozessuale Regelung handelt, nicht anwendbar. Ist eine juristische Person bevollmächtigt und handelt für sie deren Organ, so wird man aber annehmen müssen, daß für dessen Verschulden die juristische Person nach § 102 ZPO eintreten muß; denn das Handeln des Organs gilt als dasjenige der juristischen Person selbst. Bedient sich dagegen die juristische Person eines Dritten als Unterbevollmächtigten, so haftet sie nur dann, wenn ihr, etwa bei Informationserteilung, ein eigenes grobes Verschulden zur Last fällt.

Die von einem vollmachtlosen Vertreter erhobene Klage ist, sofern die Partei nicht genehmigt, als unzulässig abzuweisen. Das von ihm eingelegte Rechtsmittel muß als unzulässig verworfen werden (3); bestand der Mangel jedoch schon bei Klageerhebung, ohne daß man ihn bisher erkannt hat, so ist nicht das Rechtsmittel zu verwerfen, sondern die Klage durch Prozeßurteil abzuweisen (4). Die Kosten des Verfahrens sind ihm aufzuerlegen; die Partei hat sie nur dann zu tragen, wenn sie das Auftreten des vollmachtlosen Vertreters veranlaßt hat (5).

-
- (1) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 102 Anm. 2
 - (2) Baumbach-Lauterbach, § 102 Anm. 2; Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 102 Anm. I 2. Umstritten ist es, ob der Anwalt für seinen allgemeinen Vertreter (§ 53 BRAO) haftet. Dafür : KG, DR 1940, 2185 Nr. 26; OLG Kassel, JW 1934, 3301 Nr. 10. Dagegen : Stein-Jonas-Schönke-Pohle, aaO.; Baumbach-Lauterbach, aaO.; Friedlaender, JW 1922, 520. Die Haftung des Anwalts für sein Büropersonal nach § 102 ZPO bejaht OLG Neustadt, NJW 1959, 488. In dem dieser Entscheidung zugrunde liegenden Fall traf allerdings den Anwalt ein erhebliches eigenes Verschulden.
 - (3) Lent-Jauernig, § 21 VIII 2 (S. 52); Rosenberg, Lehrbuch, § 51 II 2 (S. 232); Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 88 Anm. III 2; BGH LM Nr. 4 zu § 97 ZPO.
 - (4) Rosenberg, aaO.; Lent-Jauernig, aaO.; BGHZ 40, 197 (198 f.)
 - (5) Rosenberg, aaO.; ders., ZJP 65, 159 f. (Anm.); im Grundsatz zustimmend Lent-Jauernig, § 21 VIII 4 (S. 52). A. A. Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 88 Anm. III 2 c, die die Kosten stets der Partei auferlegen wollen.

Der gemäß § 89 I ZPO einstweilen zur Prozeßführung zugelassene vollmachtlose Vertreter ist, sofern die Genehmigung des Vertretenen nicht rechtzeitig, d.h. innerhalb einer vom Gericht zu bestimmenden Frist, beigebracht wird, durch Beschluß in die durch die Zulassung entstandenen Kosten zu verurteilen.

Für eine juristische Person, die als Inhaberin prozessualer Vollmacht auftritt, gilt nichts anderes. Stellt sich heraus, daß sie als vollmachtlose Vertreterin gehandelt hat, so trifft sie gleichfalls die Kostenlast.

Es zeigt sich also, daß Schäden, die dem Vollmachtgeber oder Dritten bei Ausübung der Vollmacht zugefügt werden, von der juristischen Person selbst nach den allgemeinen für sie geltenden Haftungsregeln zu ersetzen sind. Wenn auch die h.M. insoweit - entgegen der Bemerkung von Stein-Jonas-Schönke-Pohle (1) - zu den gleichen Ergebnissen gelangt (2), so löst sich das Haftungsproblem nach der hier vertretenen Ansicht doch einfacher und zwangloser. Dies ist ein weiterer Grund dafür, die Bevollmächtigung juristischer Personen zuzulassen.

(1) Stein-Jonas-Schönke-Pohle, § 80 N. 8

(2) Vgl. oben S. 101 ff.

Lebenslauf

Am 4. September 1932 wurde ich als Sohn des kaufmännischen Angestellten Rudolf Plewnia und seiner Ehefrau Martha geb. Canzler in Berlin-Charlottenburg geboren. Ich besuchte vom Jahre 1942 an die Hohenzollernschule in Berlin und andere Realgymnasien in Hirschberg/Riesengebirge, Meißen, Königstein/Taunus und Frankfurt am Main. Die Reifeprüfung legte ich im Frühjahr 1952 an der Liebig-Schule in Frankfurt am Main ab.

Im Sommersemester 1952 begann ich mit dem Studium der Rechtswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Dort nahm ich an einem Proseminar von Professor Dr. Erler über Deutsche Rechtsgeschichte und an Seminaren der Professoren Dr. Schiedermaier über Zivilprozeßrecht und Dr. Ridder über Staatsrecht sowie - während eines einsemestrigen Studiums an der Universität München - an einem staatsrechtlichen Seminar von Professor Dr. Nawiasky teil. In Frankfurt am Main bestand ich am 20. Juli 1956 die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung, am 28. April 1961 die große juristische Staatsprüfung.

Seit Juli 1961 bin ich als Rechtsanwalt bei dem Landgericht in Frankfurt am Main zugelassen.

